

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“ „Aus der Kämmerle“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“ und „Bild in die Bilderwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einpaktige Neuware-Zeile 60 Pfennig, Restamende 5.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das letzte Blatt 25 Pfennig (außerdem zwei letzte Blätter 20 Pfennig, jedes weitere Blatt 12 Pfennig. Stellenanzeige das erste Blatt 15 Pfennig, jedes weitere Blatt 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptpostamt, Berlin SW 68, Lindenstraße 63, abzugeben werden. Geöffnet von 8 1/2 Uhr früh bis 8 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Dienstag, den 30. November 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebsstelle: Berlin SW 68 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 63; Distrikts-Geldkassa, Dönhofsplatz 1.

Niederlage des Schundgesetzes.

Die Prüfungsstellen in zweiter Lesung abgelehnt! - Kürz in der Minderheit.

Der Reichstag hat gestern die zweite Lesung des Schund- und Schmutzgesetzes beendet. In der Einzelabstimmung wurden die §§ 2 und 3 abgelehnt. Diese Paragraphen bilden den Kern des Gesetzes, sie enthalten die Bestimmungen über die Prüfungsstellen und ihre Zusammenfassung.

Im Schundgesetz ist also eine Lücke entstanden. Die dritte Lesung, die über das Schicksal des Gesetzes endgültig entscheiden soll, wird voraussichtlich am Freitag stattfinden.

Die Abstimmungen über das Schmutz- und Schundgesetz in zweiter Lesung waren lehrreich. Sie haben gezeigt, daß die verschiedenen Anhänger des Gesetzes, deren Fraktionen geschlossen dafür eintreten, rücksichtslos alle Anträge niedergestimmt haben, die dem Gesetz seinen gefährlichsten Charakter nehmen und reaktionär-bureaucratischer Willkür einen Kiegel verschieben sollten. Sie haben aber auch gezeigt, daß die Mehrheit für das Gesetz problematisch ist!

Es wurden abgelehnt:

Bei § 1 ein demokratischer Antrag, die Zeitschriften gleich den Tageszeitungen nicht dem Gesetz zu unterwerfen.

Bei § 2 ein sozialdemokratischer Antrag, statt der Länderprüfstellen eine Reichsprüfstelle einzusetzen, ebenso ein gleicher demokratischer Antrag. Es stimmten für den Antrag 181, dagegen 191 Abgeordnete bei 4 Enthaltungen.

Bei § 3 ein sozialdemokratischer und ein demokratischer Antrag, die Bestimmung über die Zuziehung von Vertretern der Kirchen als Sachverständige zu streichen, weiter Anträge der Sozialdemokraten, der Demokraten und der Volkspartei, die qualifizierte Mehrheit in den Prüfstellen zu verschärfen.

Nach der Ablehnung dieser Verbesserungsanträge aber lehnte eine Mehrheit aus Sozialdemokraten, Demokraten, Deutscher Volkspartei, Kommunisten und Völkischen die Paragraphen 2 und 3 ab! Das Vakuum im Gesetz ist also da. Ohne diese Paragraphen ist das Gesetz ein Messer ohne Heft und Klinge!

Nach diesem Ergebnis der zweiten Lesung dürfte es für den Reichsinnenminister wie für das Kabinett nur eine

Entscheidung geben - das Gesetz zurückziehen. Die Regierung muß sich darüber klar sein, daß im günstigsten Falle für sie das Gesetz in der dritten Lesung nur mit einer ganz geringfügigen Mehrheit angenommen wird. Ein wahrhafter demokratischer Minister müßte den Schluß ziehen, daß ein so umstrittenes Gesetz, das so leidenschaftlichen Widerspruch weitester Volkskreise hervorgerufen hat und so tief in das kulturelle Leben einschneiden kann, nicht mit einer geringfügigen parlamentarischen Mehrheit durchgeführt werden kann. Sollte dennoch der Versuch unternommen werden, so gibt es dafür nur zwei Erklärungen: entweder börsartiger reaktionärer Wille zur Wiederbelebung der Zensur durch Vergewaltigung einer Minderheit, die an der Stärke der Mehrheit nahezu gleichkommt, oder ungehemmtes Agitationsbedürfnis bei gewissen Parteien. Es ist unanständig, ein solches Gesetz, das ministerieller und parteilicher Einsichtslosigkeit sein Leben verdankt und von reaktionären Tendenzen gefördert wird, als das Gesetz der anständigen Leute gegen die weniger anständigen machen zu wollen. Die Argumentation einer deutsch-nationalen Abgeordneten, es müßte doch eine Front der anständigen Leute zusammenzubringen sein, sollte der Regierung zu denken geben. Ein solches Gesetz darf nur, wenn nicht einstimmig, so doch nur mit überwältigender Mehrheit gemacht werden. Diese Ueberlegung, die mit der sonstigen materiellen Stellungnahme zum Gesetz nichts zu tun hat, sollte die Regierung, sollte aber vor allem ein demokratischer Minister anstellen!

Will die Regierung dennoch das Gesetz durchdrücken, so nimmt sie eine Belastung auf sich, für die kein zwingender Grund vorliegt. Um so mehr nicht, da sie lebhaften Zweifel haben muß, ob sie das Gesetz im Reichsrat durchbringt, selbst wenn sie eine Mehrheit im Reichstag findet. Aussichten für eine Mehrheit im Reichsrat hat sie nur, wenn die Länderprüfstellen durch eine Reichsprüfstelle ersetzt werden. Für diesen Fall aber hat die partikularen bayerische Regierung ihren Einspruch im Reichsrat angefündigt, und es kann leicht sein, daß sich für den Einspruch im Reichsrat eine Mehrheit findet.

Ein solches Gesetz trotzdem weiter zu betreiben, ist alles andere denn staatsfug, alles andere denn ein Zeugnis für überlegenes Führertum, alles andere denn ein Beweis für den Willen zu einer Politik der Mitte.

(Reichstagsbericht siehe 2. Beilage.)

Das Feigenblatt der Diktatur.

Der Wahlkampf in Ungarn.

Von Sigmund Kunzl.

Betrachtet man nur die offen zutage liegenden Ereignisse der ungarischen Politik, so wird man kaum eine Erklärung für die Ueberwältigungswahlen finden, die auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Bethlen der Reichsverweser Horthy angeordnet hat. Noch zwei Wochen vor der Auflösung der Nationalversammlung, die eben die Errichtung eines feudalen Herrenhauses beschlossen hatte, versicherten Mitglieder der Regierung, daß kein Mensch die frühzeitige Auflösung der Nationalversammlung plant - die Wahlperiode geht erst im Juli 1927 zu Ende -, und die Regierungspresse lancierte Nachrichten, daß nach der Errichtung des Magnatenhauses die Nationalversammlung in ein Abgeordnetenhaus umgewandelt werden und bis 1932 tagen solle. Damit wollte Bethlen den Widerstand mancher um ihre Mandate besorgten Abgeordneten gegen die rasche Verabschiedung des Magnatenhausgesetzes beschwichtigen. Die Unterschrift des Reichsverwesers an diesem Gesetz war aber kaum getrocknet, als Neuwahlen mit nur dreiwöchiger Agitationsfrist ausgeschrieben wurden.

Von den 254 Abgeordneten standen 200 fest und sicher hinter der Regierung. Eine Geschäftsordnung, während der gewalttätigen Entfernung der gesamten Opposition beschlossen, sorgte dafür, daß die Nationalversammlung alles glatt und rasch beschließt, was die Regierung wünscht. Um so mehr drängt sich die Frage auf, was die vorzeitige Auflösung bezwecken soll.

Die konterrevolutionäre Diktatur hat ihre gewalttätige, turbulente, auch ihre blutige Zeit hinter sich. Es ist ihr gelungen, das moralische Rückgrat fast aller ihr gegenüberstehenden Gruppen und Klassen zu brechen: sie kann der blutigen und gewalttätigen Mittel entraten, denn sie hat den Geist des Widerstandes geädert, der in vielen und verschiedenartigen sozialen und politischen Kräften früher lebte. Die Stürme der Revolutionen und der Konterrevolution hatten das große bäuerliche Meer der ungarischen Tiefebene und der transdanubischen Latsfundengebiete ausgepeitscht; es gab schon in der konterrevolutionären Periode Augenblicke, wo es nicht ausichtslos erschien, daß eine konservativ-republikanische Bauerndemokratie die Macht an sich reißen würde. Das war 1921 bis 1922, als Bethlen sich unter dem Druck der an der Grenze aufmarschierenden tschechischen und jugoslawischen Divisionen gezwungen sah, den zurückgekehrten Karl Habsburg gefangen zu nehmen, der Entente auszuliefern und die Enthronung des Hauses Habsburg der Nationalversammlung beschließen zu lassen. Der königstreue Graf gab die Habsburgische Form der Konterrevolution preis, um ihren Bestand und ihren sozialen Inhalt, die Klassenherrschaft des Adels retten zu können. Gegen den habsburgischen Hochadel suchte er damals bei dem Landadel und den kossuthischen Bauern Ansehen. Aber als die Gefahr gebannt war, begann sein Kampf gegen die Macht der „Geistlichen“, wenn auch nicht so offen und gewalttätig, so doch entschlossener bekämpfte Bethlens Politik den Bauernkrieg, als sogar die schwierige Arbeiterfrage. Um die letzten Reste der selbständigen Bauernpolitik auszurotten und die gestiefelte Fraktion seiner eigenen Partei zu vernichten, macht er jetzt die Wahlen. Denn in dem Bauernlande ist die auf die spärlichen Städte und Industriezentren beschränkte Sozialdemokratie keine unmittelbare Bedrohung der Adels Herrschaft: die nach den Gütern der Aristokratie lüstern ausblickenden Bauern, in die frühere Boimäßigkeit zurückzuführen, die soziale Ordnung und Hierarchie der Vorkriegszeit wiederherzustellen, ist der Königsgedanke der Politik Bethlens nicht nur im bildlichen Sinne, sondern auch in der Beziehung, daß diese soziale Hierarchie nur gesichert ist, wenn ein ungarischer König in der Diener Burg sitzt. Zu den Widersprüchen der ungarischen Politik gehört, daß Bethlen, der das Haus Habsburg entthronen ließ, nichts anderes im Sinne hat, als Otto Habsburg auf den ungarischen Thron zu setzen. Der Knabe ist jetzt vierzehn Jahre alt, in vier Jahren ist er „großjährig“; Bethlen läßt nun das Abgeordnetenhaus wählen und das Magnatenhaus errichten, die die monarchistische Restauration sichern sollen. Ungarn und das Ausland sollen planmäßig bearbeitet werden. Die Legitimisten etwa vom Schlage des Grafen Julius Andrássy, die den Flug Karls des Pfälzischen veranlaßten, bekämpft Bethlen ebenso scharf wie die „freien Königswähler“; er will ihrer „rhapsodischen“ Politik keinen Einfluß auf die Restauration einräumen, nicht weil er etwa antihabsburgisch gesinnt wäre, sondern weil er vor ihrer plump zugreifenden Politik Angst hat.

Darum ist die politische Linie dieses Wahlkampfes die Unterwerfung des flachen Landes unter die Herrschaft des Adels, soweit dieser Adel sich Bethlen unterworfen hat. Ihren anschaulichsten Ausdruck findet diese Politik in der Bestimmung des Wahlgesetzes, die nur in den größeren Städten geheime Abstimmung vorsieht, auf dem

Das Urteil von Hasselfelde.

Ein Angeklagter verurteilt - 7 Monate Gefängnis.

Drauschweig, 29. November. (Eigener Drahtbericht.) In dem Reichsbannerprozeß in Hasselfelde wurde am Montagabend das Urteil gefällt. Die Angeklagten wurden bis auf den Reichsbannerführer Striebel freigesprochen; Striebel erhielt 7 Monate Gefängnis wegen Landfriedensbruch. In der Begründung erklärte der Vorsitzende: „Es steht fest, daß auf den abmarschierenden Zug der Reichsbannerleute Steine oder sonstige Gegenstände geworfen worden sind, auch daß ein Schuh oder mehrere Schäfte gefallen sind. Der Ausschrei des verletzten Angeklagten Kühne „halt, hier wird geschossen!“ war das Signal, auf das ähnliche Grundtät vorzubringen.“

Die Beweisaufnahme am Vormittag war für die Angeklagten so günstig verlaufen, daß selbst die Staatsanwaltschaft die Freisprechung von 12 Angeklagten beantragte.

Nachdem der Hauptzeuge, Landjäger Mejer trotz antilicher einbringlicher Vorhalte des Staatsanwalts sich weigerte, etwas Belastendes auszusagen, gab der Vertreter der Anklage kein Spiel endgültig verloren. Das Plaidoyer war eine Variation über das Thema „Mejer, Sie sind kein feiner Mann, Sie haben mich im Stich gelassen“.

Der einzige Angeklagte, der verurteilt wurde, ist der Hüttenarbeiter Striebel, ein bisher vollkommen unbescholtener Mann. Striebel erhielt sieben Monate, weil ein geisteschwacher Stotterer behauptete, er sei von ihm im Gedaenge geschlagen worden. Der Staatsanwalt hatte acht Monate Gefängnis beantragt. Das außerordentlich harte Urteil gegen einen bisher unbestraften Familienvater, der 4 1/2 Jahre im Feld war, ist wohl nicht anders zu erklären als dadurch, daß das Gericht den Staatsanwalt nicht mit ganz leeren Händen vor den braunschweigischen Justizminister treten lassen wollte. So wurde Striebel als Sündenbock für den Herrn Staatsanwalt geschloßen.

Es versteht sich von selbst, daß gegen dieses Urteil Berufung eingelegt wird. Die Angeklagten führen nach dem Urteil auf einem Kraftwagen nach Thole, wo sie von der dortigen Reichsbannergruppe mit einem Fackelzug empfangen wurden. Alles in allem war der Prozeß in Hasselfelde eine glatte Blüte der braunschweigischen Regierung. Bei einigem guten Willen wäre es sehr wohl möglich gewesen, zumal die Tat bereits am 25. Dezember 1925 stattgefunden hat, der Staatskasse diese erheblichen Kosten zu ersparen. Nur der politischen Einstellung des braunschweigischen Ministers ist es zu verdanken, daß dieser Prozeß gegen das Reichsbanner überhaupt stattgefunden hat.

Das Interessanteste am dem Urteil ist die Begründung. Sie muß zugeben, daß nicht die Reichsbannerleute die Angreifer waren, sondern daß sie in der Dunkelheit mit Werkzeugen angegriffen wurden, so daß ihr Leben gefährdet war. Die Reichsbannerleute befanden sich in Verteidigung, als sie nach den Urhebern der Attacke forschten. Aufgabe der Justiz wäre es also gewesen, gegen die deutsch-völkischen Angreifer das Verfahren wegen Landfriedensbruch einzuleiten.

Wenn trotzdem einer der Angegriffenen zu der in diesem klaren Fall besonders hohen Strafe von 7 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, so bleibt zwischen dem Zugeständnis in der Begründung und dem Urteil eine unüberbrückbare Kluft. Wie in so vielen anderen Reichsbannerprozessen wurde auch hier nach der verkehrten Frontprozeßiert und das Gericht hat es verjäumt, die Konsequenzen zu ziehen, obwohl es die Tatsache an sich zugeben mußte. Es ist selbstverständlich, daß gegen das Urteil Revision eingelegt wird. Aber das ändert nichts an einem Zustand, der heute von einem Teil der Richter selbst zugegeben wird und den der Reichsgerichtspräsident Dr. Simon in seiner Münchener Rede mit scharfen Worten geißelte. Wie lange soll dieser Zustand noch dauern?

flachen Lande aber offen abstimmen läßt. Von den 245 Abgeordneten werden nur 46 in geheimer, 199 aber in offener Abstimmung gewählt. Am 8. Dezember beginnen, am 15. Dezember enden die Wahlen. Am ersten Wahltag wählen 95 Bezirke, in denen offen abgestimmt wird und wo jede oppositionelle Wahlarbeit unmöglich gemacht ist, die Verwaltungsbehörden die zumeist „einstimmige“ Wahl der Regierungskandidaten durchzusetzen haben. Unter dem Eindruck dieser „Wahl“ergebnisse, die das flache Land, soweit es oppositionell gesinnt ist, entmutigen sollen, stimmen am zweiten Wahltag 97 weitere Wahlbezirke offen ab. Erst nachdem 193 Wahlbezirke mit offener Abstimmung gesprochen und die „moralische“ und politische Wirkung dieser Entscheidung sich ausgewirkt hat, kommen in den letzten drei Tagen, vom 12. bis 15. Dezember, die Wahlbezirke mit geheimer Abstimmung daran. All dies erscheint als ganz geistlich; begründet wird es damit, daß die bewaffnete Macht nicht genügend groß sei, die „Wahlfreiheit“ am selben Tag für das ganze Land zu sichern; in Wirklichkeit ist es aber die schlimmste Bergewaltigung der Wählerschaft. Diese ist durch das Wahlgesetz schon an sich arg geküchelt: vier Volksschulklassen, zweijährige Sehfähigkeit, 24. Lebensjahr bei den Männern, sechs Volksschulklassen und 30 Jahre bei den Frauen sind die wesentlichsten Wahlrechts-erfordernisse, die aber durch ein verwickeltes System von administrativen Schutengrabenverhauern und Wollgruben noch entwertet werden. Mit dem Ergebnis, daß von den 4.074.476 Bierundzwanzigjährigen nur insgesamt 2.331.958 den Wahlrechtsanspruch haben. Praktisch dürfte kaum die Hälfte der 24jährigen wahlberechtigt sein.

Sogar die Wahlberechtigten fernzuhalten, ist die Aufgabe der weiteren Wahlvorschriften und vor allem der Verwaltungspraxis, die selbst in Rumänien ihresgleichen kaum finden dürfte. Zum Beispiel: in der Wahlbewegung dürfen weder Text- noch Bilderplakate verwendet werden. In Flugschriften darf nur die Tatsache, daß eine Wählerversammlung abgehalten wird, Ort und Zeit und der Referent angegeben werden. Plakate, die außerdem die Aufforderung enthielten: „Erscheint in Massen“, wurden ebenso konfisziert wie solche mit der Unterschrift: „Mit sozialistischem Gruß“. Acht Tage vor dem Wahltag muß jede Wahlbewegung aufhören, keine Versammlungen mehr, keine Aufrufe mehr, außer in den Zeitungen. In diesem Finish arbeitet nur der amtliche Wahlapparat, fließt Wein und Schnaps und gehen die Massenverhaftungen der oppositionellen Kandidaten, Vertrauensmänner und Wahlwerber vor sich. Von der politischen Aufklärung gelaubert, von Alkohol benebelt, vom Regierungsterror eingeschüchtert, wird dann das Stimmvieh von den Gendarmen und Großgrundbesitzern zur „Abstimmung“ eskortiert.

In den Städten mit geheimer Abstimmung weist der bewundernswerte Heldentum der Sozialdemokratischen Arbeiter diese Wahlmader in gewisse Schranken. Aber wo die Sozialdemokratische Partei den Versuch macht, an die Arbeiter der großen Betriebe außerhalb der Städte heranzukommen, das gilt vor allem für die Bergarbeiter, oder wo sie sich sogar an die landwirtschaftlichen Arbeiter wendet, dort wird ihr noch schärfer begegnet als den Bauern oder anderen Oppositionsparteien. Diese Wahlkämpfe außerhalb der Städte sind Werke wirklichen Heldentums und Opfermutes. Tausende unserer Vertrauensmänner, die Unterschriften für einen sozialdemokratischen Kandidaten sammelten, sitzen in den Dorfgewächsen, hunderte haben schon ihre Arbeitsstellen verloren, sind aus der Heimat vertrieben. Diese braven und unerschütterlichen Kämpfer aus der Masse, die unbekanntes Soldaten des Klassenkampfes verdienen es, daß das internationale Proletariat ihren Heldentum mit Sympathie und Solidarität begleitet.

Ein konservatives Blatt, „Magyaraság“, das Organ des Grafen Andrássy, fragt angesichts aller dieser Vorgänge, ob die Methode Mussolinis nicht ehrlicher sei.

Aber Graf Bethlen will aus Gründen der auswärtigen Politik eine durch ein Parlament verleierte Diktatur haben und er holt sich in diesem Wahlkampf das Feigenblatt dafür.

Stingl verbietet die Reichsfarben! Postminister und Fredericus-Mark.

Wir erhalten folgende Zuschrift: In der letzten Nummer des Amtsblattes des Reichspostministeriums ist folgende Verfügung zu lesen:

„Seit einiger Zeit werden Briefsendungen zur Postbeförderung eingeliefert, bei denen in der rechten oberen Ecke der Aufschriftmarke ein Rotbezetzel angebracht ist, der ein weißes Mittelstück in der Größe einer Freimarke mit farbiger Umrahmung zeigt. Auf dieses Mittelstück ist die Freimarke geklebt, so daß sie in der Umrahmung erscheint. Es wird darauf hingewiesen, daß Aufklebungen dieser Art, auch wenn sie sich an einer anderen Stelle der Aufschriftmarke befinden, gegen § 2, I der Postordnung verstoßen, und daher nicht erlaubt sind. Ueberhaupt muß es als unzulässig bezeichnet werden, die Freimarken — gleich wo sie angebracht sind — mit einer farbigen Umrahmung zu umgeben, weil die Umrahmung geeignet ist, das Anbringen der Stempelabdrücke zu beeinträchtigen. Die Postanstalten werden angewiesen, Sendungen, die den bestehenden Bestimmungen zuwider mit Aufklebungen versehen sind, von der Postbeförderung auszuschließen.“

Auf gut Deutsch heißt das folgendes: Briefe, die eine schwarzrotgoldene Umrahmung um die Fredericusmarke tragen, werden nicht befördert. Aber nicht genug mit dieser Anordnung, die sich mit einer bürokratischen Auslegung der Postordnung zur Not begründen läßt, wird das Aufkleben von Reichsfarben auch an anderer Stelle des Briefumschlages verboten! Die Reichsfarben sind also für den Postverkehr gefährlicher als die vielen Wohlfahrtsmarken, die die Post nicht nur nicht verbietet sondern zum Teil selbst vertreibt.

Das ist ein Schlag ins Gesicht aller Republikaner. Die Postbehörde, die das Reichsmonopol für die Briefbeförderung besitzt, schiebt die tennisch gemachten Briefe der Republikaner von der Postbeförderung aus. Hier kommt der rücksichtslose Autokrat zum Vorschein, der Postminister Stingl in Wirklichkeit ist, worüber auch seine sozialen Gesinnungen hinwegtäuschen können.

Wo bleibt hier die so oft von ihm verlangte „Rücksichtnahme auf die Kundenschaft?“ Was nützen alle Höflichkeitserlasse an die Beamten, wenn der Minister selbst von einer nicht zu überbietenden Rücksichtslosigkeit gegen einen großen Teil des Postpublikums ist?

Im übrigen ist darauf hinzuweisen, daß dieser Erlaß in wesentlichen Teilen der Postordnung widerspricht. Das linke Drittel der Anschriftseite eines Briefes kann zu Aufklebungen verwendet werden. Die Post begehrt also einen Rechtsbruch, wenn sie Briefe nicht befördert, auf denen links oben nicht, wie sonst üblich rechts, die Fredericusmarke mit Schwarzrotgold umklebt ist. Die Republikaner werden sich danach zu richten haben.

Revision des Fehenbach-Urteils. Gegen bayerische Ablehnung vom Reichsgericht angeordnet!

München, 29. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichstag hat seinerzeit die Revisionsmöglichkeit gegen Urteile der bayerischen Volksgerichte beschlossen. Daraufhin hat Genosse Felix Fehenbach sofort beim zuständigen Landgericht München die Wiederaufnahme jenes Verfahrens beantragt, in dem er wegen angeblichen Landesverrats zu der ungeheuerlichen Strafe von 10 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Am 1. Mai wurde Fehenbachs Antrag vom Landgericht abgelehnt, worauf Rechtsanwält Dr. Hirschberg als Verteidiger Fehenbachs sofort Beschwerde beim Reichsgericht

erhob. Der nach Anhörung des Oberreichsanwalts am 1. November gefällte Beschluß des Reichsgerichts, 5. Strafsenat, hat folgenden Wortlaut:

„Der Beschluß der 1. Strafkammer des Landgerichts München I vom 1. Mai 1926 wird aufgehoben und der Antrag vom 15. Januar 1926 auf Wiederaufnahme des durch rechtskräftiges Urteil des Volksgerichts für den Landgerichtsbezirk München vom 20. Oktober 1922 beschlossenen Verfahrens gegen Fehenbach insoweit als zulässig und begründet erklärt, als Fehenbach wegen vollendeten Landesverrats, verübt durch Veröffentlichung des sogenannten Ritter-Telegramms, verurteilt ist. Zu diesem Teil des Urteils wird die Wiederaufnahme des Verfahrens und die Erneuerung der Hauptverhandlung angeordnet. Im übrigen wird die sofortige Beschwerde als unbegründet verworfen. Die Kosten des Wiederaufnahmeverfahrens werden zu einem Drittel dem Angeklagten Fehenbach, zu zwei Dritteln der bayerischen Staatskasse aufgelegt.“

In der Zusammenfassung der 44 Seiten langen Begründung des vorstehenden Beschlusses wird ausdrücklich festgestellt, daß die Verurteilung Fehenbachs wegen Veröffentlichung des Ritter-Telegramms zu Unrecht erfolgt ist.

Arbeitsplan des Reichstags.

Der Aeltestenrat des Reichstags traf in der gestrigen Sitzung die Dispositionen für die Plenarberatungen dieser Woche. Vom Dienstag ab soll der Nachtragsetat weiter beraten werden und zwar die Spezialrats für das Verkehrsministerium mit Ausnahme der Wasserstraßenangelegenheiten, für die befehligen Gebiete, für das Ernährungsministerium und für das Reichsministerium des Innern. Sodann soll eventuell das Jugendschutzgesetz in dritter Lesung und noch eine Vorlage über die Arbeitslosenfürsorge beraten werden. Der Sonnabend und die ersten Tage der nächsten Woche bis zum 8. Dezember bleiben von Plenarsitzungen frei.

Zusammentritt des Landtags.

Der Landtag tritt am Dienstag, den 30. November, wiederum zusammen, um noch eine Reihe von Volksfragen vor den Weihnachtstagen abzuhalten. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung steht eine große Anfrage der Kommunisten, die sich gegen den Vorliegenden des bayerischen Landtags Schwurgerichtes richtet. Außerdem stehen kleine Vorlagen zur Verhandlung.

Wer hat's befohlen?

Hammelsprung. Die Linke marschiert zur Sa-Türe rechts, die Rechte zur Rein-Türe links. Mittweg stehen Oberjahren und Freitagsh-Loringhonen in ein Gespräch verflochten. Sie machen gar keine Anstalten einzutreten und sich zählen zu lassen. Da kommt wie ein Schäferhund, der die Herde umkreist, der alte Geheimrat Schulz-Bromberg, und bis weit hinein in die Reihen der vorbeiziehenden Sozialdemokraten hält folgendes Gespräch:

Schulz-Bromberg: „Na los, los! Macht doch!“
Oberjahren: „Ja doch, ja doch! Wir kommen ja schon.“
Freitagsh-Loringhonen: „Wer hat's befohlen? Der Graf? Oder nur der Geheimrat?“

So geschahen Montag, den 29. November 1926, 5 Uhr nachmittags, in den Wandelgängen des Reichstags.

Herr Hugenberg schämt vor Wut über die Haltung des Herrn Wahren, des Hochschullehrers des Jungdeutschen Ordens, der sich gegen den Wahnsinn der nationalsozialistischen Desperados gewandt hat. Er glaubt, Herrn Wahren diskreditieren zu können, indem er der Öffentlichkeit mitteilt, daß sich Wahren im Jahre 1925 bei einer Bank, in der Hugenberg ausschlaggebenden Einfluß hatte, um einen gebeteten Kredit von 30.000 Mark für die Zeitung „Der Jungdeutsche“ gemeldet habe. Es handelt sich um ein normales Kreditgeschäft. Es ist nicht ersichtlich, wie dieses Kreditansuchen Herrn Wahren politisch diskreditieren könnte. Die Veröffentlichung Hugenbergs zeigt nur die wahre Gesinnung dieses Mannes.

Palucca.

Dritte Tanzmatinee der Volksbühne.

Es war der bisherige Gipfelpunkt dieser Tanzsaison. Der große Raum des Theaters am Bülowplatz bis auf den letzten Stuhl gefüllt und Beifallstürme, wie man sie hier kaum je erlebt hat.

Woher kommt die beispiellose Volkstümlichkeit der Palucca? Ihre Kunst ist spröde. Abstrakter Stil von einer Linienstrenge, die jedes ornamentale Element ebenso ablehnt, wie ihr Konzeptionen ans Publikum fern liegen. Und doch ist das Publikum vom ersten Augenblick an im Banne dieser Kunst. Ihre Bewegungsrhythmen schwingen in jeder Seele mit. Unwiderstehlich. Man erlebt etwas abstrakt Neues und doch das Gefühl, nur das klar und bewußt gestaltet zu sehen, was traumhaft und unbewußt im tiefsten Innern eines Jeden schlummerte. Es ist die einzigartige Persönlichkeit, die naturwüchsige Kraft und die erste Redlichkeit der Künstlerin, die dieses Wunder vollbringen. Die Palucca lebt in ihren Tänzen. Sie erlebt jedes Formdetail aufs neue in dem Augenblick, wo sie es gestaltet. Alles erscheint gewachsen, nichts gemacht. Eine aus Wunderbare grenzende Technik erlaubt, jeden Ausdruck spielend zu geben. Aber auch diese Technik erscheint nicht als etwas Erarbeitetes, mit schwerer Mühe Erworbenes, sondern als Eingeborenes, zum natürlichen Wesen dieser Persönlichkeit Gehörendes. So entsteht der Eindruck: was die Palucca als Tänzerin gestaltet, das ist sie als Mensch. Sie spielt uns nichts vor. Sie lebt sich aus, unbekümmert um uns. Und hat eine unbändige Freude an diesem Leben und Sichausleben.

Ihr Stil vervielfältigt sich in den Mädchen ihrer Tanzgruppe. Es sind darunter sehr verschiedene tänzerische Individualitäten und künstlerische Qualitäten, aber es lebt in allen der gleiche Geist. Die Technik — namentlich die Beinteknik — schlechthin vollkommen. Das Zusammenarbeiten bewundernswert. Und nirgends merkbarer Drill, überall fühlbar: Naturwüchsige Freude am Schaffen. Palucca-Geist!

Der Tanz der Palucca ist reinste Raumgestaltung im Sinne Labans. Wenn die Gruppe zum Einleitungstanz aufmarschiert, hat man den Eindruck: sie retognisiert das Terrain. In strammen rhythmischen Schritten, in Armstimmungen, in geraden und geschlängelten, parallel laufenden und sich kreuzenden Linien durchmischt sie absprechend den Raum. Wenn im Sextett „Tanzlied“, in den tänzerischen Formen, in den „Tanzrhythmen“ geschlossene Glieder und Gruppen teilweise fast zu Einzeltänzen zerfallen, nach allen Richtungen schreiten, laufen, hüpfen, wirbeln und dann wie ein plötzlich sich bildender Kristall zu überraschend neuer einheitlicher Form gefaßt erscheinen, dann entsteht in uns das Gefühl, rhythmisch gealterter, gestalteter Raumgestaltung und -ausfüllung. Die ganze Bühne ist beherrscht von dem Bogen einer Bewegung, die in laulenden Abwandlungen immer nur dem einen Ziele dient: Raumbeherrschung. Dieses Ziel ist das letzte und höchste des modernen Tanzes, und es wird in den Tänzen der Palucca und ihrer Gruppe klar und konsequent, ohne Umwege und ohne verzögernde Schwärze erreicht.

Außer den Gruppentänzen sahen wir vier Einzeltänze der Palucca. Bekannte Meisterleistungen: „Stark betont“, „Glanzvoll“ (vielleicht ihr schönster Tanz), „Lanz zur Trommel“ und — in der Ausführung diesmal nicht ganz satte — „Mit Schwung“. Zwei Duette: „Wichtig“ von Margot Blant und Lotte Goslar mit prächtiger Eile und schöner Exaktheit getanzt, und in laubdem, linienfeinem Parallelismus das technisch sehr schwierige, sanfte, zögernde, in eine leise, halb hingebende, halb tragende Bewegung ausklingende „Verhalten“ der Blant und Palucca. Zwei Trios, die die Palucca mit der Blant und der Goslar tanzte: „Tanzlied“ und — in Komposition und Ausführung nach meinem Geschmack die wertvollste Gabe der Matinee — „Bewegt“, mit einer Rhythmis, die den Zuschauer bis in die Zehenspitzen elektrisiert und unvergänglich bleibt. Das Quartett „Beherrsch“ von der Palucca, Blant, Goslar und Liselore Bergmann gebracht, in seinen etwas stereotyp wiederholten anschwelgenden und plötzlich abbrechenden Bewegungsrhythmen außerordentlich wirksam, aber weniger empfindend als verstandesmäßig konstruiert, und der interessante und wohlgeungene Versuch der Elise Baros, einen der beliebtesten Palucca-Tänze „Leicht“ mit hochtänzerischen Mitteln zu gestalten, vervollständigten das sehr reichhaltige Programm.

Die Begeisterung des Publikums stieg mit jeder Darbietung. Immer wieder mußten die Künstlerinnen auf der Bühne erscheinen und zum Schluß ruhte man nicht, bis die Palucca noch einmal in der kleinen Tür des Eisernen Vorhanges sich zeigte.

John Schikowski.

Chemie, Technik und Weltgeschichte.

Ueber dieses Thema sprach Prof. Binz in der Festsitzung des Märkischen Bezirksvereins des Vereins Deutscher Chemiker. Man konnte einen tiefen bewußten Blick in den Zusammenhang des Weltgeschehens mit den allgemeinen durch den Stand der Technik bedingten Wirtschafts- und Kulturverhältnissen erwarten. Aber Professor Binz ist nur Chemiker, nicht Volkswirtschaftler, und so wurde der Vortrag nur unbewußt in seinem größten Teil zu einer Betrachtung der in den Kreisen, denen Herr Binz angehört, so arg verirrten, von Marx begründeten sogenannten materialistischen Geschichtsauffassung.

Der Vortragende zeigte, wie die Verwendung der Steinkohle und die ständig sich folgenden Erfindungen, von Artwrights Spinnmaschine zur Dampfmaschine und zum Leuchtgas, in England den ungeheuren industriellen Aufschwung schuf, durch den England seine Weltmachtstellung erhielt. Diesen Fortschritt bezeichnete er mit Recht zu einem großen Teil als weltgeschichtliche Tragödie wegen der gleichzeitigen Zunahme der Armut mit ihrem Hunger und Elend. Als Ursache erkannte er freilich nicht das kapitalistische Wirtschaftssystem, sondern mit dem alten Platoner Maltheus die fortschreitende Volksvermehrung, mit der die Vermehrung der Nahrungsmittel nicht Schritt halten konnte, so daß es ein von Gott gewollter Zustand sei, daß stets eine Anzahl Menschen als überzählig durch Hunger, Krieg und Krankheit zugrunde gehen muß — eine unter Umständen für die glücklichen Bestehenden sehr gefährliche Lehre, da sie die „Überzähligen“ dazu anreizen kann, einmal die anderen als überzählig zu betrachten und todschlagen. Uebrigens eine auch von bürger-

lichen Dekonomen längst als irrig erkannte Lehre, da mit der Volksvermehrung, nicht mit der Volksverminderung die Möglichkeit zur Erhöhung der Kultur und des allgemeinen Wohlstandes steigt. Der Mensch unterscheidet sich ja dadurch vom Tier, daß er schöpferisch bestimmend in den Gang der Natur eingreift.

Belter zeigte der Redner, welchen gewaltigen Anstoß zum großen Teil durch Napoleons Initiative und Organisationskunst die festländische Industrie durch den Anbau des Rübenzuckers, der den englischen Kolonialzucker verdrängte, und durch die Schaffung der Textilindustrie mit Hilfe des Anbaues von Krapp erhielt. Ganz ähnlich wie die Kontinentalperle wirkte der Weltkrieg, der neben manchen wertlosen Erfindungen den künstlichen Dünger aus Luftstickstoff brachte, ferner die steigende Verwendung des Aluminiums und die Gewinnung von Treiböl aus Kohle. Freilich sind die Völker in ihrem Rohstoffbezug durch die gesamte Entwicklung voneinander abhängig geworden, und das hat zu einem keineswegs friedlichen, unerrätlichen Weltkampf geführt. In absehbarer Zeit werden die wichtigsten Rohstoffe erschöpft sein und verfallen, und diese alle Kulturvölker weicher Rasse in gleichem Maße bedrohende Gefahr wird sie, nicht aus „schwächlichem Pazifismus“, sondern aus schicksalverbindender Notwendigkeit zu gemeinsamer Ueberwindung dieser Gefahr und ihrer Folgen zusammenführen, oder die Bestimmung des Laufes der Weltgeschichte wird auf die farbigen Rassen übergehen, die in den Tropen von beständig im Sonnenschein nachwachsenden Dingen leben können.

Einstweilen freilich sieht es nicht so aus, als ob die weiße Rasse dieser drohenden Wüsterdämmerung Europas erliegen würde. Chemie und Technik haben schon vieles geschaffen, die schon genannte Stickstoffgewinnung aus Luft, der Erddünger aus Kohle, die Verwendung von Wasserstoff in Helium sind nur wenige Beispiele dafür. Binz schloß mit dem Hinweis berechtigten Stolzes, daß gerade in Deutschland in den schlimmsten Zeiten seiner Geschichte Werte an Wissen und Können geschaffen worden sind, die als günstiges Vorzeichen für die Zukunft gelten können.

Deutsche Opernauaufführung in Dresden. Die Leitung der Dresdener Staatsoper hat jetzt ein Jugendwerk Cherubinis, „Don Pasquale“, der dreifache Verlobte“, in einer Bühnenbearbeitung von Hans Lehner zur deutschen Uraufführung gebracht. Die Handlung, die Dramatisierung einer Anekdote, ist unterhaltsam genug, um die zahlreichen Unwahrscheinlichkeiten übersehen zu lassen. Generalintendant Dr. Reuder, der die Spielleitung selbst führte, hatte für das alte Werk einen der Entstehungszeit entsprechenden äußeren Rahmen geschaffen. Zusammen mit Kapellmeister Kutschbach, der sich mit größter Liebe und Feinheit der Musik annahm, hat er der neuentdeckten Oper einen herzlichen Beifall gesichert.

Der Kaufmann Hryzel-Spanier, Schilfstraße 5 eröffnete eine Kaffeehaus von Aquarellen und Holzgemälden von Leiniger Malin.

Konwärtige Politik als Prüfungsfrage? In der Universitäts- in Frankfurt a. M. ist jetzt zum erstenmal auch die auswärtige Politik als Hauptprüfungsfrage für das staatswissenschaftliche Doktorexamen eingeführt worden. Es wäre unbedingt wünschenswert, wenn in staatswissenschaftlichen Lehrplänen aller deutschen Universitäten die große Wichtigkeit der auswärtigen Politik gebührend berücksichtigt würde.

Das Arbeitsschutzgesetz.

Eine Regierungsvorlage gegen den Achtstundentag.

Das Reichskabinett hat bekanntlich am Freitag dem Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes zugestimmt, der inzwischen dem Reichswirtschaftsrat zugegangen ist.

Die Aufgabe des Arbeitsschutzgesetzes sollte es sein, eine klare und übersichtliche Regelung für das gesamte Gebiet des Arbeiter- und Angestelltenwesens zu bringen. Dieser Aufgabe wird der Gesetzentwurf nach keiner Richtung hin gerecht. Man gewinnt zwar bei einer gründlichen Durchsicht des Gesetzentwurfs den Eindruck, daß an Stelle der zahlreichen Arbeitszeitverordnungen, der Schutzvorschriften in der Gewerbeordnung, des Gesetzes betr. Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben und sonstiger Schutzvorschriften ein neues Gesetz tritt, daß aber damit keineswegs die notwendige Klarheit und Uebersichtlichkeit verbunden ist. Die Schuld daran liegt nicht zuletzt in dem Bemühen, es auch den Unternehmern recht zu machen. In zahlreichen Bestimmungen werden die unglaublichen Ausnahmefälle geregelt, die in der Praxis ein völliges Durcheinander erzeugen müssen und der Umgehung gesetzlicher Schutzvorschriften Tür und Tor öffnen. Diese Unsicherheit wird noch erhöht durch die von Londoner Abmachungen der Arbeitsminister Deutschlands, Englands, Frankreichs, Belgiens und Italiens über die Auslegung des Washingtoner Übereinkommens über den Achtstundentag. Schon damals haben wir bei Bekanntwerden dieser unternehmerfreundlichen Zurechtbiegung des Washingtoner Übereinkommens schärfste Bewahrung eingelegt und darauf hingewiesen, daß irgendeine Konferenz von Arbeitsministern gar nicht berechtigt ist, solche Auslegungen vorzunehmen, die die vielmehr letzten Endes nur dem Internationalen Gerichtshof zustehen. Dennoch hat das Reichsarbeitsministerium diese unzulässigen und viel zu weitgehenden Ausnahmen des Washingtoner Übereinkommens in seinem Entwurf aufgenommen, um dann großspurig zu verkünden, daß durch das Arbeitsschutzgesetz auch gleichzeitig die Möglichkeit zu einer Rationalisierung des Washingtoner Übereinkommens geschaffen wird. Demgegenüber muß immer wieder mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß es Aufgabe des deutschen Arbeitsschutzgesetzes sein muß, die im Washingtoner Übereinkommen vorgesehenen Ausnahmen zu befestigen, um den Achtstundentag in vollem Umfange sicherzustellen.

Dieser Aufgabe wird das Arbeitsschutzgesetz nicht gerecht. Es schließt einmal große Teile der deutschen Arbeiter und Angestellten von vornherein aus. Für die unter das Gesetz fallenden Arbeitnehmer wird dann außerdem durch die vielen Ausnahmen der Achtstundentag praktisch wirkungslos gemacht. So wird u. a. bestimmt, daß bei Arbeiten, die ihrer Art nach einen ununterbrochenen Fortgang erfordern, an Stelle der 48stündigen Wochenarbeitszeit die 56stündige Wochenarbeitszeit tritt. Bei Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten ist die Ueberschreitung des Achtstundentages zulässig. Es finden sich weiter in dem Regierungsentwurf die unhaltbaren Bestimmungen über Arbeitsbereitschaft, mit deren Hilfe wiederum eine regelmäßige Verlängerung der Arbeitszeit ermöglicht wird. Auf diesem Gebiete hat ja auch die Londoner Konferenz der Arbeitsminister Erstaunliches geleistet. Durch die Unterscheidung, die keinerlei Stütze im Washingtoner Übereinkommen findet, wird die Vorschrift über die Zahlung eines Zuschlages bei Leistung von Mehrarbeit für diese Fälle aufgehoben. Der Regierungsentwurf bringt noch weitere Bestimmungen über zulässige Mehrarbeit. Durch Tarifvertrag können bis zu einer Gesamtdauer von 250 Stunden innerhalb eines Kalenderjahres Ueberstunden zugelassen werden. Liegt eine tarifvertragliche Regelung nicht vor, so kann das Gewerbeaufsichtsamt im gleichen Umfange Mehrarbeit zulassen. Diese Mehrarbeit soll mit einem Zuschlag von 25 Proz. bezahlt werden. Wird eine solche Regelung Gesetz, dann ist nicht der Achtstundentag, sondern der Neunstundentag verankert. Die Erfahrungen mit der geltenden Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 zeigen ganz eindeutig, daß gerade mit Hilfe ähnlicher Bestimmungen die regelmäßige Verlängerung der Arbeitszeit über acht Stunden hinaus erfolgt. Die bisherige Tarifpolitik der Schlichtungsausschüsse, Schlichter und nicht zuletzt des Reichsarbeitsministeriums zeigt, daß diese behördlichen Organe den Zusammenhang zwischen Arbeitszeitverlängerung und Arbeitslosigkeit immer noch nicht begriffen haben und durch ihre verderbliche Arbeitszeitpolitik wesentlich zur Verschärfung der Arbeitslosigkeit beitragen. Aus diesem Grunde fordern bekanntlich die Gewerkschaften aller Richtungen in ihrem Rotgesetz zur Verkürzung der Arbeitszeit gerade die Beseitigung dieser Bestimmungen der geltenden Arbeitszeitverordnung, weil nur so eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten kann.

Das Arbeitsschutzgesetz regelt neben der Arbeitszeitrage in besonderen Abschnitten noch die Betriebsgefahren, die Sonntagsruhe, den Ladenaufschlag und die Arbeitsaufsicht. Die vorgesehene Regelung der Sonntagsruhe ist vollständig unbefriedigend. Das Reichsarbeitsministerium hat auch auf diesem Gebiete aus den Erfahrungen der letzten Jahre nichts gelernt. Die Kaufschubbestimmungen des Gesetzentwurfes konservieren geradezu die bestehenden Mißstände. Es muß mit allem Nachdruck verlangt werden, daß der bereits vor zwei Jahren von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in einem eigenen Gesetz gewiesene Weg beschritten und die vollständige Sonntagsruhe eingeführt wird. Unzureichend sind auch die Vorschriften über die Ladenaufschlüsse. Auch hier hätte das Reichsarbeitsministerium aus den Erfahrungen der letzten Jahre einiges lernen sollen. Es besteht kein tatsächliches Bedürfnis für die Beibehaltung der Ausnahmen bei Ladenaufschlüssen und Ladenaufschlüssen; die Einführung des Sechsuhr-Ladenaufschlusses ist in größerem Umfang zu gewährleisten. Unzureichend sind auch die vorgeschlagenen Regelungen für die Kinderarbeit und für den Schutz der Schwangeren.

Die Reichsregierung hat das von den Gewerkschaften geforderte Rotgesetz zur Verkürzung der Arbeitszeit damit abzutun versucht, daß sie erklärte, die gesetzliche Neuregelung der Arbeitszeit müsse dem Arbeitsschutzgesetz vorbehalten bleiben. Der Regierungsentwurf beweist aber geradezu die Unentbehrlichkeit eines Rotgesetzes zur Verkürzung der Arbeitszeit in dem von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Sinne. Der Regierungsentwurf bringt nicht das, worauf es in dieser furchtbaren Notzeit entscheidend ankommt. Ueber seine Gestaltung sind die schwersten Kämpfe unvermeidbar. Die Krise des Arbeitsmarktes läßt es jedoch nicht zu, die Neuregelung der Arbeitszeit bis zur Verabschiedung des gesamten Arbeitsschutzgesetzes zu vertagen. Hier muß schnell und gründlich gehandelt werden. In der gestrigen Aussprache der Gewerkschaften im Reichsarbeitsministerium ist auf den furchtbaren Ernst der Lage und auf die Dringlichkeit der Frage mit allem Nachdruck hingewiesen worden. Es nützen keine faulen Verträge, die auch gestern wieder von Regierungsseite reichlich geschlossen sind. Die im Arbeitsschutzgesetz vorgesehenen Bestimmungen über die Arbeitszeit sind ein Hohn auf die Notlage der deutschen Arbeiter und Angestellten.

Das Rotgesetz muß die Entscheidung darüber bringen, ob in Deutschland der Achtstundentag in allerhöchster Zeit eingeführt wird; es wird damit gleichzeitig die wichtigste Vorarbeit für die Arbeitszeitregelung im Rahmen des Arbeitsschutzgesetzes geleistet.

Endkampf um die Kontrolle.

Was von Deutschland noch verlangt wird.

Brüssel, 29. November. (Eigener Drahtbericht.) Wie der Vertreter des „Soz. Pressedienstes“ in Brüssel erzählt, wird gegenwärtig zwischen den Mächten hinsichtlich der Militärkontrolle noch über folgende Punkte verhandelt: Im Vordergrund steht das Abrüstungsprogramm, dessen Erfüllung durch Deutschland gefordert wird, ehe die Kontrollkommission zurückberufen werden kann. London und Paris scheinen darin einig zu sein, die Veräußerung der deutschen Kasernen und anderer militärischer Gebäude, deren Liste festgelegt ist, zu fordern und die von Deutschland in diesem Punkte erhobenen Einwendungen nicht zuzulassen. Immerhin brauchen nicht alle Gebäude vor der Abberufung der Kontrollkommission veräußert zu werden. Man würde sich mit einem bindenden Versprechen Deutschlands begnügen. Ein sehr heikler Punkt ist die Frage der Herstellung und Ausfuhr von Kriegsmaterial, und zwar sowohl von eigentlichem Kriegsmaterial wie auch von Maschinen zur Herstellung von Kriegsmaterial. Sowohl England wie Frankreich bestehen hier auf völliger Klarheit unter der Begründung, daß, wenn diese Industrie unter irgendwelchem Vorwand in Deutschland zugelassen werde, Deutschland in kürzester Frist aufrüsten könnte. Bei England mögen dabei auch Konkurrenzrücksichten vorhanden sein.

Bezüglich der Polizei scheint Deutschlands Verlangen, die Staatspolizei um 8000 Mann zu erhöhen und die Gemeindepolizei um ebensoviele vermindern zu können, auf keine besonderen Schwierigkeiten zu stoßen.

In der Frage der öffentlichen Befestigungen sind London und Paris anscheinend nicht einig. Frankreich besteht unbedingt auf Schließung, während England der Ansicht zu sein scheint, daß diese Frage nicht zu dem von Deutschland angenommenem Abrüstungsprogramm gehört und deshalb nicht zur Bedingung der Abberufung der Kontrollkommission gemacht werden darf. Hinsichtlich der Wehrverbände haben einige Erklärungen Stresemanns, wonach es sich hier um eine innerdeutsche Angelegenheit handele, in Paris stark verschleppt; dagegen weist sein Versprechen, energisch einzuschreiten, wo die Verbände die gesetzlichen Vorschriften überschreiten, beruhigend und wird als mögliche Grundlage einer Einigung betrachtet. Im übrigen ist Paris der Ansicht, daß das Investigationsrecht des Völkerbundes genau definiert und umschrieben werden muß, ehe die Kontrollkommission zurückberufen wird. Ein Interregnum zwischen beiden Kontrollsystemen wird als gefährlich betrachtet.

Schließlich will Paris von einer Räumung des Rheinlandes nichts wissen, solange Frankreichs Sicherheit und die Dawes-Zahlungen nicht garantiert sind. Paris wäre zu Erleichterungen der Befehung bereit, hält aber eine vorzeitige Räumung für nicht angebracht.

Reichswehr und Außenpolitik.

Die jüngsten Enthüllungen und die Abrüstungsverhandlungen.

V. Sch. Paris, Ende November.

Die jüngsten Veröffentlichungen über die Verbindungen zwischen der Reichswehr und den sogenannten vaterländischen Verbänden, die Wahraumsche Denkschrift und die darauf bezüglichen Auseinandersetzungen im Reichstag haben in Frankreich lebhaften Widerhall erweckt. Da diese Meldungen zeitlich zusammenfielen mit den schwierigen Verhandlungen über die Abschaffung der Militärkontrollkommission, ist es kein Wunder, wenn die mit diesen Verhandlungen betrauten deutschen Vertreter jene innerdeutsche Auseinandersetzung als eine Erschwerung ihrer Aufgabe empfinden. Aber darin liegt wohl ein starkes Maß von Selbsttäuschung. Das Problem der Reichswehr, ihres Wesens, ihrer Verbindungen und ihrer Ziele beschäftigt nicht nur die führenden politischen Kreise, sondern die gesamte öffentliche Meinung Frankreichs seit Jahren und besonders jetzt, am Vorabend der Abschaffung der interalliierten Militärkontrolle. Es ist offenkundig, daß man in den leitenden Kreisen der französischen Regierung über dieses Thema sehr gut unterrichtet ist, anscheinend besser als die breiten Massen des deutschen Volkes und sogar als der Deutsche Reichstag. Deshalb bedeutet die Debatte um das System Gessler, gerade weil sie mit den Verhandlungen und der Abschaffung der Militärkontrolle zusammenfällt, in Wirklichkeit keine Erschwerung der diplomatischen Verhandlungen, sondern sie kann umgekehrt die Stellung unserer Vertreter stärken — allerdings nur unter einer Voraussetzung: daß die bürgerlichen Regierungsparteien endlich den deutschen Willen zeigen, gründlich Remedur zu schaffen und sich nicht weiter mit vagen Redensarten und mit leeren Versprechungen zu begnügen. Ist das nicht der Fall und fehlt es weiter am Willen, rücksichtslos durchzugreifen, dann allerdings ist jede Erörterung des Themas „Reichswehr und Rechtsverbände“ für die Außenpolitik des Reiches ein Schaden und natürlich besonders im jetzigen Augenblick. Dann aber bedeutet das zugleich, daß die Außenpolitik des Reiches zum mindesten als nicht konsequent erscheinen muß.

Nachtragsetat im Ausschuss.

Die besetzten Gebiete. — Saargänger. — Winter.

In der Montagsitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt fand beim Nachtragsetat für die besetzten Gebiete zunächst ein von der Sozialdemokratie und mehreren anderen Parteien gestellter Antrag einstimmige Annahme, durch welchen die Rot der Frankenhilfempfänger eine weitere Verringerung erfahren soll. Es sollen die Richtlinien für Unterstellungen an sogenannte Saargänger dahin geändert werden, daß Arbeitnehmer mit einem landwirtschaftlichen Betrieb von über 15 Morgen ertragsfähigem Grundbesitz in der Regel von der Unterstellung ausgeschlossen bleiben. Die Versprenten, d. h. Arbeitnehmer, die rechtorheinisch wohnen und am 1. Mai 1926 Frankenhilfempfänger waren, sollen in die Betreuung einbezogen werden. Die Auszahlung des Fahrgeldes wird auch für die Krankheitsstage erfolgen. Arbeitnehmer mit einem Nebenverdienst sollen nur dann von der Unterstellung ausgeschlossen sein, wenn sich das monatliche Gesamteinkommen der Haushaltung mit einem Kind auf 140 M. beläuft, für jedes weitere Kind erhöht sich die Grenze um 15 M.

Beim Nachtragsetat des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft wurde ein Notstandskredit von 15 Millionen Mark für die Winter bewilligt.

Die Genossin Schuch beantragte, eine neue Position von 5 Millionen Mark für Zwecke der Kindererspaltung einzusetzen. Im Gegenstoß zu den Regierungsvorparatieren, die angaben, daß für das laufende Jahr noch genügend Mittel vorhanden seien, erklärte die Genossin Schuch, daß die letzten Mittel bereits im September an die Länder gegeben wurden und daß daher bei der stetig steigenden Not unbedingt neue Mittel bewilligt werden müßten. Um den Widerspruch aufzuklären, wurde der Antrag an einen Unterausschuss gegeben.

Man darf nämlich die Franzosen nicht für dümmere halten als sie sind. Denn abgesehen davon, daß sie, sei es durch die Interalliierte Militärkontrollkommission des Generals Walsh, sei es durch andere Quellen, über alles, was auf diesem Gebiete bei uns vorgeht, sehr gut Bescheid wissen, so ist die Tatsache allein, daß die deutsche Reichswehr monarchistisch verwehrt ist und im Geiste der Revanche erzogen wird, eine Erscheinung, die jeden französischen Bürger stutzig macht und stutzig machen muß. Das ist vielleicht das Auffallendste für den Deutschen, der in diesen Tagen mit den verschiedensten Kreisen der Bevölkerung zu sprechen Gelegenheit hatte: es sind nicht nur die Politiker ohne Unterschied der Partei, die das Gespräch sehr bald auf das Thema der Reichswehr lenken, auch der „Mann auf der Straße“, der politisch nicht übermäßig interessierte Staatsbürger, der dem Gedanken der deutsch-französischen Verständigung durchaus sympathisch gegenübersteht — alle empfinden den Widerspruch zwischen dem Friedenswillen der großen Mehrheit des deutschen Volkes, den sie nicht bezweifeln, und der Tatsache, daß wir eine antirepublikanische und nationalistische Reichswehr besitzen. Auch die verständigungsberedten Franzosen argumentieren folgendermaßen: Wenn die große Mehrheit des Reichstages die Politik von Locarno, Genf und Thoiry billigt, wenn sie die aufrichtige Versöhnung mit Frankreich erstrebt, warum duldet sie diese Zustände in der Reichswehr? Dann muß eben etwas in der deutschen Außenpolitik nicht stimmen!

Es ist nicht leicht, den Franzosen, bei denen der Begriff der parlamentarisch-demokratischen Staatsform und der ministeriellen Verantwortung viel stärker ausgeprägt ist als bei uns in Deutschland, auf diese Argumentation etwas Ueberzeugendes zu erwidern; denn die Logik steht auf ihrer Seite: die Schwäche, die die Regierungsparteien gegenüber der Reichswehr an den Tag legen, überschreitet dermaßen die Grenzen des Erlaubten, daß man, wenigstens bei einem Teil von ihnen, insbesondere bei der Deutschen Volkspartei, den Eindruck gewinnen muß, daß sie nicht den Mut haben, die elementarsten innerpolitischen Konsequenzen einer auf Verständigung gerichteten Außenpolitik zu ziehen.

Das erklärt auch, warum die französische Regierung die Billigung des größten Teils der öffentlichen Meinung findet, wenn sie bei den Verhandlungen über die Abberufung der Militärkontrollkommission und über die künftigen Befugnisse des Völkerbundeskomitees für gewisse Forderungen so hartnäckig kämpft, die Deutschland ebenso hartnäckig zurückweist. Stresemann dürfte bei den bevorstehenden Verhandlungen in Genf keinen leichten Stand haben; dafür kann er sich aber vor allem bei seinem Ministerkollegen Gessler bedanken.

Paris gegen eine Viermächte-Konferenz.

Aus Furcht vor der Isolierung.

Paris, 29. November. (Eigener Drahtbericht.) Dem von englischer Seite lancierten Gedanken einer Viermächte-Konferenz im Anschluß an die Beratungen des Völkerbundes steht man in Paris nach wie vor ablehnend gegenüber. Man schreit sich davon Rechenschaft zu geben, daß Frankreich sich dabei gegenüber den Forderungen Italiens und Deutschlands und angesichts der Haltung der englischen Regierung in einer sehr schlechten Lage befinden würde. Von ganz geringen Ausnahmen abgesehen, eilt daher die Presse Briand auf das entschiedenste ab, sich auf irgendwelche Vorschläge dieser Art einzulassen. Die endgültige Entscheidung darüber dürfte wohl erst bei dem für Donnerstag angekündigten Besuch des englischen Außenministers Chamberlain fallen. Chamberlain wird zwei Tage in Paris bleiben. An der Aussprache mit ihm wird außer Briand auch Poincaré teilnehmen.

Drummonds Berliner Aufenthalt.

Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, hat am Montagabend nach 48stündigem Aufenthalt in Berlin wieder verlassen. Seine Reise hatte den Zweck, für die bevorstehende Dezembertagung des Völkerbundes eine Reihe technischer Vorfragen zu klären und gleichzeitig eine Verständigung über den Tagungsort der nächsten Ratssitzung im März 1927 herbeizuführen.

Es ist bekannt, daß die Reichsregierung die Absicht hat, den Völkerbundrat nach Berlin einzuladen und erst dann den ihr jetzt bereits zustehenden Vorstoß der Tagung zu übernehmen gedenkt. Dieser Plan soll aber nur dann verwirklicht werden, wenn insbesondere die einer Verständigung mit Frankreich noch im Wege stehenden Hindernisse, wie die Militärkontrolle, überwunden und in erträglicher Form aus der Welt geschafft worden sind. Die Einladung des Völkerbundes durch die deutsche Regierung wird insoweit erst erfolgen, wenn die jetzt in Paris geführten Verhandlungen und die anschließende Dezembertagung in Genf zwischen Briand und Stresemann zu erwartenden Besprechungen zu einem befriedigenden Ergebnis führen. Ist das nicht der Fall, dann dürfte die Reichsregierung auf diese beabsichtigte Gastgeberrolle überhaupt verzichten.

Geschiedene Leute.

Der Strich durch den Kommunistisch.

In dieser Zeit der Wohnungsnot ereignet es sich nicht selten, daß Eheleute, die sich scheiden lassen, doch in demselben Raum zusammenbleiben müssen. Man zieht dann einen Kreisstrich über den Fußboden oder stellt eine spanische Wand auf.

Keinliches hat sich jetzt im Restaurant des Reichstages vollzogen. Dort sieht man einen Tisch mit zehn Stühlen. Auf der einen Seite des Tisches prangt eine Tafel mit folgender Aufschrift:

5 Plätze

nur für die kommunistische Reichstagsfraktion und die von ihr eingeführten Gäste.

Während auf der anderen Hälfte desselben Tisches eine zweite Tafel folgendes verlautbart:

5 Plätze

nur für die linken Kommunisten und die von ihnen eingeführten Gäste.

Da wird man nun sehen können, wie Thömann knurrend einen Anocher benagt, während Schöler ihn argwöhnisch beobachtet. Da wird man erleben, daß einer durch Moskaus Bannstrahl von einem Ende des Tisches zum anderen geschleudert wird, von den Ausgewählten zu den Verworfenen, den Agenten der Bourgeoisie!

Obstern war schon der Tisch ein Gegenstand höchsten Interesses für den ganzen Reichstag.

Ausperrung in Sachsen-Thüringen.

Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums — Ausperrung von 26 000 Arbeitern.

Gera, 29. November. (W.B.) Heute nachmittag tagten die Unternehmer der sächsisch-thüringischen Textilindustrie in Gera, um zu dem von den Arbeitern angenommenen Schiedspruch der Berliner Schlichterkammer, der eine sechsprozentige Lohnerhöhung vorsah, Stellung zu nehmen. Die Unternehmer lehnten den Schiedspruch ab. Die Folge wird sein, daß, wenn der Streik weitergeht, ab morgen 26 000 Textilarbeiter ausgesperrt werden.

Wie uns dazu aus Gera berichtet wird, haben die Beratungen der Unternehmer sehr lange gedauert. Es ist den Scharmachern offenbar nicht leicht geworden, die Oberhand zu gewinnen. Der Beschluß der Textilindustriellen des Bezirks Sachsen-Thüringen, 26 000 Arbeiter auszusperrn, weil einige hundert Arbeiter in zwei Betrieben wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt haben, dürfte wahrscheinlich nur zustande gekommen sein, weil die Unternehmer die stille Hoffnung haben, daß der am Freitag im Reichsarbeitsministerium gefällte Schiedspruch für verbindlich erklärt werden wird.

In der niederrheinischen Seidenindustrie ist es den Arbeitern gelungen, nach einem kurzen Streik eine zehnprozentige Lohnerhöhung durchzusetzen. Die streikenden Arbeiter von Gera fordern eine Lohnerhöhung von 15 Proz. Der Schiedspruch, der den Arbeitern eine Lohnerhöhung von 6 Prozent zuspricht, ist also ein für die Unternehmer sehr annehmbarer Vergleich.

Denn diese Lohnerhöhung ist nicht nur sehr bescheiden, sie bindet auch die Arbeiter bis zum 1. September 1927. Gleichzeitig ist diese Lohnerhöhung aber für die glänzend florierende Textilindustrie durchaus erträglich. Vielleicht werden infolge der Lohnerhöhung die stillen Reserven, die in der Textilindustrie aufgehäuft werden, etwas weniger groß ausfallen. Die Dividenden werden davon sicherlich nicht bedroht. Wenn die Löhne in der Textilindustrie heute die niedrigsten sind, die Lage der Textilarbeiter und insbesondere der Textilarbeiterinnen, eine elende ist, so ist die Lage der Textilindustriellen eine ebenso glänzende und die Diabenden in der Textilindustrie gehören zu den höchsten der Nachkriegszeit.

Wenn die sächsisch-thüringischen Textilindustriellen trotzdem beschließen, über den Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums zur Tagesordnung überzugehen und als Antwort darauf 26 000 Arbeiter und Arbeiterinnen auszusperrn, so ist das eine Herausforderung, wie sie wohl nicht scharfer ausgedacht werden kann. Die Unternehmer in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie pochen auf ihre Geldsäcke, auf ihre Bankguthaben, auf ihre offenen und stillen Reserven und erklären, daß der Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums für sie nicht existiert.

Sie können es sich leisten, ihre Fabriken zuzusperrn und die Arbeiterschaft auf die Straße zu legen. Damit aber beweisen sie erst, was sie abzuleugnen versuchen: daß es ihnen sehr leicht fallen würde, den Schiedspruch zu erfüllen.

Die KPD. durch Kommunisten gebrandmarkt

Gewerkschaftliche Hege in Oberschlesien.

Hindenburg, 29. November. (Eigener Drahtbericht.) Die ober-schlesischen Bergarbeiter beschäftigten sich in der Revierkonferenz am Sonntag nach einem Referat des zweiten Bundesvorsitzenden Waldhefer-Bodum und des Bezirksleiters Franz-Gleiwitz mit der dauernden Hege, die von der kommunistischen Partei und ihrer Presse gegen die Verbandsfunktionäre des Bergarbeiterverbandes getrieben wird. Die Kommunisten, vor allem der ober-schlesische Gewerkschaftsdezernent, der Reichstagsabgeordnete Jadasch, hatten sich wieder einmal bemüht, anlässlich der letzten Lohnverhandlungen, bei denen die Bezirksleitung gegen den heftigen Widerstand der Unternehmer einen Schiedspruch auf vierprozentige Lohnerhöhung erreichte, von „Verrat der Arbeiterinteressen durch die sozialdemokratischen Verbandsfunktionäre“ zu sprechen.

In der Debatte ergab sich, daß selbst die anwesenden kommunistischen Verbandsfunktionäre die Hege der KPD. und ihrer Presse ablehnten. Zum Schluß wurde bei Anwesenheit von 336 Delegierten durch 331 Delegierte bei fünf Stimmenthaltungen einstimmig eine Resolution angenommen, die die Taktik der Bezirksleitung in der Lohnfrage billigt und in schärfster Weise die kommunistische Hege als verbandsschädigend ablehnt.

Weiter wurde darauf hingewiesen, das gelbe Agitatoren unter Hinweis auf die kommunistische Hege zum Austritt aus den freien Gewerkschaften aufzufordern. In einer zweiten Entschliessung wurde diese Folge kommunistischer Hege an den Pranger gestellt. Die Revierkonferenz forderte einstimmig, mit den Stimmen fast aller kommunistischen Delegierten, die kommunistische Partei und ihre Presse auf, darauf hinzuwirken, daß im Interesse der Gewerkschaften diese Hege eingestellt wird. Mit diesem großen Erfolg der Bezirksleitung ist die kommunistische Hege, die in Oberschlesien in den letzten Wochen von neuem aufflammte, vollständig zusammengebrochen.

Streikbeschluss in der Abzahlungsbranche.

Wegen verweigerter Lohnerhöhung.

Am Freitag nahmen die in den Berliner Abzahlungsgeeschäften beschäftigten Transportarbeiter den Bericht über die Lohnverhandlung entgegen. Trotzdem das letzte Lohnabkommen seit August bzw. Oktober v. J. besteht und trotz verhältnismäßig guten Beschäftigungslages lehnen die Arbeitgeber jede Lohnerhöhung ab. In einer äußerst stürmischen Diskussion beschäftigte sich die Versammlung mit dem unsozialen Verhalten der Arbeitgeber.

Ein Antrag, sofort die Arbeit niederzulegen, wurde zurückgezogen, nachdem ein Antrag, welcher den Streik beschließt, es aber der Verbandsleitung überläßt, Zeit und Art des Kampfes zu bestimmen, angenommen wurde.

Schädlinge der Arbeiterbewegung.

Die Hehlügen der KPD.

Die KPD. ist unter die Reformisten gegangen. Mit der revolutionären Periode ist es vorbei. So will es Moskau. Es wird kein Aufstand mehr vorbereitet, kein Putsch in Szene gesetzt, nicht einmal ein Generalstreik versucht. Die KPD. ist hübsch zahm geworden. Die Kapitalisten können ruhig schlafen.

Da man aber den eigenen Anhängern nicht wagt, klaren Wein einzuschenken, muß man so tun, als wäre man wunder wie revolutionär. Dieses scheinbar unauflösbare Problem löst die KPD. sehr einfach, und zwar auf dem Rücken der Arbeiterschaft. Sowie die Sozialdemokratie oder die Gewerkschaften irgendeine Forderung aufstellen oder einen Gesehntwurf einbringen, versuchen die Kommunisten sie zu übertrumpfen. Nicht etwa zu übertrumpfen durch sachliche Mitarbeit, sondern durch Aufstellung von Forderungen, deren Ausföhrbarkeit von vornherein feststeht

und die nur den einzigen Zweck haben, die Arbeiterschaft gegen die freien Gewerkschaften und gegen die Sozialdemokratie zu verkehren.

Daß diese sonderbare Art, reformistisch zu sein, gleichzeitig die Arbeit der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie erschwert und die Stöckkraft der Arbeiterschaft schwächt, ist eine Begleiterscheinung, über die sich die Kommunisten keinerlei Gedanken machen. Die Hauptsache für die Kommunisten, sie erscheinen als „Revolutionäre“ und sie können ihre gewissenlose Hege gegen die Gewerkschaften und gegen die Sozialdemokratie fortsetzen.

So ist es auch jetzt wieder bei dem Rotgeheh. Selbst haben die Kommunisten bisher keinen Finger gerührt. Es mußten erst die Gewerkschaften eine Aktion unternehmen, um auch die KPD. auf den Plan zu rufen. Die Gewerkschaften fordern, daß der Reichstag auf dringlichem Wege ein Gesetz beschließt, wodurch die zulässigen Ausnahmen vom Achtstundentag, die die Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 vorsieht, wieder in Wegfall kommen. Darauf hat die KPD. einen Gesehntwurf ausgearbeitet, der den Siebenstundentag verlangt. Hätten die Gewerkschaften den Siebenstundentag verlangt, so würde die KPD. sicherlich den Sechsstundentag als Mindestforderung aufgestellt haben.

Die KPD. weiß natürlich, daß ihre Forderung keinerlei Aussicht auf Verwirklichung hat. Ob sie nun Siebenstundentag oder den Sechsstundentag im Reichstag fordert, ist an sich völlig belanglos. Gefährlich können solche Forderungen den Kapitalisten gewiß nicht werden.

Gefährlich wird dieser kommunistische Reformismus nur der Arbeiterschaft. Durch eine heillos verlogene Hege bemüht sich die KPD., die Arbeiterschaft zu spalten, die Stöckkraft der Aktion der Gewerkschaften dadurch zu schwächen, daß sie ihre Anhänger in den Gewerkschaften gegen die Forderungen der Gewerkschaften mobil macht. Es wird von der Leitung der KPD. nicht etwa versucht, sich sachlich mit der Forderung der Gewerkschaften auseinanderzusetzen, sondern es wird die verzeuenderische Föhrung begangen, zu behaupten, die Gewerkschaften forderten den Zehnstundentag und hätten sich schon mit den Kapitalisten darüber geeinigt.

Wenn die KPD. glaubt, ihre Anhänger dauernd dadurch täuschen zu können, daß sie Hehlügen gegen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie verbreitet, so wird sie bald erkennen müssen, wie sehr sie auf dem Holzwege ist. So wie kürzlich die Generalversammlung der Gemeindearbeiter die verlogene Hege der KPD. gestöupft hat, wie die Arbeiter der A.G.-Turbine, deren Betriebsvertretung zur Hälfte aus Kommunisten besteht, vorige Woche bei den Wahlkörperwahlen sämtliche Kommunisten hinausgewählt haben, wie am Sonntag die KPD. in Oberschlesien von ihren eigenen Anhängern gebrandmarkt wurde, so wird diese Hege auch von der gesamten Arbeiterschaft bald durchschaut werden. Lügen haben kurze Beine.

Schutzmaßnahmen für ältere Angestellte.

Ein Erfolg des AFA-Bundes.

Um der Not der älteren Angestellten zu steuern, die unter der Ungunst der gegenwärtigen Wirtschaftslage vielfach besonders schwer zu leiden haben, hat der Herr Reichsminister der Finanzen soeben einen Erlaß herausgegeben, der im Reichsfinanzblatt veröffentlicht wird.

Der Erlaß sieht einen Ründigungsschutz und die Berücksichtigung älterer Angestellter bei der Befetzung freier Angestelltenstellen vor. Der Herr Minister macht es allen ihm unterstellten Dienststellen zur Pflicht, auf die älteren Angestellten besondere Rücksicht zu nehmen und sie vor dem schweren Los der Arbeitslosigkeit zu bewahren. Sollten sich in Einzelfällen Ründigungen nicht vermeiden lassen, so ist bewährten älteren Angestellten mit Familie in letzter Linie und erst dann zu kündigen, wenn sich ihre Ueberweisung an eine andere Dienststelle nicht ermöglichen läßt. Um Ueberweisungen an andere Dienststellen zu erleichtern, können Anträge auf Umzugskostenbeihilfe (§ 37 Abs. 2 A.F.) vorgelegt werden.

Wo sich Gelegenheit zu neuen Beschäftigungen bietet, sind Bewerbungen tüchtiger älterer Angestellter mit Familie vor anderen Gesuchen zu berücksichtigen.

Arbeitsbeschaffung und Verkehrsministerium.

Noch immer zwölf Stunden Arbeitszeit.

Im „Vorwärts“ Nr. 547 vom 20. November 1926 berichteten wir über die 13stündige Arbeitszeit bei der Firma Leymann in der Gegend von Fürstentum. Die Arbeiter sind vom Reichsarbeitsministerium im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms vergeben. Obgleich der Reichsarbeitsminister durch Erlaß vom 9. November 1926 die Sozialminister der Länder dringend aufgefordert hat, die verlängerte Arbeitszeit zu verhindern, um durch das vom Reichskabinett beschlossene Arbeitsbeschaffungsprogramm möglichst viel Arbeiter zu beschäftigen, sabotiert das Reichsarbeitsministerium die Beschlüsse des Reichskabinetts und die Erlasse des Reichsarbeitsministers.

Herr Arbeitsminister, es wird Zeit, daß Sie für die Durchführung Ihrer Erlasse durch das Reichsarbeitsministerium sorgen!

Lohnkonflikt im Rhein-Maingau.

Frankfurt a. M., 29. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Lohnverhandlungen der Gemeindearbeitervereine des Frankfurter Bezirkes mit dem Rhein-Mainischen Bezirksarbeiterverein haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Am Dienstag kommt der Lohnstreik vor das Schiedsgericht, von dessen Spruch es abhängt, ob ein Lohnkampf der städtischen Arbeiter mit all seinen verhängnisvollen Folgen für das Wirtschaftsleben unterbleibt.

Achtung! Bauarbeiter, Baumaschinen und Heizer! Am Mittwoch, dem 1. Dezember, gilt im Tarifgebiet Groß-Berlin die Siebenstündige Arbeitszeit. Die tägliche Arbeitszeit bis zum 31. Januar 1927 verteilt sich unter Berücksichtigung der Witterungs- und Lichtverhältnisse wie folgt: Anfang 8 Uhr, Frühstück 9 bis 9½ Uhr, Mittag 12 bis 12½ Uhr, Feierabend 4 Uhr, Sonnabends bis 3½ Uhr. Wo die Lichtverhältnisse es gestatten (geschlossene Hausbauten mit ausreichender Beleuchtung), kann bis zu 8 Stunden gearbeitet werden. Die Kollegen sind verpflichtet, im Interesse ihrer eigenen Sicherheit die Winterarbeitszeit innezuhalten.

Deutscher Bauergewerksbund, Bauergewerkschaft Berlin, Verband der Maschinisten und Heizer.

Achtung, Zimmerer! Alle Zimmerer Berlins und Umgegend werden hierdurch darauf hingewiesen und ausdrücklich verpflichtet, unbedingt die übliche Winterarbeitszeit in Berücksichtigung der Witterungs- und Lichtverhältnisse einzuhalten. Für die Winterzeit vom 1. Dezember 1926 bis 31. Januar 1927 ist die ursprüngliche Arbeitszeit für das Lohngebiet: Berlin, Potsdam, Spandau, Rowawes, Großbeeren, Königswusterhausen, Oranienburg und Belten folgendermaßen: Anfang 8 Uhr, Frühstück 9—9½ Uhr, Mittag von 12—12½ Uhr, Feierabend 4 Uhr, tägliche Arbeitszeit 7 Stunden, Sonnabends Feierabend 3½ Uhr, Arbeitszeit 6½ Stunden. Weiter ist noch folgendes zu beachten: Der Uebergang von der Sommerarbeitszeit zur Winterarbeitszeit soll nur mit Anfang der neuen Lohnwoche geschehen. Seit Jahren besteht für das Baugewerbe der Mittwoch als erster Tag für die neue Lohnwoche, es tritt somit die Winterarbeitszeit ab Mittwoch, dem 1. Dezember 1926 in Kraft. Alle Zimmerer des Hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbes haben die Pflicht, die Winterarbeitszeit aus Gründen der erhöhten Unfallgefahr und Arbeitslosigkeit unbedingt einzuhalten.

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Hauptstelle Berlin und Umgegend.

Arbeitsrechtliche Aussprache-Abende für Betriebsräte. Die Berliner Gewerkschaftsschule bittet uns, mitzuteilen, daß der arbeitsrechtliche Aussprache-Abend für Betriebsräte des Genossen Clemens Körpel infolge der Verbelegung der Konjunktionsgesellschaft, die sämtliche Säle im Gewerkschaftshaus belegt hat, heute abend 7 Uhr im Saal 9 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 24/25, stattfindet.

Der Tarif der kaufmännischen Angestellten im Mannheimer Einzelhandel ist auf Betreiben des Zentralverbandes der Angestellten vom Schlichtungsausschuß bis zum 31. März verlängert worden. Die Ründigung des Tarifs durch die Einzelhändler erfolgte zu dem Zweck, die Sonntagsarbeit sowie die tägliche Arbeitszeit zu verlängern und den Urlaub zu kürzen.

Achtung, SPD-Betriebsfunktionäre!

„Der Kämpfer“ Nr. 11 ist freigegeben und kann sofort im Barken Hindenburg 3 abgeholt werden. Besonders die Vertreter der Mittel- und Kleinbetriebe werden gebeten, das Material abzuholen. Ausweis ist mitzubringen. Das Betriebsfunktionsariat.

Achtung, Graphisches Gewerbe!

„Der Kämpfer“ ist soeben herausgegeben und kann von heute früh ab im Graphischen Betriebsrat, Alexanderstr. 44, bei Hennig, abgeholt werden. Alle Betriebe müssen sich an der Vorbereitung unserer Propagandaarbeit beteiligen. Der graphische Gewerkschaftsbund.

SPD-Feuertochter-Gesellen! Am Mittwoch vormittag 10 Uhr und am Donnerstag, 2. Dezember, nachmittags 1 Uhr, im Querschnitts-Bauwerk, 3. 2. Hof, 8 Treppen, große Versammlung. Thema: „Unsere Kommunalpolitik im Berliner Rathaus und die Bedeutung der Feuertochter-Gesellen.“ Referent Genosse Stadtrat Mehl, 2. Organisationsreferent aller Genossen und Sympathisierenden erwünscht. Der Betriebsrat.

Disseminations-Berlin des V.D.B. Interdisseminations-Schönberg, Donnerstag, 2. Dezember, 7½ Uhr, im Lokal W.B. Moritz-Luther-Str. 69, Versammlung der Gewerkschaftsfunktionäre des 11. Verwaltungsbezirks. Tagesordnung: 1. Ist die Errichtung einer weltlichen Schule für Schönbach und Friedrichshagen möglich? Referent Genosse Schönbach. 2. Sozialistische oder kapitalistische Wirtschaftsformen? Referent Genosse Emil Schönbach. 3. Aussprache. Erscheinen unbedingt notwendig! Gewerkschaftsunterstützung Schönbach-Friedrichshagen. Kreis Gewerkschaftsbund, Bezirk Schönberg, 7½ Uhr, wegen die Gruppen: Krausitzer Arbeiter-Gruppenheim Schönbach, Jugendheim Hiltner Str. 43, 1. Et. Die Kolonnen Schönbach und Hiltner berichten von ihrer Ferienfahrt. — Sandbühnen-Verein; Gruppenheim Schönbach, 7½ Uhr, wegen die Gruppen: Schönbach und Hiltner. — Hiltner-Gruppenheim Jugendheim Hiltner, 2. Et. Vortrag: „Lehrjahre im Altertum.“ — Treptow: Gruppenheim Schönbach, 7½ Uhr (Hilfsamt). — Hiltner-Gruppenheim. — Nordkreis-Rare: Jugendbürger Straße 7. Thema: „Befreiung der deutschen Gewerkschaften.“

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Geert; Wirtschaft: Heinz Salzman; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich; Kultur: Karl-Heinz; A. S. Fischer; Kultur und Sonstiges: Fritz Rühl; Literatur: Th. Gleditsch; Politik in Berlin: Berlin: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68, Hindenburg 3, Straß 3, Berlin, „Unterhaltung und Wissen“ und „Jugend-Vorwärts“.

Wenn man infolge Ueberarbeitung, Krankheit, Nervosität u. d. d. Bedürfnis nach einer gründlichen Kräftigung und Auffrischung verspürt, dann versuche man das wohlgeschmeckende Biomalz. Es gibt wohl kein einfacheres, bequemeres und angenehmeres Mittel; keines erfreut sich einer gleich großen und uneingeschränkten Beliebtheit wie Biomalz. Neben der Hebung des Kräftegefühls tritt fast immer eine auffallende Besserung des Aussehens ein.

Man fühlt sich geradezu verjüngt. Verlange nur das echte Biomalz, nichts anderes angeblich „Ebenjogutes“. Achte genau auf das Etikett.



Erhältlich in Apotheken, Droghandlungen und einschlägigen Geschäften. Preis einer Dose Biomalz 1.90 M., mit Eisen (zur Stärkung für Blutarme und Bleichsüchtige) 2.20 M., mit Kalk extra (zur Stärkung für Lungenleidende) 2.50 M., mit Lebertran (überraschend angenehm im Geschmack) 2.50 M., mit Lecithin 5.— M. Biomalz-Schokolade, je 100-Gramm-Tafel 60 Pf. und Biomalz-Bonbons, bestes Linderungsmittel bei Husten und Heiserkeit, je Beutel 30 Pf., Dose 50 Pf. Ausführliche Druckschriften und den illustrierten Prospekt „Biomalz-Prämien“ kostenfrei von Gebr. Patermann, Teltow b. Berlin 10.

Brückenschicksale.

An der Schloßbrücke in Charlottenburg vollzieht sich ein merkwürdiges Brückenschicksal. Bis vor zwanzig Jahren noch führte hier eine alte hölzerne Zugbrücke über die Spree, die schlecht und recht ihre Aufgabe erfüllte. Sie wurde erneuert. Nicht nur des gestiegenen großstädtischen Verkehrs wegen, sondern vornehmlich deshalb, damit die im Westen Berlins gelegenen Truppenteile der Garnison bequemer und schneller den Tegeeler Schießplatz erreichen konnten. Aus diesem Grunde hatte bei dem Neubau der Magistrat der damaligen Stadt Charlottenburg nicht allzuviel mitzureden; der Staat setzte ihm einfach die fertige Brücke über die Spree. Sie war nur für Fuhrwerke bis 9 Tonnen Gewicht gebaut, und so zeigte sich denn bald, daß für den anwachsenden Verkehr nach Siemensstadt hin die Brücke zu schwach war. Die Fundamente senkten sich und bereits im Jahre 1916 mußten entstandene Risse ausgefüllt werden. Aber Glückworte bleibt Glückworte, und so kam die Katastrophe, die am 3. Dezember v. J. urplötzlich zur Sperrung der Brücke führte. Es hatte sich herausgestellt, daß die Fundamente wegrutschten und daß der ganze Brückenbogen in äußerster Gefahr war, ins Wasser zu fallen. Die Verkehrsalamitäten, die sich aus dieser etwas plötzlichen Lufterbetriebslegung für die Anwohner dieses Stadtteiles ergaben, sind noch in frischer Erinnerung. Volle sechs Wochen brauchte man, um eine hölzerne Notbrücke zu bauen, die nur ein Straßenbahngeleis führt, den Wagenverkehr gänzlich ausschaltet und für die Fußgänger ebenfalls völlig unzureichend ist. Dann setzte sich der Amtschimmel in Trab. Bangsam und gemühtlich kam man zu Verhandlungen mit dem preussischen Staat darüber, wer denn nun den Brückenneubau zu bezahlen hätte. Die Erfahrungen mit der alten staatlichen Schloßbrücke reizten nicht dazu, den Bau wiederum durch den Staat ausführen zu lassen. Es wäre auch insofern ein kommunalpolitisches Kuriosum gewesen, als der Bezirk Charlottenburg die einzige im Besitz des Staates befindliche Brücke von Berlin gehabt hätte. Endlich, am 9. Juli d. J. kam eine Magistratsvorlage an die Stadtverordnetenversammlung: Wir sind einig, der Staat zahlt 370 000 M. und die Stadt 370 000 M.

Nun sind viele fleißige Hände endlich, endlich daran gegangen, den alten Brückenkörper abzureißen. Ein ganzes Jahr hat man dem

alten, in Pension geschickten Eisengerippe noch zu leben gegeben. Ein weiteres Jahr wird es dauern, bis an Stelle des alten, so schnell ausgedienten, eine Brückenneukonstruktion erstehen wird, die nur nach Verkehrsbedürfnissen und Notwendigkeiten gebaut ist. — Die neue Brücke wird für Fuhrwerke bis 20 Tonnen Traglast gebaut und sie wird breiter als die alte Brücke. Ihre Richtung wird schräg über die Spree führen, damit der scharfe Bogen an den Auffahrtrampen vermieden wird.



Charlottenburg: Nach 20 Jahren altes Eisen.

Noch eine zweite Brücke hat sich für den Verkehr unzureichend erwiesen: die Eisenbahnbrücke, die Stralau mit Treptow verbindet. Dem Fuhrwerkverkehr bot sie schon immer nichts, denn sie war nur für Fußgänger eingerichtet. Das aber mit einer Unzulänglichkeit, die großstädtischen Verkehrsverhältnissen längst nicht mehr entsprach. Die ansteigenden Rampen sind schon einmal nach der Treptower Seite hin verbreitert worden. Der Engpaß zwischen Drahtgitterzäunen hindurch nach Stralau zu blieb aber eng wie er war und auch der Gehsteig auf der Brücke selbst bildete fast ein Verkehrs hinder nis. Nun ist man dabei, auch diese Brücke dem Verkehr anzupassen. Der jetzt anderthalb Meter breite Gehsteig wird vier Meter breit werden; eine Verbreiterung der Stralauer Rampe durch Hinzunahme eines Teiles des Propenschen Gartens ist ebenfalls vorgesehen. Dampftrassen, Bagger und Eisenkonstrukturen sind eifrig am Werke, bald wird die Arbeit vollendet sein. Der Fuhrwerkverkehr wird aber weiter noch zwischen Riederschöneweide und der Oberbaumbrücke in Berlin zu wählen haben.

Im Gesundheitshaus am Kreuzberg, das in wenigen Tagen wieder seine Pforten öffnen wird, ist die Ausstellung vermehrt durch die Ausstellung „Der Arzt“. Es handelt sich hier um Ausstellungstische des „Arzt-Hauses“ in Düsseldorf, das bekanntlich von einem Berliner Arzt im Auftrage der deutschen Ärzteschaft in Düsseldorf errichtet worden ist. Die Ausstellung zeigt das Leben und Wirken und den Beruf des deutschen Arztes an Hand einiger Dioramen und bildlicher Darstellungen.



In Treptow wird verbreitert!

Weitere Hilfe für die Erwerbslosen.

Der sozialdemokratische Antrag im Ausschuss.

Der am Donnerstag von der Stadtverordnetenversammlung dem Erwerbslosenausschuss überwiesene Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der die Änderung der erschiedenen Räte der Erwerbslosen zum Gegenstand hat, beschäftigte gestern den Ausschuss längere Zeit.

Die Vertreter des Magistrats waren stark vertreten. Von den Vertretern der Sozialdemokratischen Partei wurde der Dringlichkeitsantrag eingehend begündet und ausdrücklich betont, daß die Forderungen, die in dem Antrag enthalten sind, als Mindestforderungen gelten müßten, die unter allen Umständen durchgeführt werden müßten. Bürgermeister Scholz ergriff als Vertreter des Magistrats das Wort und betonte, daß die Forderungen durchgeführt werden könnten. Er schloß sich den Stadtverordneten an. Besonders betonte der Bürgermeister, daß im Etat bereits beträchtliche Mittel zur Verfügung gestellt seien. Der ebenfalls anwesende Stadtrat Genosse Brühl machte die Mitteilung, daß das Reich bereits drei Millionen Mark für den Bau von Arbeitsnachweisgebäuden bereitgestellt habe. Dem Ausschuss erschien diese Summe allerdings reichlich gering. Um ihr Agitationsbedürfnis zu befriedigen, stellten die Kommunisten eine Reihe Anträge. Bezeichnend ist die Arbeitsfreudigkeit der Bürgerlichen in diesem Ausschuss, wenn es sich um Erwerbslosentragen dreht und zumal, wenn die Sitzung mehrere Stunden dauert. Dann verschwindet einer nach dem anderen von ihnen. Der Antrag der Sozialdemokraten wurde gegen die Stimmen der Bürgerlichen mit einigen Abänderungsanträgen angenommen. Es wird zum Beispiel verlangt, daß die Bauten, die mit Mitteln der Haussteuer erbaut werden, in erster Linie in kommunaler Regie auszuführen sind. Weiter wurde verlangt, daß eine bedeutende Erweiterung der Betriebswertstätten der Berliner Anstaltungsgesellschaft durchgeführt sei. In einem besonderen Antrag wird der Magistrat ersucht, mit der Straßenbahngesellschaft in Verhandlungen zu treten und darüber zu verhandeln, daß den Erwerbslosen die Fahrt zum Arbeitsnachweis sowie zu einer nachgewiesenen Arbeitsstelle unentgeltlich gestattet wird. Die Vertreter des Landesarbeitsamtes sowie der Magistrat werden ersucht, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß der § 10 Absatz 2 für die Erwerbslosenfürsorge gestrichen wird. Endlich wurde beschlossen, daß die Rotaktion fortzuführen sei und zu den im Etat bereits befindlichen Mitteln weitere 5 Millionen Mark zu bewilligen seien. Mit diesen Abänderungsanträgen wurde der Antrag der Sozialdemokraten angenommen. Am Donnerstag wird die Stadtverordnetenversammlung zu den Beschlüssen des Ausschusses Stellung nehmen.

Beginn des Prozesses Spruch.

Am heutigen Dienstag beginnt um 10 Uhr vor dem erweiterten Schöffengericht Charlottenburg unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Eröhne die Verhandlung über den unter außergewöhnlich außergewöhnlichen Umständen ausgeführten Juwelenraub in der Lauenhagenstraße. Die Verhandlung findet im Großen Schwurgerichtssaal des Alten Kriminalgerichts statt. Mit Rücksicht auf den zu erwartenden Massenandrang wird auf Anordnung des Vorsitzenden eine Absperrung des Gerichtsgebäudes und ein umfangreicher Sicherungsdienst vorgenommen werden. Es sind auch etwa 100 Eintrittskarten ausgegeben worden, und es wird niemand ohne Ladung und Ausweis ins Gerichtsgebäude Einlaß erhalten. Die Anklage richtet sich gegen den am 22. August 1897 zu Kollbar geborenen, wegen schweren Diebstahls und Zuhälterei verurteilten Handelsmann Johannes Spruch, seine Schwester Charlotte Spruch und die Filmstatistin Elise Ringhausen. Spruch ist angeklagt, gemeinschaftlich mit dem noch flüchtigen Schmied Paul Gerlach, dem sogenannten „Matrosenpaul“ oder auch „Schmiedepaul“, am 25. September in dem Juwelengeschäft von Warott u. Freint in der Lauenhagenstraße den Raub unter Anwendung von Waffen verübt zu haben.

Die Wunder der Klara van Haag.

25] Von Johannes Buchholz.
Aus dem Dänischen übersetzt von Erwin Magnus.

Im selben Stuhle saßen Postmeister Weiß und seine gepuhte kleine Frau. Hedwig kannte zwar alle, die in der Kirche waren, und zu denen im obersten Stuhl aufzublicken, war sie von Kindesbeinen auf erzogen worden, aber jetzt hatte ihre Gnädige ihre Meinungen in einigen Fällen kapteifester schreien lassen. Daher hatten ihre Augen nicht immer den faden Ausdruck der Ehrerbietung; über den Zollverwalter rümpfte sie die Nase, und über Eisengießer Rothe hob sie die Mundwinkel. Ueber lehtgenannten gemütlichen Herrn hatte Frau van Haag gesagt, man könne die Rückseite eines Orinsens an seinem fetten, überhängenden Nacken sehen. Das stimmte, wie Hedwig feststellte. In einem bescheidenen Winkel entdeckte sie ihren alten, trummgebeugten Freund, Zollassistent Poulsen, der lang und an seinen Manschetten schraubte.

Der Choral ging schnell zu Ende, und das Gebet begann. Da hörte Hedwig einige bekannte Stimmen; sie wandte den Kopf und sah, daß es ihre Eltern und Emanuel waren, die leise flüsternd dastanden und sich nicht für einen Plah entschließen konnten. Sie konnte hören, daß sie stehen blieben, bis das Gebet ausgebetet war, worauf sie einen der hintersten Stühle wählten.

Während der lehten Strophen eines Liedes stieg der Pastor geisterhaft auf die Kanzel und blickte über die Gemeinde. Der Pastor war ein schöner Mann. Hedwig spürte ein weiches, kindliches Gefühl ihre Brust wärmen, als seine flüsternde Stimme einsetzte. Seine Augen waren groß und tief; sie konnten die ganze Gemeinde auf einmal fassen. Aber schon, als er die ersten Male Atem schöpfte, hob er gleichzeitig seinen Blick; der nahm die Richtung nach rechts, und dort blieb er hängen. Hedwig sah unwillkürlich nach derselben Stelle — ja, da hing Johans Gerüst.

Es wurde ein unvergeßlicher Kirchgang für Hedwig. Johans, und was sein war, stiegen in ihrem Urteil ins Schwindelnde. Gleich, jetzt lehnte auch Rothe seinen Stiernacken nach hinten, und der kleine Kaufmann Lund puhte seinen Kneifer, um die Einzelheiten zu sehen. Er räusperte sich selbstbewußt und puhte seine Tochter Minna. Es war sein Verdienst, daß das Gerüst dort hing!

Schließlich waren nur noch ein paar Menschen in der Kirche, die nicht in der falschen Richtung nach dem neuen,

schwebenden Altar sahen. Das waren der Herr von Gammelhauge, Zollverwalter van Haag und Hedwigs Vater.

Sobald die Predigt vorüber war, mußte Hedwig gehen. Sie nickte auf dem Wege der Mutter und Emanuel zu, aber der Vater sah sie nicht; er sah mit gefalteten Händen und verklärtem Gesicht da.

Tag und Nacht dachte Hedwig an Johans. Sie befand sich in eier einzigen Ekstase. Sein Gerüst hatte einen anderen Plah gefunden; er arbeitete in einem der hohen kleingefälsten Fenster. Von ihrer Kammer und von den Stuben aus konnte man seinen Mittel schwingen sehen. Zuweilen konnte sie auch sein sonnenverbranntes Gesicht und das helle Wikingerhaar sehen, das sich gegen die Scheibe beugte; wenn das aber geschah, zog sie sich gebend zurück. Sie kam ihm nicht näher; nur hie und da erhielt sie seinen großen Gruß, wenn sie zu den rechten Zeiten die Kirche passierte.

Da, zu Anfang August, als die hellen Nächte nordwärts gezogen waren, kam die Gnädige eines Abends in Hedwigs Kammer geschossen und sagte die zwei Worte: „Er spielt!“

Ihre Stimme war so erregt, als hätte sie gesagt: Es brennt!

Hedwig wurde mitgerissen; sie sprang aus dem Bett, und obwohl sie monatelang nicht über Johans gesprochen hatte, sagte sie nur: „Wo?“

„In der Kirche! Hör!“

Sie traten ans Fenster und als sie das Gehör eingestellt hatten, spann ein Ton sich wie ein goldener Faden aus dem Dunkel heraus und verband drei Menschen. Doch nur für einen Augenblick, dann wußten zwei nicht bestimmt, ob es nur das Blut war, das ihnen in den Ohren rauschte.

„Kommt!“ sagte die Gnädige und griff Hedwig fest ums Handgelenk.

Das Mädchen wäre fast im bloßen Hemd gegangen, befand sich aber doch so viel, daß sie sich losriß und etwas Zeug überwarf.

„Warten Sie! Warten Sie auf mich!“ bat sie wie ein Kind, sobald die ungeduldige Frau Klara sich rührte.

Als sie vor dem Zollamt standen, sagte die Gnädige: „Wir müssen auf den Hang hinauf. Der Kies knirscht.“

Hedwig nickte und sie stiegen zwischen Fliederbüschen und Brennnesseln bis sie an der Kirchmauer standen. Schon jetzt konnten sie Johans Geige drinnen hören, aber erst, als sie in die Tür des Seitenschiffes traten, kam etwas Zusammenhang in die Töne. Hier konnten sie in Sicherheit stehen. Johans hatte selbstverständlich nur den Schlüssel zur Vorhalle. Hedwig

zitterte vor Aufregung. Es war etwas überaus Schauder-erregendes, so nahe an der finsternen Kirche zu stehen und ihr Musik einströmen zu hören. Denn wer konnte sagen, daß es Johans war, der drinnen in der Dunkelheit spielte? Ach, nein, er war es gar nicht, sondern einer von den Toten, der spukte. Kein Lebender konnte so seltsame Töne hervorbringen. Kein Lebender hatte auch den Mut, allein in einer nachtdunklen Kirche zu sein. Die aus den Gräbern würden eine solche Erscheinung nicht dulden. Die Steine würden beiseite geworfen werden und Gestalten in zerfetzten, erdigen Beinentrüchern würden ihn mit dünnen Fingern am Hals packen. . . .

Hedwig preßte sich eng an Frau van Haag und wünschte sich heim, aber da erklang die Stimme der Gnädigen ganz nah an ihrem Ohr, vollkommen klar und ruhig: „Der Mann spielt nicht schlecht!“

Hedwig hatte bei der kühlen Kraft, die von ihrer Herrin ausging, augenblicklich ihre Furcht verloren.

„Es sind Läufe, die er läßt. Hör, eine sonderbare Musik. Es ist wie ein Vogel, der sich immer höher bis zur Sonne schraubt, und auf einmal alle Kraft in den Flügeln verliert und zu Boden sinkt. Hör, jetzt steigt er wieder auf. Er ist stark. Hör, wie es ihm in den Federn rauscht. Wer sind eigentlich die Eltern deines Freundes?“

„Seine Mutter ist seit vielen, vielen Jahren tot. Sein Vater dagegen starb erst vor ein paar Jahren in Schweden. Er war Korbmacher. Aber er spielte viel. Er hatte die Geige von einem großen Künstler bekommen, und die erbt Johans.“

Jetzt kam eine neue Melodie: Rit rit rit. Tral-tral-tral. Rit rit rit. Tral-tral-tral.

Hör, jetzt tanzen sie in Holzschuhen. Das ist ein frecher Kerl, er gibt Bauernball in der Kirche.“ sagte die Gnädige streng. Aber im selben Augenblick begann sie zu tanzen, und so konnte es wohl nicht so schlimm gemeint sein.

„Jetzt ist es genug. Fang ein anderes an!“

Es war, als ob Johans es gehört hätte. Er brach ab und stimmte die Geige. Hätte es noch ein Erfahrenes bei Hedwig gegeben, so wäre es jetzt zu Boden gefallen beim Anhören dieses nüchternen Stimmens. Sie mußte innerlich lachen, als sie sich vorstellte, wie Johans breite Gestalt unerschütterlich, wie am Tag auf seinem Gerüst, da stand und seine Geige stimmte. So verließ kaltblütig konnte nur einer in der Welt sein.

Und der Stolz stieg auf und schloß Hedwig den Hals, als sie daran dachte, daß hier draußen die unbedingt vornehmste Dame der Stadt als begeisterte Zuhörerin von Johans Spiel stand.

(Fortsetzung folgt.)

Volkfest unter Schwarzrotgold. Neue Aufgaben für das Reichsbanner.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hat gestern Abend im Anschluss an die Kundgebung auf dem Fehrbelliner Platz in den Funkhallen am Kaiserdomm ein Volksfest veranstaltet. Die weite Halle konnte die Reichsbannerkameraden, die mit ihren Angehörigen das Fest besuchten, nicht fassen; die Nebenträume der Funkhallen mussten für die Besucher geöffnet werden. Vor den Funkhallen vollzog Reichstagsabgeordneter Genosse Franz Künzler die Weihe des Banners der Kameradschaft Wittenberg des Kreisvereins Charlottenburg. Genosse Künstler zeichnete in seinen Ausführungen ein Bild der politischen Situation und wandte sich scharf gegen die in letzter Zeit erneuerten Versuche der Reaktion, Macht einfluss auf die Regierungsgeschäfte der Republik zu erhalten. Auch kann das Reichsbanner seine Aufgaben nicht als erfüllt betrachten, denn schon wieder rüstet Ehrhardt, um mit seiner neuen Organisation, dem Reichsbanner Schwarz-Weiß-Rot, neue Mannschaften zu sammeln, mit denen er Anschläge gegen die Republik und gegen das Reichsbanner unternehmen will. Das Reichsbanner aber ist und bleibt die Truppe, die Unternehmen von Putschisten und dergleichen in kürzester Frist abschlagen wird. Alfred Bieler sprach dann den Hymnus „Schwarzrotgold“ von Ludwig Zeelen. Ansehend und empörtend sind diese Verse, und sie wurden, von Bieler meisterhaft gesprochen, begeistert aufgenommen. Unter dem Vorantritt des Spielfors marschierten dann die Kameraden in die Funkhalle ein, wo bald bei einem sehr ermäßigten Programm bei Tanz und Musik ein richtiges Volksfest im Gange war. Neben Regitationen des Berliner Ill-Trios, das mit seinen Vorführungen stürmischen Beifall auslöste, wechselten Sportvorführungen der Sportabteilungen des Reichsbanners und Tanz ab. Als besondere Attraktion wurde ein Rhönrad vorgeführt.

Sehe gegen das Reichsbanner.

Zu den Nachrichten der Reichspresse über die Vorkommnisse am Fehrbelliner Platz wird besonders hervorgehoben, dass Reichsbannerleute gänzlich unbeteiligte Fahrgäste belästigten und „in rohester Weise eine Frau mit ihrem Kind zu Boden geworfen haben“. Dem „Lokal-Anzeiger“ und der „Deutschen Zeitung“, die mit solchen aufreizenden Anwürfen gegen das Reichsbanner sehr durchsichtige Zwecke verfolgen, sei nur gesagt, dass gerade das Gegenteil der Fall war. Ein Augenzeuge teilt uns mit: „Als ich am Bogen stand, stürzten gerade die Fahrgäste panikartig aus dem Wagen. Eine Frau, die mit ihrem Kinde, das im Gesicht stark blutete, heraus kam, ging sofort auf einen Reichsbannermann zu und erklärte, sie sei Zeuge, dass die Halentreuzler so mit Messern um sich gestoßen hätten, dass dadurch die Fahrgäste bedroht waren und schnell den Wagen verlassen wollten. Erst hierbei wurden einige Scheiben der Straßenbahn entzwei geschlagen und durch Glassplitter das Kind verletzt. Die Frau gab dem Reichsbannermann ihre Adresse, damit das Reichsbanner Zeugen für den Vorfall benennen kann.“

Mord und Selbstmord.

Schreckstat in einer Gastwirtschaft.

Ein entsetzlicher Vorfall trug sich gestern vormittag gegen 11 Uhr in dem Restaurant von Schellin in der Invalidenstraße 17 zu. Wir erfahren hierzu folgendes:

Kurz nach 10 Uhr vormittags betrat ein junges Paar das Lokal und bestellte einige Glas Bier. Keinem von beiden war irgendeine Erregung anzumerken. Es wurde eine leise Unterhaltung geführt; plötzlich stand der junge Mann auf, zog einen Revolver hervor und gab auf seine Begleiterin einen Schuss ab. Diese vermochte noch entsetzt aufzuspringen, im gleichen Augenblick drückte der Täter nochmals ab. Der Schuss traf ins Herz und wirkte auf der Stelle tödlich. Dann richtete der Täter die Waffe gegen sich selbst und jagte sich eine Kugel in die Schläfe, ehe ihn noch einige Gäste, die am Nebentisch saßen, daran hindern konnten; auch er war sofort tot. Das zuständige Polizeirevier wurde sofort benachrichtigt, das umgebend mehrere Beamte an den Tatort ersandte. Bei den Toten wurden Papiere vorgefunden, die auf den Namen des 23jährigen Kinoschauführers Alfred Boh aus der Sneysenstraße 12 zu Niederhohenhausen und der 24jährigen Gastwirtin Hedwig Geng, Kaiserweg 19, ebenfalls zu Niederhohenhausen, lauteten. Boh unterhielt zu Frau G., ein Verhältnis. Die Leichen, die in einer großen Blutlache lagen, wurden von der Kriminalpolizei beschlagnahmt und in das Schauhaus geschafft. Der entsetzliche Vorfall hatte eine große Menschenansammlung vor dem Lokal zur Folge, so dass Schupo-Beamte vorübergehend Absperren vornehmen mussten. Wie weiter mitgeteilt wird, bestanden zwischen dem Gastwirt Geng und dem Vater des jungen Boh seit langem freundschaftliche Beziehungen. Der alte Boh hatte nun erfahren, dass sein Sohn in letzter Zeit wiederholt Geldgeschäfte von Frau Geng angenommen hatte und ihm das unterjog, weil er eine Teilung der alten Freundschaft befürchtete. Alfred Boh ließ die vollständige Ermahnung aber ganz außer acht und kam auch weiterhin mit Frau Geng zusammen. Es darf als sicher angenommen werden, dass bei der Zusammenkunft am Montag vormittag beide den Entschluss fassten, freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Ob wirklich, wie Zeugen gesehen haben wollen, ein Streit auf der Straße vorausgegangen ist, lässt sich natürlich nicht mehr feststellen.

Kraffin-Trauerfeier der Kommunisten.

Die Kommunisten hatten sich gestern nachmittag in Stärke von etwa 6000 Mann im Lustgarten versammelt, um der Urne des verstorbenen russischen Bolschewiken Kraffin auf dem Wege zum Silesischen Bahnhof das letzte Geleit zu geben. Die Abteilungen des Roten Frontkämpferbundes waren mit umflossenen Fahnen erschienen. Gegen 5 Uhr erschien der Wagen mit der Urne des verstorbenen Bolschewiken. Trommelwirbel ertönten, die Menge entblühte das Haupt, und in einem Spalier von Fackeln setzte sich der Trauerzug in Bewegung. Mehrere Kapellen stimmten revolutionäre Lieder an. An zwei Stellen kam es zu kleineren Zusammenstößen. In der Nähe der Breiten Straße wollte ein Polizeiauto aus verkehrstechnischen Gründen den Zug trennen, ließ aber wegen der Erregung der Menge schließlich davon ab. In der Straßener Straße zwangen die Frontkämpfer einen Straßenbahnwagen, der in die Menge hineinfuhr, zum Halten und hängten die Stranggabel ab. Die Trauerfeier fand kurz nach 6 Uhr vor dem Silesischen Bahnhof statt. Der Abtransport der Urne erfolgte gegen 7 Uhr.

Das Rotizbuch als Angelfang.

Einem glücklichen Zufall verdankt ein junger Mann sein Leben, das ein Einbrecher in schwere Gefahr brachte. Die Baumschule von Wilhelm Wesen in der Blumenthalstr. 13 zu Tempelhof hatte schon wiederholt nächtlichen Besuch von Dieben, die bisher nicht ermittelt werden konnten. In der späten Nacht zu Montag schlugen die Diebe wieder an. Der Kasse des Eigentümers ging hinaus, sah aber niemanden. Auf wiederholte Anrufe erhielt er keine Antwort. Pöhllich fielen mehrere Schüsse, ohne dass er auch jetzt den Schützen gesehen hätte. Eine Kugel traf ihn, durchschlug seine Brille und blieb darunter in seinem Rotizbuch stecken. Eine Absuchung des Geländes nach den gefährlichen Verdächtigen hatte keinen Erfolg. Nach den Schüssen waren sie spurlos verschwunden.

Noch eine Kanarienschau. Trotz des schlechten Wetters sind die Platane mit frischem Lannengrün umwunden, die den Weg nach der großen allgemeinen Kanarienschau zeigen, die in Heinrichs Park, Große Frankfurter Str. 30, stattfindet. Der Verein Kanarienzüchter und Vogelfreunde, dessen Mitglieder sich die Züchtung des Kanariengelanges aneignen lassen, hat das ganze Jahr gepart und geardeit, um diese Ausstellung zu veranstalten. Es wurden 31 Kollektionen zu vier Vögeln zur Ausstellung gebracht. Wie in den vorhergehenden Ausstellungen erwies sich auch

diesmal der dunkelste Vogel als der beste Sänger. Die große goldene Medaille für die Selbstzuchtklasse und den Ehrenpreis für beste Schokolade erhielt Kirchner-Lichtenberg. Die kleine goldene Medaille der Selbstzuchtklasse und den Ehrenpreis für beste Schokolade, sowie den Ehrenpreis für beste Hohlroller finden an Schadowald-Berlin. Aus der allgemeinen Klasse ging Walter Berlin mit der großen goldenen Medaille und dem Ehrenpreis für beste Hohlroller und Schokolade hervor, während die kleine goldene Medaille an Karl Diels-Hohannendorf bei Berlin fiel, der ebenfalls den Ehrenpreis für beste Weisse an sich brachte. Unter den Verkaufsanfragen, die 10 bis 15 Mk. das Stück kosten, sieht man meistens helle Vögel und Schecken.

Der Kampf um die Schule.

Christen als Versammlungstörer.

Ueber das Thema: „Weltliche Schule“ referierte Schulrat Ulrich in einer von der Liste Schulaufbau in Pankow einberufenen Elternversammlung. Schon lange vor Beginn merkte man, dass etwas Besonderes vor sich ging. Die „christlichen“ Lehrer, Geistlichen und Eltern erschienen truppweise. Sie kamen alle auf besondere Aufforderung ihrer Hirten, um den verhassten Stadtschulrat Löwenstein, den „Juden“, der leider am Erscheinen verhindert war, zu vernichten.

Der Redner schilderte die geschichtliche Entwicklung der Schule vom Altertum bis zur Gegenwart, das wechselnde Machtverhältnis zwischen Staat und Kirche und wie dabei die Schule zur Staatsschule wurde. Er zeigte am Wortlaut der Weimarer Verfassung, dass nun einer reinlichen Scheidung zwischen Konfessionsschule und der Weltanschauungsschule die Wege geebnet sind. Alle Eltern, die ihre Kinder nach der modernen Methode der Arbeitsschule und zum besseren Fortkommen im Berufsleben unterrichten wollen, können jetzt die Errichtung der weltlichen Schule erzwingen. In der Aussprache schied die Christliche eine ganze Rednergarnitur vor, um die weltliche Schule in Grund und Boden zu demornieren. Hatten die Anhänger dieser Richtung schon während des Referates laute Störungsversuche unternommen, so zeigte sich, als unser Gen. Kühmann zum Wort kam, mit Deutlichkeit, dass man nicht sachlich diskutieren, sondern nur stören wollte. Als unser Redner auf einen beleidigenden Zwischenruf die Frage stellte, ob etwa die Leute aus Landsberg oder die Mörder Rathenaus und Erzberger durch die weltliche Schule gegangen seien, begann ein unglaubliches Toben. Dem Versammlungsleiter gelang es jedoch immer wieder Ruhe zu schaffen. Es sprachen dann noch einige Gegner, die von unseren Genossen, Rektor Zieherl und Böfner widerlegt wurden. Als die Christlichen sahen, dass es nicht gelang, die Versammlung ernstlich zu stören, versuchte gegen 11 Uhr der deutsch-nationale Peters die Verhandlungen durch lautes Schreien und dauernde beleidigende Zwischenrufe zu erschweren. Der Versammlungsleiter vernahm ihn mehrmals und drohte schließlich mit Anwendung des Hausrechts. Darauf stieg Peters auf einen Stuhl und auf sein Zeichen sang die ganze „Christengemeinde“ stehend: „Ein feste Burg ist unser Gott“. Sie wurden zum Verlassen des Saales gezwungen, und erst jetzt konnte die sehr gut besuchte Versammlung zu Ende geführt werden. Als am Schluss der Versammlungsleiter erklärte, dass man Herrn Peters nach seinem jetzigen Verhalten nicht mehr in unsere Versammlung zulassen werde, gab der im Saale verbliebene Vertreter der evangelischen Schulen, Herr Lehrer Sieberl die Erklärung ab, dass er den Vorgängen fernbleibe und dieses Verhalten persönlich verurteile. Wie weiter bekannt geworden ist, wurde diese ganze christliche Aktion am Totensonntag nach dem offiziellen Gottesdienst verabredet. Das skandalöse Verhalten wird jedenfalls alle Eltern veranlassen, sich für die Erziehung ihrer Kinder durch solche Leute zu bedanken. Für die Liste „Schulaufbau“ wird eine zweite öffentliche Versammlung am Dienstag, den 7. Dezember im großen Saale von Binder, Bankow, Breite Straße abgehalten. Die Christlichen behaupteten, dass sozialdemokratische und der ärztliche Teil der Arbeitsschulen die weltliche Schule nicht wollten. Durch Besuch der Versammlung und die Anmelddung der Kinder kann ihnen das Gegenteil bewiesen werden. Anmeldungen zur weltlichen Schule nehmen entgegen: Joh. Hauke, Siedlung, Straße 48 Haus I und P. Schmidt, Brennerstraße 8 II.

Der Magistrat hat beschlossen, den Tageschülern, deren Ernährer erwerbslos sind, für die Dauer der Erwerbslosigkeit Schulgeldfreiheit zu gewähren.



In der „Stunde der Lebenden“ am Sonntag mittag untreift zuerst ein Kritiker das Porträt der Künstler, Musiker oder Dichter, die mit ihren Werken fällig sind, und dann lesen die Dichter höchst persönlich. Das ist eine lobenswerte Einrichtung; nur müssten die Dichter auch halten, was der Kritiker von ihnen behauptet. Dr. Monty Jacobs schildert zum Beispiel den Novellisten Hans Sohaezger als einen Künstler, der sich seine Welt aus dem Regenjammer aufbaut. Und dann heft Sohaezger zwei Novellen, die im Grunde ein anderes Bild von ihm ergeben, etwa das eines ruhig schillernden Chronisten, der weder Regenjammer noch Kaufmann kennt, auch die Stimme klingt beherrschend und kalt, allerdings ist der ersten Erzählung „Bericht aus einem Dorfe“ wenig zu entnehmen, und auch das kurze Fragment aus „Henri Rousseau“ ergibt kein klares Bild. Wolfenstein wird dagegen von Jacobs als Effektlifer charakterisiert, man kennt nun seine Dichtungen und weiß, dass diese Bezeichnung stimmt, aber er liest einen Einakter „Henterslieb“, der ihn wiederum als hochbegabten Prosaisten kennzeichnet. Das wirkt merkwürdig. Vielleicht entschließen sich einmal die Vortragenden dazu, solche Dinge zu lesen, die ihnen erlauben, in den vorher mühsam konstruierten Generalisierungen für ihr Wesen aufzugehen. Warum soll sich der Kritiker unnötig bemühen? Am Abend machte dann die Funkstunde eine gut einstudierte Vorbereitung vor dem soliden, bürgerlichen Empfinden. Sie feierte den ersten Advent mit Choralen und erbaulichen Vorträgen.

Am Montagnachmittag las Helene Burger zwei Novellen von Ludwig Ganghofer. Hin und wieder gerät die junge Dame ins Pathetische, auch sie verwechselt das Rednerpult mit der Bühne. Das Verleiden der Situation, das scharfe Umreißen der handelnden Personen, der Versuch, ihnen eine individuelle Sprache zu geben, erübrigen sich beim Vortrag von Prosa. Der Vortragende ist in erster Linie Erzähler, der ruhig und ohne dass die Stimme zittert, den Verlauf der Handlung schildert. Auf dieser überlegenen Haltung muß der Hauptakzent ruhen. Leider vergessen dies die meisten Vortragenden, die sich im Rundfunk an Prosa versuchen. Und warum wählt man Ganghofer? Die beiden Novellen „Widerfranz“ und „Der Hochzeitslader“ sind nicht so schlimm wie die sacharinierten Romane, in denen es entschieden salontaleri, aber sie übertragen keineswegs das Niveau trauslicher Familienblätter und geben dem Hörer so gut wie nichts. Das Nachmittagskonzert wurde von dem Blasorchester Josef Snagas ausgeführt. Die Funkstunde sollte nicht so oft mit Blasorchester aufwarten, die Streicher klingen tonreicher und voller im Rundfunk. Am Abend begann eine „bunte Stunde“ mit Quartetten, Mandolinenspielen und Sologesängen aus Operetten, mit Vorträgen von Märchen, Sereaden und ähnlichen Dingen. Vorher sprach Rudolf Wegner über das Planetarium, und der Weltmeister Dr. Emanuel Lasker erläuterte den Sinn des Schachspiels. Zwar war es nichts Neues, was er über den Sinn des Spiels sagte, aber desto interessanter waren dann die Probleme, die er vorführte.

Vor dem Zusammenbruch des Mieterschutzes Diktaturgelüste der Hausbesitzer.

Bekanntlich hat der preussische Volkswohlfahrtsminister eine Verordnung vom 1. November 1926 erlassen, durch welche die Gewerbe- und Geschäftsräume und die großen Mietwohnungen aus dem Mieterschutz herausgenommen werden sollen. Der Bund Deutscher Mietervereine im Gau Berlin hatte die Gewerbe- und Geschäftsräume am Montag Abend nach dem Lehrervereinshaus zu einer Protestversammlung einberufen, und der überfüllte Saal zeigte, daß die Verordnung des Volkswohlfahrtsministers den schärfsten Widerstand in den beteiligten Mieterkreisen findet.

Der Referent Gramse führte aus, daß der Kampf gegen den Mieterschutz nun endlich den Erfolg gehabt habe, daß der preussische Volkswohlfahrtsminister die Gewerbe- und Gewerberäume aus dem Mieterschutz herausgenommen habe. Wenngleich der preussische Landesverband der Haus- und Grundbesitzer die Parole herausgegeben habe, keine Kündigung ohne Grund, keine Mietsteigerung, bevor nicht die Organisation die hierfür demnächst erscheinenden Richtlinien herausgegeben hat, beweisen doch zahllose Massen-Kündigungen von Gewerbe- und Geschäftsräumen, daß die Hausbesitzer nicht gemüht sind, der Parole ihrer Organisation Folge zu leisten. Diese Kündigungen sind schon jetzt ausgesprochen worden, obwohl die Verordnung des preussischen Volkswohlfahrtsministers erst am 1. Dezember d. J. in Kraft tritt. Die neuen Mietsforderungen gehen bis zu 300 Prozent und die Richtlinien, die jetzt herausgegeben sind, lassen eigentlich den Hausbesitzern jede Möglichkeit zur Mietsteigerung. Trotzdem der Hausbesitz durch die Inflation 75 Prozent seiner Hypothekenschulden los geworden ist und seine Rente höher ist als in der Vorkriegszeit, versucht er, auf Kosten der Mieterschaft Vorteile aus der Kaumot zu ziehen. Denn diese Mietsteigerung muß eine allgemeine Preissteigerung zur Folge haben. Auch ist die übrige Mieterschaft von diesen Maßnahmen nicht betroffen. Aber es steht auch hier eine Mietpreissteigerung auf 130 Prozent der Friedensmiete zum 1. April 1927 bevor. Das bedeutet eine Verringerung des Einkommens um 15 Prozent. Zum Schluß der Versammlung wurde eine Entschließung angenommen, in der von Regierung und den Parteien verlangt wird, daß sie für die sofortige Zurückziehung der Verordnung des Volkswohlfahrtsministers eintrete.

Ein unglücklicher Schuß.

Gestern Abend kurz nach 10 Uhr kam es in der Schönwalder Straße zu Reibereien zwischen Anhängern der Kommunistischen Partei und Schutzpolizeibeamten. Ein Zug Roter Frontkämpfer, die von einer größeren Menschenmenge begleitet wurden, bewegte sich durch die Schönwalder Straße. An der Ecke Schönwalder und Kunkelstraße sollte eine unbekannt gebliebene Person wegen Nichtbefolgung der polizeilichen Vorschriften festgesetzt werden. Zwei Personen aus der Menge entrißen dem Schutzpolizeibeamten den Festgenommenen, der auch in dem entstehenden Gedränge entkam. Inzwischen war es den Beamten gelungen, die beiden Täter, die dem Festgenommenen zur Flucht verholfen hatten, zu stellen. Vom zuständigen Revier war inzwischen den bedrohten Beamten Verstärkung zu Hilfe gekommen. Die Menge nahm eine sehr drohende Haltung ein und ließ sich zu Tätlichkeiten verleiten. Ein Beamter machte von seiner Schußwaffe Gebrauch und gab einen Schuß ab. Unglücklicherweise wurde ein völlig Unbeteiligter, der dicht an der Vorkämpfer stand, getroffen, und zwar der 16jährige Knopfmacher Willi Kühmann aus der Reinickendorfer Straße 44. Der Verletzte wurde zur Rettungsstelle in der Lindomer Straße und von dort in das Städtchen Krankenhaus geschafft. Nach kurzer Zeit stellte die Polizei die Ruhe wieder her. Die beiden Rädelführer wurden der Abteilung 1a des Polizeipräsidiums zugeführt.

Die unzüchtige Anzeige.

In der Anwendung des § 184 unter den alten Bestimmungen zur Bekämpfung von Schmutzliteratur beschäftigte sich in der Berufung die Strafkammer des Landgerichts I. Der Redakteur der Zeitschrift „Freundschaft“ war vom Schöffengericht zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt worden, weil er eine kleine Anzeige aufgenommen hatte, in der ein junger Mann, der wegen seiner Leistungen aus der Reichswehr entlassen worden war, andere Beschäftigung suchte. Gegen das Urteil war Berufung eingelegt, und es waren sowohl von Staatsanwaltschaftsrat Hoer und vom Rechtsanwalt Dr. Fiato eine Reihe von Sachverständigen geladen worden. Die Strafkammer hielt die Anzeige in der veröffentlichten Form für objektiv unzüchtig, kam aber aus subjektiven Gründen zu einer Freisprechung des Angeklagten.

Bogoljubow Sieger im Berliner Schachturnier. Die letzte Runde des internationalen Berliner Schachturniers brachte die Begegnung der beiden ersten Sieger Bogoljubow und Rubinstein. Nach siebenstündigem erbitterten Kampf wurde die Partie abgebrochen, und am Nachmittag fiel die Entscheidung: Rubinstein erzielte nur Remis und damit war Bogoljubow mit sieben Punkten Sieger.

Andrang zur Konsumverbesserung. Trotz des wenig günstigen Wetters brachte der letzte Sonntag der Konsumverbesserung einen Massenbesuch; rund 3000 Personen besuchten die im Berliner Gewerkschaftshaus belegenen Ausstellungsräume. Zeitweise herrschte eine geradezu bedrückende Fülle, besonders im großen Saal, in dem die interessanten Rodervorführungen vor sich gehen. Die Besucher sparten nicht mit ihrem Beifall bei den Darbietungen, die sich viermal bei je dreiviertelstündiger Dauer wiederholten. Es sei darauf verwiesen, daß die Ausstellung bis Montag, den 6. Dezember, täglich von 1 Uhr nachmittags bis 10 Uhr abends geöffnet ist und an jedem Wochentage die Rodervorführungen um 5 Uhr nachmittags und 8 Uhr abends stattfinden.

Die Anschuldigungen gegen Landgerichtsdirektor Marschner. Landgerichtsdirektor Marschner hat nach am gestrigen Montag dem Kammergerichtspräsidenten und dem Justizministerium eine Darstellung des Sachverhalts gegeben, in der, ohne daß der Richter auf Einzelheiten eingehen konnte, von ihm dienstlich erklärt wurde, daß die von Rechtsanwalt Thoma angelegten Voraussetzungen für seinen Angriff gegen das Gericht unrichtig seien und daß infolgedessen auch die Schlussfolgerungen hinwärtig seien. Trotz alledem wird von amtlicher Seite eine Untersuchung eingeleitet werden, nach deren Ergebnis dann von der Staatsanwaltschaft entsprechende Strafanträge gegen die Urheber und Verbreiter der Landgerichtsdirektor Marschner beleidigenden Äußerungen gestellt werden dürften.



sicher wirkend bei Verstopfung.
Alle 2 oder 3 Tage ein Laxin-Konfekt nach der
Abendmahlzeit reguliert die Verdauung

Ausprachebende des Hauptgesundheitsamtes. Das Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin veranstaltet im Laufe dieses Winters eine Reihe von Ausprachebenden, die den Zweck haben, die Ergebnisse der Wissenschaft vom Standpunkt der praktischen Gesundheitsfürsorge zu bewerten, um hierdurch Unterlagen für die Ausgestaltung der weiteren Arbeit des Amtes selbst zu erhalten. Der erste Auspracheabend findet Mittwoch, 1. Dezember, 8 Uhr, im Hygienischen Institut, Dorotheenstr. 28a, statt. Es wird sprechen: Reg.-Med.-Rat Dr. Böhm, Leiter der Krüppelfürsorgestelle 7, über das Thema „Reform des Schulfurnens oder Schulsonderturnens“ auf Grund der Ergebnisse des Kölner Orthopäden-Kongresses 1926.

**Meuterei im Lüneburger Zuchthaus.
Ueberfall auf einen Oberwachmeister.**

Lüneburg, 29. November. (II.) In dem hiesigen Zuchthaus wurde der erst seit kurzem amtierende Oberwachmeister Meyer II das Opfer einer umfangreichen Meuterei, an der etwa 20 Gefangene Anteil hatten. In der Abteilung für Lätenleberlei, in der sich 52 Zuchthausinsassen befanden, wurde Meyer, als er mit einem der Sträflinge sprach, von einem anderen überfallen und durch Schläge mit einem harten Gegenstand auf Kopf und Rücken derartig mißhandelt, daß er bewußungslos wurde. Wieder zu sich gekommen, wollte Meyer sich mit seinen Woffen wehren, wurde nun aber auch von anderen Gefangenen zurückgehalten, die ihn an der Kehle würgten. Schließlich gelang es ihm, mit großer Mühe ins Freie zu kommen, was dadurch erschwert wurde, daß die Gefangenen die Klingelglocke außer Funktion gesetzt hatten.

Befreiung politischer Gefangener in Gleiwitz.

Wieder einmal ist hier eine „Duplizität der Ereignisse“ festzustellen, denn fast zu derselben Zeit fand im Gerichtsgefängnis in Gleiwitz ein Ueberfall von zehn Sträflingen auf zwei Gefängnisbeamte statt, wobei ein Beamter erschossen wurde. Wie jetzt festgestellt ist, war am Sonntag mittag ein großes achtsitziges Auto über die polnische Grenze nach Gleiwitz gekommen, in dem fünf Männer saßen, die auch die Befreiung durchführten. Es wurden zehn Gefangene befreit, und zwar sechs Polen und vier Deutsche herausgeholt, in den Kraftwagen gesetzt. Der Wagen fuhr, ohne daß die nahegelegene Polizeiwache etwas bemerkt hätte, in schnellstem Tempo aus der Stadt wieder über die Grenze. Der zweite Justizwachmeister hatte jedoch die polnischen Räuber erkannt und so gelang es, Aufschlüsse über die Motive der Befreier zu erlangen. Die Polen wurden angeführt von einem gewissen Smolka, der wegen Spionage zugunsten Polens im Ratiborer Gefängnis saß und vor einem halben Jahr nach Stettin übergeführt werden sollte. Auf dem Wege dorthin gelang es ihm, zu fliehen und die polnische Grenze zu überschreiten. Smolka ist ein in Polen nicht unbekannter Insurgentenführer, der nunmehr noch fünf andere Polen befreit hat, die gleichfalls wegen Spionage verurteilt worden waren und in Ratibor ihre

Strafe verbüßen sollten. Unter diesen Polen befand sich bezüglich nenderweise auch ein früherer preussischer Polizeiwachmeister Hugo Friedberg, der ebenfalls wegen Spionage zugunsten Polens zu einer langjährigen Strafe verurteilt worden war. Vier Gefangene, die wegen Kriminalverbrechen Strafen zu verbüßen hatten, sind dabei gleichfalls entwichen. Die Polizeibehörden in Obereschlesien fahnden nun nach diesen vier Verbrechern, da die anderen mit dem Kraftwagen die Grenze passiert haben. Von den polnischen Behörden ist trotz mehrfacher Anträge aus Kattowitz nur die letzte Mitteilung eingegangen, daß die Grenzstellen kein Auto passiert hat, eine Behauptung, die den Tatsachen entspricht, da die Flüchtigen an einer unbewachten Stelle hinübergewechselt sind.

**Zur Explosion auf der Zeche de Wendel.
Der amtliche Bericht — 6 Tote.**

Die Zahl der Toten des Grubenunglücks auf Zeche de Wendel ist inzwischen auf 6 gestiegen, da drei der Schwerverletzten im Krankenhaus gestorben sind. Im übrigen stellt sich die Zahl der Schwerverletzten nunmehr auf 17. Nach Angabe der Grubenverwaltung ist der Brand durch Selbstentzündung der Kohle entstanden, dem eine Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosion folgte. Wie der Betriebsrat angibt, soll auf dem Unglücksort bereits seit einem Jahr ein Grubenbrand bestehen. Auch das ganze Grubenfeld wird als sogenanntes Störungsgebiet bezeichnet, da hier die meisten Schlagwetter auftreten. In der Unglücksnacht war entgegen der Forderung des Betriebsrates, keine Ueberwachten zu verfahren, zum erstenmal eine solche befohlen worden.

Nach den amtlichen Untersuchungen steht bereits fest, daß zwei zeitlich getrennte Explosionen aufgetreten sind. Ueber den Hergang im einzelnen ist bisher folgendes bekannt: Während der Mittagschicht des 27. November hat sich in dem Unfallbetriebe das Gebirge plötzlich gesetzt. Der Steiger der Mittagschicht, der den Betrieb sofort befuhr, konnte nichts Besonderes feststellen. In der darauffolgenden Schicht trat dann plötzlich gegen 11 Uhr die erste Explosion ein; die zweite Explosion ereignete sich einige Stunden später bei den sofort aufgenommenen Bergungs- und Rettungsarbeiten. Sämtliche Tote und Verletzte sind geborgen. Da die Umgebung der Explosionsstelle in Brand geraten ist, soll das Explosionsfeld abgedämmt werden. Die Abdämmung ist im einzelnen Strom bereits fertiggestellt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
Geschäftsstelle: Berlin 414, Seeböckenstr. 11/13, Hof 2 A.
Küstung, Winterparties (St. Adel, Schlitzsch, Glöckchen): Am Di., d. 30., 8 Uhr, findet im Sitzungssaal des Gaunersbundes, Seeböckenstr. 11-13, eine Winterpartie mit Lichtübertragung statt. Eintritt frei. — Friedeichheim: Do., d. 2., 6½ Uhr, Adreiner Platz. — Bergarbeiter Berg: Kameradschaft Balken, Do., d. 2., 8 Uhr, im Alterheim, Dorotheenstr. 28a. — Tempelhof: Mi., d. 1., 8 Uhr, Arbeiterclub, im Gesellschaftsraum des Groß. Marienb. Chausseebau. Geschäftsbericht und Wahl des Vorstands. — Mitte: 3. Kameradschaft Mi., d. 1., 8 Uhr, Versammlung Geschäftsbericht. 29.

Verein des Freidenker für Herabsetzung d. B. Steuern: Mittwoch, 1. Dezember, 7½ Uhr, Postage-Festsaal, Bergische, öffentlicher Lichtübertragung: „Über die Herabsetzung“. — Alle Eltern, die erwünscht sind, ihre Kinder an unserer Tugendlehre teilnehmen zu lassen, werden gebeten, die Absenzen schriftlich recht bald in unseren Adressbüchern und bei den Funktionären abzugeben.

Arbeiterverein für Bismarck und Lebensreform i. B. B. Der Verein hat nachstehende Veranstaltungsinhalte: Reinholdsdorf-Ort, Privatwohnung Eugen Schwenke, Sommerstr. 2111, Diensttags und Freitags ab 6 Uhr; Hotel Müller, Weißbierstr. 100, Donnerstags ab 6 Uhr. Teilweise Neuauflagen, Mittwochsabende und Anstalt.

Im Rahmen einer Vortragsreihe über „Demokratie und Vaterland“ spricht Freitag, 3. Dezember, 8 Uhr, in der Siedler-Gesellschaft, Dorotheenstr. 28a, der Redner Dr. Lubowitsch über „Schwarz-Rot-Gold“. Karten zu 40 Pf. an der Abendkasse.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgebung. (Nachdruck verb.) Teilw. heiter, teilw. neblig, sonst trocken. Tagestemperaturen wenige Grad über Null, nachts meistverbreitete Nebeneisfröste. — Für Deutschland, Gemäßig bis heiter und trocken. Ueberfall fast.

Große Verkaufsmesse für den Winterbedarf

<p>Baumwollwaren</p> <p>Hemdentuch gute Qualität, 1 Meter 0.48</p> <p>Louisiana kräftige Qualität, 1 Meter 0.95</p> <p>Lakenstoff Hausmacherart, derbe Strapazier-Qualität, ca. 140 cm breit, 1 Meter 1.35</p> <p>Bett-Satin vorzügliche erprobte Ware, 1 Meter 1.65</p> <p>Bett-Satin dazu passend, 1 Meter 1.10</p>	<p>Hauswäsche</p> <p>Wischtuch rot kariert, gestärkt und gebündert, 0.18</p> <p>Wischtuch Halbleinen, rot kariert, gestärkt und gebündert, 0.55</p> <p>Rolltuch rot-grau gestreift, 0.95</p> <p>Handtuchstoff für Küchenhandtücher, Gerstenkorn m. roter Kante, 0.25</p> <p>Handtuchstoff für Stubenhandtücher, gute Dreifach-Qualität, 0.50</p>	<p>Kleiderstoffe</p> <p>Veloutine viele Muster, 1 Meter 0.78</p> <p>Pulloverstoffe in neuartigen Mustern, 1 Meter 0.95</p> <p>Krepp-Schotten doppeltbreit, mit kunstseidenem Durchzug, 1.45</p> <p>Popeline reine Wolle, doppeltbreit, in vielen Farben, 1.95</p> <p>Jacquard reine Wolle, doppeltbreit, in neuesten Farben, 2.45</p>	<p>Seidenstoffe</p> <p>Damassé Kunstseide mit Baumwolle, für Mantelfutter, 1.95</p> <p>Cord-Samt schwarze Qualität, für Sportanzüge, 2.95</p> <p>Jacquard Kunstseide in vielen neuen Farbtönen, 1.65</p> <p>Kleider-Samt geköpert, schwarz, ca. 70 cm breit, 2.95</p> <p>Crêpe de Chine doppeltbreit, großes Farbensortiment, 5.40</p>	<p>Herren-Artikel</p> <p>Oberhemden weiß, mit Kerolinas, Umschlagmanschetten, modernem 6.50</p> <p>Oberhemden durchgehend Zephr, gest. Brust, 1 weibl. u. 1 steif-Kragen, 6.90</p> <p>Oberhemden Teilcolina, einfarbig, 3 Kragen u. Umschlagmanschetten, 8.75</p> <p>Stehumlegekragen mod. Form, Mako-Qualität, 4fach, 0.50</p> <p>Herren-Hüte mod. Form, neue Farben, 4.90</p>
<p>Strümpfe</p> <p>Damenstrümpfe farbig oder schwarz, Ferse u. Spitze verstärkt, 0.48</p> <p>Damenstrümpfe farbig oder schwarz, gute Mako-Qualität, Doppelfaule, Hochferse, 0.95</p> <p>Herren-Socken einfarbig, haltbare Qualität, Ferse und Spitze verstärkt, 0.48</p> <p>Herren-Socken farbig, moderne Jacquard-Muster, Ferse und Spitze verstärkt, 0.95</p>	<p>Trikotagen</p> <p>Futterhosen f. Herren, verschied. Größen, 1.95</p> <p>Einsatthemden für Herren, Winter-Qualität, moderne Einsätze, 1.95</p> <p>Schlupfhosen f. Damen, Kunstseide, viele Farben, feblerfreie Qualität, 1.95</p> <p>Schlupfhosen f. Damen, Kunstseide, mit warmem Fuster, viele Farben, 2.95</p> <p>Sportwesten für Damen od. Herren, Trikot meliert, farbig bestept, 2.95</p>	<p>Handschuhe</p> <p>Handschuhe für Damen, Schweden, imit., farbig, mit mod. Manchette, 1.45</p> <p>Handschuhe für Damen, Schweden, imitiert, farbig, mit Raupe, 1.65</p> <p>Handschuhe für Kinder, fein gestrickt, reines Woll, farbig, 0.95</p> <p>Handschuhe für Herren, farbig Trikot, angenehmes Futter, 0.95</p> <p>Handschuhe für Herren, reines Woll, 1.65</p>	<p>Damen-Konfektion</p> <p>Jumper Baumwoll-Flanell, gut verarbeitet, schöne Streifen, 2.45</p> <p>Morgenröcke Flausstoff, mit farbiger Blende, viele Farben, 3.95</p> <p>Kleiderröcke aus reinwollenen Cheviot, moderne Plaiséfaçon, 3.95</p> <p>Damen-Kleider Pulloverstoff oder einfarb. Popeline, viele Mächarten, 9.75</p> <p>Tanz-Kleider verschiedene Ausführungen, neueste Lichtfarben, 12.50</p>	<p>Schuhwaren</p> <p>Hausschuhe für Damen, kamelhaarartiger Stoff, mit Filz- und Ledersohle, verdeckte Naht, 2.25</p> <p>Hausschuhe für Herren, kamelhaarartiger Stoff, mit Filz- und Ledersohle, verdeckte Naht, 2.90</p> <p>Halbschuhe für Damen, R-Oberzeug, Seifengummi, moderne Form, 6.90</p> <p>Spangenschuhe für Damen, R-Oberzeug oder Lackleder, amerikanischer Absatz, 6.90</p>
<p>Lederwaren</p> <p>Zigarren-Etuais Leder, mit Schloß, 0.50</p> <p>Papierkorb Linienstrich mit hoher Form, 1.95</p> <p>Nähkasten Kunstleder, auf Holzgestell, mit Einrichtung, verschließbar, 2.95</p> <p>Schultaschen Nidleder, sehr stabil, 5.75</p> <p>Maulbügeltaschen Vollrind-Leder, ca. 40 cm., 14.50</p>	<p>Handarbeiten</p> <p>Küchengerät aus Schilfweiden, garniert und vorgezeichnet</p> <p>Besenhandtuch, 3.25</p> <p>Paradehandtuch, 2.25</p> <p>Küchentischdecke, 2.25</p> <p>Leitungsschoner, 0.85</p> <p>Kissenbezüge aus weißen od. schwarzen Stoffen, vorgezeichnet, 0.50</p>	<p>Möbelstoffe</p> <p>Tischdecken Fantasiegewebe m. Fransen, 3.95</p> <p>Diwanddecken Fantasiegewebe mit Fransen, 6.95</p> <p>Tapestry-Brücke Perser- oder Blumenmuster, ca. 90x180 cm, 14.50</p> <p>Reform-Teppich ca. 190x285 cm, 24.75</p> <p>Tapestry-Teppich ca. 155x240 cm, 29.50</p>	<p>Weißwaren</p> <p>Kleiderkragen aus Luftspitze, moderne Muster, 0.50</p> <p>Jackenkragen Crêpe de Chine, moderne Farben, mit Luftspitzen, 0.95</p> <p>Schals aus Kunstseide, mit Fransen, in den neuesten Farben, 2.90</p> <p>Schals aus Crêpe de Chine, moderne bunte Farben, 3.90</p> <p>Taffetband Kunstseide, ca. 17 cm breit, 0.38</p>	<p>Kurzwaren</p> <p>Wäschekнопfe sortiert, Karte 4 Dutzend, 0.25</p> <p>Baumwollband schwarz u. weiß, 2 Stüde à 5 Meter, 0.25</p> <p>Rüschen-Gummiband Kunstseide, Streifen ca. 65 cm lang, 0.25</p> <p>Sockenhalter Kunstseide, Paar, 0.50</p> <p>Strumpfhalter für Damen Kunstseide, Paar, 0.50</p>
<p>Bijouterie</p> <p>Zigarren- oder Kipariererspitzen, im Etui, 0.50</p> <p>Zuckerzangen Nipaka, in verschiedenen Mustern, 1.45</p> <p>Manschettknöpfe echt Silber, Perlmuttereinlage u. Stein, 1.45</p> <p>Taschenmesser echt Silber, 1.45</p> <p>Halsketten echt Silber, mit Anhänger, 1.95</p> <p>Zigaretten-Etuais Nipaka, 2.50</p>	<p>Porzellan</p> <p>Kaffeetassen mit Untertassen, Schalenform m. Goldrand u. Linie, 0.28</p> <p>Abendbroteller glatte oder festonform, mit Goldrand u. Linie, 0.28</p> <p>Kaffeeteller groß, mit Delft- oder Streublumendekor, 0.25</p> <p>Obstteller mit reifen Fruchtdekoren, 0.58</p> <p>Kaffeesevice 8 tällig, reich dekoriert, für 6 Personen, 4.50</p>	<p>Glas</p> <p>Tee- od. Bierbecher mit breiter Bordüre, 0.15</p> <p>Weinkelche verschiedene Formen, 0.28</p> <p>Bierbecher geschliffen, 0.18</p> <p>Kompott-Teller geschliffen, 0.48</p> <p>Römer- oder Weinkelche reich geschliffen, 0.50</p> <p>Kompottschüsseln groß, geschliffen, 1.25</p>	<p>Steingut</p> <p>Tafel-Service 23 tällig, für 6 Personen, reich dekoriert, 8.50</p> <p>Küchengeräten 22 tällig, mit hübschen Bordüren, 8.50</p> <p>Waschgarnituren 5 tällig, moderne Formen, 3.95</p> <p>Waschgarnituren groß, mit Golddekor, 5 tällig, 8.75</p> <p>Toiletteimer elfenbeinfarbig, mit Einlage, 2.95</p>	<p>Haushaltsartikel</p> <p>Eßbesteck mit aufgenieteten Schalen, Solinger Fabrikat, 0.75</p> <p>Eßbesteck Nipaka, gutes Fabrikat, 1.45</p> <p>Reibemaschinen, 1.65</p> <p>Mülleimer weiß emailliert mit Deckel und Aufschrift, 1.95</p> <p>Brotkasten fein lackiert, ca. 2 Kilo, 2.85</p> <p>Kaffeesevice verschieblich 4 tällig, 8.75</p>
<p>Kinder-Gewehr mit Korlett, ca. 70 cm lang, 95</p> <p>Doppel-Gelenkuppe m. Haax, Schlafaugen, Schuben, Strümpfen, ca. 40 cm, 1.95</p> <p>Werkzeug-Kasten ca. 30x30 cm, 10 tällig, 1.95</p>	<p>JANDORE</p>			<p>Elastollin-Gelldgel im Karton 10 Stück, 1.95</p> <p>Puppen-Service Porzellan, ca. 36x50 cm mit Golddekor, 10 tällig, im Karton, 2.95</p> <p>Pferdestall mit 2 Pferden und Wagon, ca. 35x40, 2.95</p>

Schwarz bleibt! Trumpf!

„Schwarz“ als Modefarbe hat sich auf der ganzen Linie durchgesetzt. Die elegante, faszinierende Wirkung eines schwarzen Kleidungsstückes – besonders zu einem jungen Gesicht – läßt sich durch nichts ersetzen. Auch Sie sollten diese verschönernde Mode mitmachen. Daß Sie es mit Leichtigkeit können, dafür sorgt mit beispielloser niedrigeren Preisen wie immer:

C & A BRENNINKMEYER

Königstraße 33 Am Bf. Alexanderplatz
Chausseest. 113 Oranienst. 40 Beim Stettiner Bahnhof Am Oranienplatz

Die obigen Angebote stehen Ihnen ab Dienstag zur Verfügung! – Schriftliche Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus a. Platz d. Republ.
8 Uhr: **Elektra**
Schauspielhaus
8 Uhr: **Lulu**
Schiller-Theater
8 Uhr: **Wilhelm Tell**

Städtische Oper
Charlottenburg
8 1/2 Uhr:
Tristan und Isolde
Musikal. Leitung:
B. Walter
Wildbrunn, Orféon
Abonn.-Turnus I.

Deutsches Theater
Norden 10334-38
8 Uhr:
Reichardt v. Gneisenau
von Wolfgang Goetz
Regie: Heinz Hilpert
Kinder-Vorstellung
Mittw. 1. Dez. 3 1/2 U.
Der Waldschützlin

Kammerspiele
Norden 10334-38
8 1/2 Uhr:
Karussell
von Louis Verneuil
mit Maria Orska

Die Komödie
Bismarck 2414, 2514
8 Uhr:
Die Gefangene
von Bourde
Regie M. Reinhardt

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
8 Uhr:
Nachfasy!
Morgen 8 Uhr:
Nachfasy!

Komische Oper
Der große Oboistenfag
Adrienne
All. abd. 8 1/2 Uhr
mit: Senk, Wassely, Wirt, Blass
Boettcher, Hell, Loebell, Schuster.
So. n. nachm. 3 U.: „Die Fledermaus“
Leist. Bez. Vorverk. 10 U. a. ununterbr.

CASINO-THEATER
Neu! Heute Neu!
Mister Cornedbeef
Gutscheim: Fauteuil 1 Mk., Sessel 1.50

Wallner-Theater
Täglich 8 Uhr und
Sonnt. 3 Uhr:
Das Stiftungsfest

Mein, nur Palmin-

Palmin-

nichts anderes!

So sagt die kluge Hausfrau.

Palmin, das reine Cocosfneisefett zum Kochen, Braten und Backen. Echt nur in Paketen mit der Aufschrift „Palmin“ und dem Schriftzug: **D. Schluck**

Rose-Theater
8 1/2 Uhr
Von Stufe zu Stufe

Wintergarten
Rauchen gestattet

Reichshallen-Theater
Abends 8 Uhr, Sonntag nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Leitung: Piepers Diele
Burlake von Meyss
Nachm. halbe Pretael

Dönhoff-Brett!
Varieté-Konzert-Tanz

Achtung! Achtung!
Weihnachtsbäume

Echte Holsteiner Tannen in Größe von 1-3 Mtr. und darüber, schöne dunkelgrüne Ware. In Qualität gibt zu einem annehmbaren, billigen Preise und in jedem gewünschten Quantum waggonweise franko jeder Empfangsstation Groß-Berlins ab.

Engros-Vertrieb
Spez.: Holz-, Harzer-, Thür- und Riesengebirgsannen
Berlin N65, Antonstr. 1. Tel. Moab. 7936

Wer lachen will, kommt zu

LYA MARA

der lachenden Grille

ins **Capitol**

Ab Mittwochs
7 1/2, 7, 9 1/2 Uhr
Jugendliche haben Zutritt!

Gr. Schauspielhaus
Täglich 8 1/2 Uhr
Von Mund zu Mund
CHARELL-REVUE

Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend nachmittag 4 Uhr: die neue Kinderrevue **Funkhainzelmanns Märchen-Reise** mit Alfred Braun

Konzertdir. Leonard
Theater d. Westens. Ab morgen 8 U.:
Pawlowa
Puppen- Chopiniana
Divertissement

Krause-Pianos
zur Miete
W. Ansbacherstr. 1

täglich 8 Uhr
Das grosse Circusprogramm
Morgen, Mittwoch
Programmwechsel
u. a. Ausflug nach Lilliput. 18 Zwergel
1 Riese. Affen als Trapezkünstler u. a. m.

Karten: Wertheim
Tietz, ab 10 Uhr Circus-
kasse Norden 840.

CARL HAGENBECK
CIRCUS BUSCH

Le-be-wohl

Ihr Spatzen, pfeift es von den Dächern, Verkündet's zu der Menschheit Wohl: Es gibt ein Hühneraugenmittel, Das ist und bleibet „Lebewohl“!

* Gemeint ist natürlich das berühmte, von vielen Aerzten empfohlene **Hühneraugen-Lebewohl** mit druckmilderndem Filtering für die Zehen und **Lebewohl-Dallenscheiben** für die Fußsohle, Biechdose (8 Pflaster) 75 Pf., **Lebewohl-Fußbad** gegen empfindliche Füße und Fußschwell, Schachtel (2 Bäder) 50 Pf., erhältlich in Apotheken und Drogerien.

Massenkonsum und Konjunktur.

Zum letzten Bericht des Konjunkturinstituts. — Einkommensverwendung und Lagerhaltung in der Krise.

Die deutsche Konjunkturforschung, insbesondere das Deutsche Konjunkturforschungsinstitut, ist ein Produkt der Not. Es muß pfleglich behandelt werden, auch im Ausmaß und in der Form der Kritik, wenn das Vertrauen in der Öffentlichkeit, um das es noch nicht im Keime zerstört werden soll. Es ist in hohem Maße erfreulich, daß das letzte Heft des Konjunkturforschungsinstituts ein Beweis dafür ist, daß dieses neue Institut durch immer größere und wertvollere Leistung selbst mit Nachdruck um dieses Vertrauen wirbt. Nicht nur der erheblich gestiegene Umfang seiner letzten Publikation (der Inlandsbericht ist gegenüber dem ersten Heft von 34 auf 60 Seiten erweitert, der Konjunkturbericht aus dem Ausland gar von 17 auf 60 Seiten), sondern vor allem der Wert des Materials sowohl als auch der gezogenen Schlüsse wächst. Wenn auch infolge der Gefährdung des zur Verfügung stehenden Materials die Einbeziehung der Einkommensstatistik und, noch wichtiger, der Einkommensverwendung zu vorerst noch spärlichen Resultaten geführt hat, so scheint uns doch mit dieser Einbeziehung der entscheidende Schritt getan, um gegenüber der bisherigen einseitigen Berücksichtigung von Produktions- und Handelsziffern den Schlussfolgerungen jene Sicherheit zu geben, die für eine ausreichende Konjunkturdiagnose und -prognose notwendig ist. Auch die Beobachtung der Konjunktur im Ausland zeigt erhebliche Fortschritte in der analytischen Durchdringung und Verarbeitung der erreichbaren Daten. Es ist ohne weiteres von erheblicher Allgemeinbedeutung, wenn ziffernmäßig aus der Behandlung der französischen Wirtschaftslage in den letzten Monaten ersichtlich wird, wie die Frankfurter Schlechterung im Juli bis in den August hinein den deutschen Einfuhrüberschuß nach Frankreich sinken ließ, infolge der seitdem eingetretenen starken Besserung des Frankfurter aber der deutsche Einfuhrüberschuß nach Frankreich bedeutend stieg. Ebenso bezeichnend für die öffentliche Meinungsbildung in Europa scheint uns die deutsch gezeichnete Tatsache zu sein, daß die Vereinigten Staaten bei fortgesetzter wachsender Erzeugung und steigendem Wohlstand eine in der tatsächlichen Rentabilität ihrer Unternehmungen nicht gerechtfertigte Börsenhausse erleben, eine Erscheinung, die nicht weniger widerspruchsvoll ist als die stürmische Börsenhausse in Deutschland, obwohl beide Erscheinungen doch nur aus Wirtschaftsvorgängen mit umgekehrten Vorzeichen in den beiden Ländern zu erklären sind. Es ist dieselbe Kapitalfülle, die in Amerika zur Börse drängen muß, die richtig von Europa, besonders Deutschland aufgefogon und vernünftig zur Steigerung des Volkseinkommens verwertet, in Deutschland wie in Amerika jede künstliche Börsenhausse verhindern müßte.

Einkommensbildung und Einkommensverwendung.

Aus den vielfachen neuen Untersuchungen des Konjunkturforschungsinstituts können wir nur wenige hervorheben. Für die zukünftige Beobachtung des Zusammenhangs von Einkommensbildung und Konjunktur wird die aus der Vorkriegszeit von 1893 bis 1913 gewonnene Erkenntnis, daß die Arbeitseinkommen in der aufsteigenden Konjunktur weniger schnell steigen als die Unternehmereinkommen, daß aber in Krise und Depression die Unternehmereinkommen heftiger zurückgehen, von großer Bedeutung sein. Für die Einkommensentwicklung im Jahre 1926 wird für das Jahreseinkommen festgestellt, daß seit Februar dieses Jahres die Jahreseinkommenssumme in Deutschland um etwa 8,8 Proz. gestiegen sein muß, obwohl sie gegenüber dem gleichen Zeitraum im vorigen Jahre noch bedeutend kleiner ist.

Sehr wertvoll ist die Feststellung, daß der Nahrungs- mittelverbrauch bei steigender Arbeitslosigkeit stabil bleibt oder sogar steigt, während der Verbrauch für Bekleidung und Möbel einrichtungen stark zurückgeht. Bei gleichbleibendem oder steigendem Nahrungsverbrauch sanken gegenüber dem Vorjahr (= 100)

	bei einem Ein- satz der Arbeits- losigkeit von	die Ausgaben für Beklei- dung auf Proz.	für Möbel auf Proz.
im Nordseegebiet	2,9	91,8	100,4
Bezirk Solingen	10,4	90,8	88,3
Münster	12,0	89,6	90,1
Hannover	15,8	86,1	92,9
Magdeburg	42,8	96,8	83,1

Da der Nahrungsverbrauch eher stieg als sank, ergibt sich aus dem kurzen Rückgang des Konsums an Textilien, Möbeln und Hausgerät der sehr wichtige Schluss, daß durch eine Senkung der Lebensmittelpreise, die durch die bessere Lage der Landwirtschaft durchaus möglich wäre, sofort bedeutende Kaufkraftmengen für andere Zwecke frei würden und so mit einer verbesserten Ablage der Verarbeitungs- und Fertigungsindustrie die Arbeitslosigkeit im ganzen verringert werden könnte. Wie sich im einzelnen die Umsätze beim freien Handel in der Zeit der schwersten Krise und in den letzten Monaten der Wirtschaftsbekämpfung im Verhältnis zum Vorjahr verändert haben, zeigt für mehrere Zweige der Bekleidung und Haushaltseinrichtungen folgende Tabelle. Es wurden Umsätze erzielt

	Februar	März	September	Oktober
(in Prozent des Vorjahres)				
für Herrenkonfektion (Rheinland)	54,2	84,7	43,6	91,1
Damenkonfektion (Rheinland)	78,6	120,4	71,1	128,0
Damenunterkleidung (Berlin)	84,8	79,4	86,0	109,8
Möbel (Rheinland)	70,2	90,4	72,4	97,4
Glas u. Porzellan (Rheinland)	81,6	88,1	105,6	99,7
Haush.-Gegenst. (Rheinland)	88,1	97,8	101,0	109,8

Diese Tabelle zeigt, wie sehr in jeder Konjunkturlage der Bedarf an Frauenkleidung und -wäsche sich als dringlicher durchzusetzen vermag. Sie zeigt weiter, wie sich sofort mit der Bekämpfung der Wirtschaft der Haushaltseinrichtungsbedarf sofort in den Vordergrund schiebt und den entsprechenden Fertigungsindustrien zugute kommt. Wenn es sich bei diesen Beispielen auch nur um wenige und zum Teil private Verbandserhebungen handelt, die allerdings überprüft wurden, so zeigen sie doch mit seltener Eindringlichkeit, wie stark die Verlagerungen in der Produktion und im Handel sein müssen, die durch die Verschiebungen in der Einkommensverwendung infolge der Einkommensverringering hervorgerufen werden.

Die Lagerhaltung im Wandel der Konjunktur.

Einen tieferen Blick in jene wirtschaftlichen Umstände, die im Gefolge des Krisenausbruchs die Zahlungsfähigkeit der Unternehmungen verschlechtern und zu Zwangsverkäufen führen, erlaubt eine Studie über die Lagerhaltung im Wandel der Konjunktur. Bei dem Zentralverband deutscher Konsumvereine ist

in den Jahren von 1902 bis 1913 die durchschnittliche Lagerdauer von 62 auf 50 Tage gesunken, der Umschlag der Läger ist von 5,9 mal auf 7,3 mal pro Jahr gestiegen. Dabei ergibt sich für die Depressionsjahre 1902 und 1908/09, daß die Umschlagsdauer sich gegenüber den Konjunkturjahren verlängerte, obwohl es sich in aller Regel damals bei den Konsumvereinen nur um den an sich sehr raschen Umschlag von Lebensmitteln handeln konnte. Wenn für das Jahr 1925 festgestellt wird, daß die Umschlagsdauer der Konsumvereinsläger (bei denen übrigens die örtlichen Zentralläger eingeschlossen sind) mit 54 Tagen noch um vier Tage länger ist als im Jahre 1913, und wenn dabei die Umschlagshäufigkeit pro Jahr von 7,3 auf 6,8 zurückgegangen ist, so sind allerdings nicht nur die Kreislaufstörungen der Inflation dafür verantwortlich zu machen, sondern auch die erhebliche Ausdehnung der Konsumvereinsgeschäfte auf Textilien, Schuhwaren usw., die an sich eine längere Umschlagsdauer haben.

Aus dem Bericht des Konsumvereins „Vorwärts“ Dresden für das Jahr 1925/26 wird die verschiedenartige Umschlagshäufigkeit bei den verschiedenen Waren mitgeteilt. Hier ergibt sich für

6 Verteilungs-St. (nur Textil-, Schuh- u. Haush.-Waren)	ein 2,28 maliger Umschl. p. Jahr
8 „ „ (wie oben, außerdem Kolonialwaren)	ein 2,4—6 maliger Umschl. p. Jahr
30 „ „ (vorne Kol.-Waren, auch Text. u. Schuhw.)	ein 6—12 maliger Umschl. p. Jahr
60 „ „ (nur Kolonialwaren)	ein 18—37 maliger Umschl. p. Jahr

Als Vergleichsziffer wird für den Durchschnitt eines deutschen Warenhauses für das Jahr 1924 ein 4,5 maliger und für das Jahr 1925 ein 4,7 maliger Umschlag der Läger mitgeteilt.

Es ist ganz klar, daß eine ausgedehnte Beobachtung der Lagerdauer in den einzelnen Zweigen der gesamten Privat- und Genossenschaftswirtschaft nicht nur für die Geschäftspolitik der Unternehmungen, sondern auch für die allgemeine Wirtschafts- und Kreditpolitik im zukünftigen Ablauf der Konjunktur von größter Bedeutung sein kann.

Eine zweifelhafte Konjunkturprognose.

So erfreulich nun diese neuen Beiträge des Instituts für Konjunkturforschung zur Erkenntnis der Konjunkturverhältnisse sind, so wenig kann die Hauptleistung der letzten Veröffentlichung des Konjunkturforschungsinstituts befriedigen. Im Widerspruch zum mindesten mit den Berichten vom deutschen Arbeitsmarkt stellt das Institut eine grundlegende Besserung der Konjunktur fest und sagt einen Aufschwung der Wirtschaft ganz im allgemeinen voraus, wobei es allerdings auch nicht an vorsichtigen Einschränkungen fehlt. Fragt man sich, worauf das Institut diese Meinung gründet, so ergeben sich leider verzeihlich wenig stichhaltige Grundlagen. Im ganzen gründet das Institut seine Ansicht auf zwei Vorgänge: Einmal sei die Ausfuhr von Fertigwaren gerade in der jetzigen Zeit bedeutend gestiegen, in der die deutsche Wirtschaft durch die gewaltsame Abstoßung von Lägern die Einfuhr habe bedeutsam drosseln können. Die gegenwärtige Belebung der deutschen Wirtschaft stütze sich keineswegs nur auf die Anregung, die die deutsche Produktion durch die Englandkonjunktur erfahren habe, vielmehr man auch deren Wirkungen einkalkuliere. Die gegenwärtige Belebung der Warenerzeugung sei zum großen Teil auf diese Abstoßung von Warenlagern und die jetzt folgende Wiederauffüllung zurückzuführen, und die Wendung der Konjunktur zum Besseren sei infolge dessen von der deutschen Wirtschaft selbst herbeigeführt worden, nicht aber vom Ausland her zu erklären. Als zweites Moment der Konjunkturbelebung wird die öffentliche Arbeitsbeschaffung zur Steuerung der Arbeitslosigkeit angeführt. Bei aller Bereitwilligkeit, den Darlegungen des Instituts zu folgen, kann man doch nicht umhin, diese von ihm aufgezeigten Aufschwungsmomente als außerordentlich mager zu bezeichnen. Es darf u. E. keineswegs als ein stichhaltendes Aufschwungsmoment angesprochen werden, daß Industrie und Handel deshalb, weil sie zahlungsunfähig zu werden drohten, die Läger geräumt haben und dann wieder aufzufüllen suchen. Das ist eine Erscheinung, die zu jeder Krise gehört und in jeder Depression wiederkehrt, ohne daß darin mehr zum Ausdruck zu kommen braucht, als die rein psychologische zu erklärende Erwartung, daß es wieder aufwärtsgehen werde. Wir sind durchaus nicht der Meinung, daß es nicht wieder aufwärtsgehen wird; aber wir glauben, daß der belebende und sicher auch nachhaltige Einfluß der Englandkonjunktur und der Besserung der Frontvorteile vorerst noch vollkommen die deutsche Wirtschaftslage beherrscht und daß es zum mindesten für die Voraussage einer grundlegenden Besserung auch heute noch zu früh ist. Zu diesem Schluss zwingt nicht nur die eigene Feststellung des Instituts, daß in der sogenannten „strukturellen“ Arbeitslosigkeit durch die Rationalisierung der Betriebe in der Zukunft noch Verschärfungen zu erwarten sind, nicht nur die gegenwärtige, keineswegs allein aus Saisongründen zu erklärende Verschlechterung der Arbeitsmärkte, sondern auch die Skepsis, mit der man der Fähigkeit der Industrieführer und Banken gegenübersehen muß, die massenhaften Auslandskredite in vermehrter und verbilligter Erzeugung zur Wirksamkeit zu bringen. Es ist nur durchaus konsequent, wie man unsere Zahlungsbilanzen durch Borgen von Geld aktiv gemacht hat, daß man auch die Konjunkturentwicklung Deutschlands durch vorläufiges Borgen aktiviert, denn das müßte die Folge der Auslandskredite sein. Dazu scheint allerdings in Deutschland die sehr wichtige Voraussetzung noch immer nicht erfüllt zu sein, daß die verantwortlichen Unternehmer des Privatekapitals ihre augenblicklichen Gewinninteressen den Dauerinteressen eines vergrößerten und verbilligten Abfahrs an die breiten Massen unterordnen. Diese Voraussetzung aber durch eine günstige Prognose einfach als schon gegeben erscheinen zu lassen, wie es das Institut für Konjunkturforschung tut, das scheint uns gefährlich.

Der Wohnungsbau in Preußen. Im Jahre 1925 ist die Zahl der in Preußen insgesamt erbauten Gebäude von 68 974 auf 104 826 (um 52 Proz.), die Zahl der Wohngebäude von 34 094 auf 54 876 (um 61 Proz.) und die Zahl der neu erbauten Wohnungen von 59 833 auf 103 442 (um 73 Proz.) gestiegen. Von den 54 876 neu erbauten Wohnhäusern waren 48 464 Kleinhäuser mit ein bis zwei Wohnzimmern.

Hochöfen an der Ostsee.

5 Proz. Dividende bei der Hochöfenwerk Lübeck A.-G.

Angelehnt der starken Konzentration der deutschen Eisen- und Stahlerzeugung über und neben der Kohle bezieht die Existenz von Hochöfen an der Ostsee merkwürdig. Der Grund dafür sind die hochwertigen Eisenerze Schwedens, die zu Schiff herübertransportiert und nun sogleich an der Entladestelle verhüttet werden. Der hohe Eisengehalt der schwedischen Erze verlohnt es, die erforderliche Kohle von weither anfahren zu lassen. Die Verarbeitung stellt sich trotzdem noch billiger als die Verhüttung der unterwertigen Siegerländer Eisenerze am Standort der Erzeugung selbst. Die gewaltigen Verschiebungen in der Eisenerzeugung, die Wandlungen in der Eisenhüttenindustrie haben die hochqualifizierten ausländischen Erze in den Vordergrund gerückt und Hochöfen in der Nähe der See eine Existenzmöglichkeit gegeben.

In Lübeck ist der Sitz der Hochöfenwerk Lübeck A.-G., die mit einem Aktienkapital von 12,3 Millionen Mark an der Ostsee die Verhüttung von schwedischen Eisenerzen betreibt. In Herrenhof bei Lübeck stehen drei moderne Hochöfen, in Kraysdorf bei Stettin drei weitere, die 1921 von der bekannten Eisenwerk Kraft A.-G. erworben wurden. Eine Leuchtgasfabrik beliefert die Stadt Lübeck mit Gas. Eisenportlandzementfabriken, Schlacken- siegel, Zementwarenfabrik, Kupferhütte usw. sind dem Hochöfenbetrieb angegliedert. Außerdem besitzt die Gesellschaft noch im Siegerland die Kolandohütte. In die Aktien des Unternehmens teilen sich mehrere große Industriegruppen, darunter auch der Glöckner-Konzern. Die Hochöfen der Hochöfenwerk Lübeck A.-G. haben eine Leistungsfähigkeit von insgesamt 458 000 Tonnen im Jahr. Davon entfallen auf die Hochöfen in Lübeck 216 000 Tonnen, in Stettin 175 000 Tonnen, im Siegerland 67 000 Tonnen. Der Siegerländer Betrieb wurde schon 1924 stillgelegt, in Stettin waren im vergangenen Geschäftsjahre alle drei Defen ausgeblasen, nachdem man schon im Vorjahre teilweise nur mit einem gearbeitet hatte. In Lübeck brannten 1925/26 noch zwei Hochöfen. Die Roheisenerzeugung, die früher einmal 370 000 Tonnen erreicht hatte, sank auf 234 000 Tonnen im Jahre 1924/25 und 176 000 Tonnen im Jahre 1925/26. D. h. die Produktion, die auch früher nicht die volle Kapazität der Defen in Anspruch nahm, machte nur rund 50 Proz. bzw. 40 Proz. der Kapazität aus. Das ist zweifellos ein starker Rückgang der Erzeugung, eine Auswirkung der Wirtschaftskrise, der allgemeinen Absatzstörung, die sich erst in den letzten Monaten gebessert haben. Dennoch vermochte die Gesellschaft umfangreiche Reu- und Umbauten ihrer Hüttenanlagen durchzuführen. Es wurden fertiggestellt: In Lübeck der vollständige Umbau der Koks- ofengruppe III, die Erweiterung der Ammonial- und Benzolfabrik, der weitere Ausbau der Gleisanlagen und die Errichtung einer Umformstation für die Verwendung von Drehstrom; in Stettin die Errichtung einer neuen Zementfabrik und in Verbindung damit die Erweiterung der Gleis- und Seilbahnanlagen, Verbesserung in der Kokerei, Modernisierung der Ammoniak- und Benzolfabrik und Reu- und Umbauten der Maschinenzentrale. Die Bilanz bringt diese Reuanschaffungen in der Erhöhung der Anlagevermögen von 14,125 auf 17,017 Millionen Mark zum Ausdruck.

Seit Jahren sucht die Hochöfenwerk Lübeck A.-G. ihre Betriebe auf den höchsten Stand der technischen Vollendung zu bringen. Teilweise wurden die Mittel hierzu durch Aufnahme einer Auslandsanleihe beschafft, teilweise aber flossen die Gelder aus den laufenden Gewinnen. Wenn nun trotzdem die Gesellschaft in der Lage ist, in diesem Jahre 618 000 M. oder 5 Proz. Dividende zu zahlen, so ist das wieder ein Hinweis darauf, daß auch bei sinkender Produktion die Gewinne der Rotationsindustrie steigen können, eine Erfahrung, die schon mehrfach bei großen Hüttenwerken gemacht worden ist.

Erst 112 Millionen Aufträge für den 300-Mill.-Russenkredit. Wie mitgeteilt wird, hat die russische Handelsvertretung der auf Grund der 300 Millionen Ausfall-Garantie bis 20. November Bestellungen im Werte von 112 589 400 RM. vergeben, von denen solche von 100 157 400 RM. bereits vom interministeriellen Ausschuss genehmigt worden sind. Für die Summe von 88 401 600 RM. ist vierjähriger, für die Summe von 24 187 800 RM. zweijähriger Kredit in Anspruch genommen worden. Es wurden bestellt: Werkzeugmaschinen im Werte von 26 695 200 RM., mechanische Ausrüstungen für 56 217 000 RM., Ausrüstungen für 27 182 400 RM., Rehinstrumente für 1 734 600 RM. und Ausrüstungen für chemische Fabriken für 760 200 RM.

Man wird die verhältnismäßig geringfügige Ausnutzung der Kreditgarantie auf die langwierigen und hartnäckigen Schwierigkeiten zurückzuführen müssen, die bis zum Späthommer dieses Jahres von den deutschen Banken gemacht worden sind. Das Bedenklliche der Verzögerung liegt darin, daß die Ausnutzung der Garantie nach den gesetzlichen Bestimmungen bis zum 31. Dezember d. J. erfolgt sein muß. Die Finanzierung der zweiten Rate von 110 Millionen (die erste betrug 120 Mill.) ist erst in den allerletzten Tagen endgültig abgeschlossen worden, so daß nur noch 6 Wochen für die Ausnutzung von fast zwei Dritteln der Garantie zur Verfügung stehen.

Der Zusammenstoß in der Werksindustrie. Die Bormerhandlungen über den Zusammenschluß und die Umgruppierung in der Werksindustrie sind beendet; die Vulkanwerke Hamburg und Stettin A.-G. beruht eine außerordentliche Generalversammlung auf den 18. Dezember ein, die über die Fortführung oder Liquidation der Firma bzw. über Stellung von Liquidatoren beschließen soll. Darauf wird der Veräußerungsvertrag hinsichtlich des Hamburger Besizes der Gesellschaft vorgelegt mit dem Ermächtigungsantrag, durch die Verwaltung die Einzelheiten festzulegen und die Veräußerung bis zum 1. Mai 1927 durchzuführen. Die Vulkanwerke werden nach diesen Beschlüssen den Titel erhalten: „Stettiner Maschinenbau-A.-G. Vulcan“ mit dem Sitz in Stettin. Ferner soll die Verwaltung ermächtigt werden, aus dem Reingewinn des letzten Jahres 3,4 Millionen Mark dividendenfreie Stammaktien — Vorratsaktien — durch Ankauf einzuziehen. Die Satzungen werden dementsprechend geändert, daß das Grundkapital nach Einziehung sich auf 6,7 Millionen Mark beläuft.

Die tschechoslowakischen Eisenwerke vor dem Eintritt ins Stahlkartell. In den Verhandlungen der tschechoslowakischen Eisenwerke über die Frage der Quotenverteilung für den Beitritt zur Internationalen Rohstahlgemeinschaft ist ein vollständiges Einvernehmen erzielt worden, so daß der Weg für die am 9. Dezember in Paris stattfindenden Verhandlungen mit den westeuropäischen Eisenwerken frei ist. Die tschechoslowakische Eisenindustrie geht geneigt in die internationalen Verhandlungen, an denen außer den bisherigen Mitgliedern der Rohstahlgemeinschaft auch die englischen, österreichischen, ungarischen und polnischen Werke teilnehmen werden. Die Verhandlungsbasis wird die gleiche sein wie bei den internationalen Verhandlungen, wobei die auf die Tschechoslowakei entfallende Quote von zirka 1 1/2 Millionen Tonnen zu der ursprünglichen Basis von 27,2 Millionen Tonnen zugerechnet und dann nach dem neuen Schlüssel auf die einzelnen Staaten aufgeteilt werden soll. Als Basis für den Beitritt wird die tatsächliche Erzeugung des ersten Quartals des Jahres 1926 dienen, so daß sich der prozentuale Anteil der einzelnen Staaten, die bisher der Rohstahlgemeinschaft angehören, wohl etwas verringern dürfte, während die Quantität keine Verringerung erfahren wird.

Öffentliche Kundgebung gegen das Schmutz- und Schundgesetz

im Lehrervereinshaus
am Alexanderplatz

Reichstag gegen Schundgesetz.

Der entscheidende Paragraph in zweiter Lesung gefallen.

Der Reichstag setzte am Montag die zweite Beratung des Schund- und Schmutzgesetzes bei §§ 2-5 (Errichtung und Zusammenfassung der Prüfstellen) fort.

Abg. Dr. Kunkel (D. Sp.) erklärt, daß die Zahl von 2 Milliarden Schundchriften, die in den Ausschuhverhandlungen genannt wurde, von der Regierung stamme.

Bayerischer Bevollmächtigter v. Imbusch gibt eine Erklärung ab, wonach die in Schriftsteller- und Verlegerkreisen gehegten Befürchtungen, daß durch das vorliegende Gesetz das Reich in Kulturfreiheit ausgeteilt werden solle, unbegründet seien. Auch für dieses Gesetz gelte die Reichsverfassung (Artikel 103), der Gesetzentwurf sei im Reichsrat einstimmig genehmigt worden.

Die bayerische Regierung habe an den Landesprüfstellen fest und wenn sehr anders beschloßen werden sollte, so werde Bayern Einspruch dagegen erheben.

Abg. Heuß (Dem.) spricht den Kommunisten den Dank dafür aus, daß sie den Ausschuh von der Qual befreit hätten. Die Reden des Abg. Schwarz anzuhören. Schwarz ist vor einiger Zeit aus der KPD ausgeschlossen worden. Gegenüber den bayerischen Bevollmächtigten stellt der Redner fest, daß es durch die Reichsverfassung nicht begründet werden könne, Landesprüfstellen für das ganze Reich einzurichten zu lassen. Wenn das Stimmverhältnis in den Prüfstellen nicht auf 6 gegen 1 festgelegt werde, könne die demokratische Fraktion für diese Paragraphen nicht stimmen. Der Redner wendet sich dagegen, daß Vertreter der Kirchen in die Prüfstellen kommen.

Abg. Rheinländer (Z.) tritt für die Ausschuhbeschlüsse ein. Die Zulassung der Religionsgesellschaften zu den Prüfstellen sei notwendig, denn schon seit zwei Jahrtausenden hätten diese die Pflicht, sich um Volkserziehung und Volkshilflichkeit zu kümmern.

Abg. Frau Müller-Ottfeld (Dnat.) wirft der Linken vor, das Volk zur Erstüfung des Glaubens an die Existenz einer übersinnlichen Macht zu bringen. Der Einfluß der Geistlichkeit und der Kirche auf die Jugend müsse erhalten bleiben.

Abg. Hörnie (Komm.) begründet einen Antrag, wonach die Prüfstellen sich aus Vertretern prelatischer Jugend- und Kulturorganisationen, Schriftsteller- und Künstlerverbänden und der freien Lehrgewerkschaften zusammensetzen sollen.

Abg. Frau Dr. Mäh (D. Sp.) begründet einen Antrag, nach dem sich die Prüfstellen aus Vertretern der Kunst und Literatur, der Jugendorganisationen, der Lehrerschaft und der Volkshilfsorganisationen zusammensetzen sollen. Nur bei Uebereinstimmung von wenigstens 6 Mitgliedern der Prüfstelle sei eine Schrift in die Liste aufzunehmen.

Abg. Dr. Kahl (D. Sp.) erklärt, daß er gegen die Beteiligung der Religionsgesellschaften an den Prüfstellen sei, trotzdem er der obersten evangelischen Kirchenbehörde anhöre.

Die beiden letzten Paragraphen, die die Straf- und Ausführungsvorschriften enthalten, werden ohne wesentliche Aussprache erledigt.

Die Abstimmungen.

Darauf beginnen die Abstimmungen. Wiederholt muß das Haus ausgezählt werden, da das Abstimmungsergebnis zuerst zweifelhaft ist.

Ein demokratischer Antrag auf Streichung des Absatzes, der den Verkauf der auf die Liste gesetzten Schriften an Verlenen unter 18 Jahren verbietet, wird mit 183 gegen 169 Stimmen abgelehnt.

Ein Antrag der Volkspartei, daß mehr als zwei Nummern einer periodischen Zeitschrift auf die Liste gesetzt sein müssen, bevor sie gänzlich verboten werden kann, wird mit 197 gegen 154 Stimmen angenommen.

Der sozialdemokratische Antrag, wonach neben politischen Zeitungen auch politische Zeitschriften nicht auf die Liste gesetzt werden dürfen, wird einstimmig angenommen.

Im übrigen wird der § 1 gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und eines Teils der Demokraten in der Ausschuhfassung verabschiedet.

Bei § 2 beantragten die Demokraten, daß die Entscheidung darüber, ob eine Schrift auf die Liste gesetzt werden soll,

durch eine Prüfstelle des Reichs

erfolgen soll. Die Abstimmung darüber ist namentlich. Bemerkenswert dabei ist, daß das Zentrum dagegen stimmt und der Reichsminister Dr. Kälz, selbst ein Demokrat, eine blaue Karte abgibt, sich also der Stimme enthält. 181 Abgeordnete stimmen mit Ja, 191 mit Nein, 4 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Der Antrag ist somit abgelehnt. Das gleiche Schicksal erleben ähnliche Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten.

Bei einem Antrag der Sozialdemokraten, wonach der Entscheidung eine mündliche und öffentliche Verhandlung voranzugehen habe, zu der die beteiligten Verfasser und Verleger zu laden sind, wird auf Antrag der Volkspartei die öffentliche Verhandlung gestrichen. Der sozialdemokratische Antrag wird in der so abgeänderten Form mit 187 gegen 177 Stim-

men angenommen. Auch ein anderer sozialdemokratischer Antrag, wonach der Antrag, eine Schrift auf die Liste zu setzen, den beteiligten Verfassern und Verlegern wenigstens eine Woche vor der Verhandlung anzustellen ist, wird mit der gleichen Mehrheit angenommen.

Bei der Gesamtstimmung über § 2 ergibt sich eine Ueberstimmung. Für die Ausschuhfassung stimmen nur Deutschnationale, Bayerische Volkspartei und Völkische, während die anderen Parteien, auch die Deutsche Volkspartei, dagegen stimmen. Der § 2 ist also abgelehnt, so daß es wenigstens nach der zweiten Lesung überhaupt keine Prüfstellen mehr gibt.

Trotzdem wird in der Abstimmung über die nächsten Paragraphen, die die Zusammenfassung der nicht mehr vorhandenen Prüfstellen behandeln, fortgefahren. Ueber einen demokratischen Antrag, die Prüfstellen aus einem beamteten Vorstehenden und vier Sachverständigen, aus den Kreisen des Buch- und Kunsthandels, des Schrifttums und der Kunst, der Jugendwohlfahrt und der Volksbildung zusammensetzen, also

die Religionsgesellschaften auszuschließen,

wird auf Antrag des Zentrums namentlich abgestimmt. Der Antrag wird mit 347 gegen 36 Stimmen abgelehnt. Auch die von den Sozialdemokraten dazu gestellten Anträge, darunter die Einstimmigkeit der Prüfstelle, werden abgelehnt.

Bei der Gesamtstimmung über § 3 in der Ausschuhfassung ist das Ergebnis zuerst zweifelhaft, trotzdem die Deutsche Volkspartei dagegen stimmt.

Auch der § 3 wird abgelehnt, und zwar mit 190 gegen 178 Stimmen.

Das Ergebnis wird von den Kommunisten mit Schimpereien gegen den Minister Kälz begleitet.

Dagegen wird § 4, der von der Oberprüfstelle handelt, unter Ablehnung aller Änderungsanträge von den bürgerlichen Parteien angenommen, desgleichen § 5 unter Annahme eines sozialparteilichen Antrages, wonach die Kosten für die Oberprüfstelle das Reich trägt. Die letzten §§ 6 und 7 werden gleichfalls angenommen, womit die zweite Lesung des Gesetzes beendet ist.

Ohne Aussprache werden sodann der Gesetzentwurf über den Verkehr mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen sowie mehrere Anträge der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen und der Wirtschaftlichen Vereinigung zur Änderung des Reichsleitengesetzes und des Mieterschutzgesetzes den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Gegen 6¼ Uhr verläßt sich das Haus auf Dienstag nachmittag 3 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung der Reichstragordnung, beginnend mit den Haushalten des Reichsverkehrsministeriums und des Ministeriums für die besetzten Gebiete.

Wohnungsbau-Finanzierung.

Zum preussischen Wohnungsbau 1927.

Der Wohnungs- und Heimstättenauschuh des Preussischen Landtages beschäftigte sich in der vorigen Woche mit dem Antrage der Sozialdemokratischen Partei, im Jahre 1927 den Bau von 200 000 Wohnungen zu fördern. Der Wohlfahrtsminister befragte die Zahl der im Jahre 1926 erbauten Wohnungen auf etwa 130 000, von denen annähernd 20 000 ohne Hauszinssteuerhypothek errichtet worden sind. Damit wäre das Mindestprogramm des Landtages für 1926 etwas überschritten. Für dieses Programm standen 400 Millionen Reichsmark zur Verfügung. Da der Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, von dem die Hauszinssteuer ein Teil ist, zum 1. April 1927 keine Änderung erfahren, wird Preußen aus der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau im Jahre 1927 nicht mehr als 1926 zur Verfügung stehen. Ist doch der Prozentsatz, der nach dem Reichsgesetz über den Finanzausgleich vom 10. August 1925 mindestens zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs aus dem Aufkommen der Hauszinssteuer entnommen werden muß, mit anderen Worten, der Prozentsatz, der höchsten für Rebauszwecke verwendet werden kann, in Preußen erreicht. Das bedeutet, daß nur der Bau der gleichen Zahl von Wohnungen wie in diesem Jahre gefördert werden kann. Diese 130 000 Wohnungen reichen bei weitem nicht aus, um den laufenden Bedarf zu decken, geschweige denn, die Wohnungslosen unterzubringen.

Mit Ausnahme der Wirtschaftsparteier und der Deutschnationalen, die einen Wohnungsmangel leugnen, sehen alle Parteien auf dem Standpunkte, daß die Wohnungsbaufähigkeit aus mannigfachen Gründen verstärkt werden muß. Will man das, so müssen auch die erforderlichen Mittel hierzu stüffig gemacht werden. Unser Verlangen, die aus der Hauszinssteuer aufkommenden Beträge restlos für den Wohnungsbau verfügbar zu machen, kann in Preußen nicht durchgeführt werden, solange der Reichstag den Finanzausgleich nicht ändert. Die diesbezüglichen Demonstrationsanträge der kommunistischen Partei im Landtagsauschuh bringen uns deshalb in dieser Hin-

sicht keinen Schritt weiter. Nun hat der Wohlfahrtsminister den Vorschlag gemacht, die jetzt 100prozentige Friedensanleihe um 10 Proz. zu erhöhen. Das Aufkommen aus dieser Erhöhung soll restlos für den Wohnungsbau Verwendung finden. Der Finanzminister schlägt daneben die Aufnahme einer Wohnungsbauanleihe vor.

Gegen die Erhöhung der Riete zur ausschließlichen Verwendung des Aufkommens für den Wohnungsbau wäre unter bestimmten Umständen kaum etwas einzuwenden. Ein Anziehen der Rieten ist auch auf die Dauer kaum zu vermeiden, insbesondere nicht, je mehr Familien in Neubauwohnungen zu wesentlich höheren Rietssätzen wohnen müssen. Woraus es ankommt, ist, daß die Mehrmiete aus Altmwohnungen nicht dem Hausbesitzer, insbesondere nicht dem Inflationshausbesitzer und dem in der Vorkriegszeit stark verschuldeten Hausbesitzer, der seine Hypotheken aus Sparfahrgeldern losgeworden ist, zugute kommt, sondern dem ehemaligen Sparfonteninhaber in Gestalt von gestiegenen Rebaumieten. Das kann nur durch Hergabe billiger Bau- und Hypothekengelder erreicht werden, die zurzeit nur vom Staate in Gestalt der Hauszinssteuerhypotheken zu erhalten sind. Trotzdem sind die Rebaumieten, mit Ausnahme der Genossenschaftsmwohnungen, noch jetzt für die breite Masse unerschwinglich. Sie wären es ohne die Verbilligung der Hauszinssteuerhypothek noch viel mehr. Der sozialdemokratische Antrag fordert deshalb, daß der Höchstbetrag an Hauszinssteuerhypothek schon bei 70 Quadratmeter Wohnfläche, also bei 2½ bis 3 Zimmer und Küche, gegeben und Wohnungen von über 100 Quadratmeter Größe überhaupt keinen Zuschuh erhalten sollen. Es soll dadurch erreicht werden, daß ein möglichst großer Teil der erforderlichen Baukosten mit den billigen Hauszinssteuermitteln bestritten werden kann, so daß nur ein kleiner Teil auf dem teuren Hypothekemarkt beschafft zu werden braucht, was eine Senkung der Rebaumieten mit sich bringen muß. Das ist um so notwendiger, als die Riete in den Altmwohnungen heute bereits eine Höhe erreicht hat, die, wie in der Vorkriegszeit, ein Fünftel bis ein Sechstel des Einkommens des Arbeiters ausmacht.

Der deutschnationale Redner im Ausschuh war mit der vorgeschlagenen Rietserhöhung einverstanden, wobei er, durch Zwischenrufe von sozialdemokratischer Seite herausgefordert, auch zugab, daß die Löhne und Gehälter dann entsprechend erhöht werden müßten. Der zweite Redner der Deutschnationalen pfiff allerdings am nächsten Tage prompt ab und nannte die Ausführungen seines Kollegen Architekt Schlußbier eine Privatmeinung. Die Volksparteier fürchteten von einer Steigerung des Wohnungsbauprogramms von 100 000 auf 200 000 Wohnungen unbegründete Lohnsteigerungen, zumal der Frieden im Baugewerbe für 1927 noch nicht gesichert sei. Sie fürchteten ferner, daß der „Facharbeitermangel“ die Bewältigung eines solchen Programms nicht zuließe, wenn nicht eine Arbeitszeitverlängerung durchgeführt würde. Das sind merkwürdige Beforgnisse. Eins steht fest, bei der jetzigen Haltung des Unternehmens, das einem Lohnausgleich für die im Juli eingetretene Rietserhöhung bekämpft, kann an eine weitere Erhöhung der Rieten nicht gedacht werden. Eine Finanzierungsmöglichkeit für ein verklärtes Bauprogramm von dieser Seite her ist also wenig aussichtsvoll.

So bleibt noch die Frage offen, inwieweit die vorgeschlagene Wohnungsbauanleihe Aussicht auf Erfolg hat. Eine Auslandsanleihe durch Preußen kommt für diesen Zweck kaum in Frage. Jedenfalls dürfte die „Beratungsstelle“ für die Auslandsanleihe mit Rücksicht auf die industriellen und landwirtschaftlichen Kreditwünsche kaum zur Befürwortung der Anleihe geneigt sein. Ob der innere Geldmarkt für eine solche Anleihe zu interessieren ist, hängt im wesentlichen davon ab, welche Sicherheiten hierfür zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Sicherheit der bisher ausgeliehenen Hauszinssteuerhypotheken in Höhe von etwa einer Milliarde Mark wird verschiedentlich beurteilt. Wer eine wesentliche Senkung der Baukosten erhofft, wird diese Hypotheken, da sie bis innerhalb 100 Proz. der Baukosten ausgegeben werden, verloren geben müssen. Das Schicksal einer Anleihe ist also höchst ungewiß.

So ungewiß ist auch das preussische Bauprogramm für 1927. Die Reichsregierung hat allerdings ebenfalls ein Bauprogramm in petto. Heute wird eine Besprechung der Reichsregierung mit der preussischen Regierung sich mit der Wohnungsbaufrage beschäftigen. Was sie bringen wird, wird in den nächsten Tagen der Mitwelt verkündet werden. Eins steht fest, die Reichsregierung, die im Laufe des Jahres eine Anzahl von Steuern zugunsten des Besitzes herabgesetzt hat, wird dafür Sorge tragen müssen, daß die derzeitigen Träger des Wohnungsbaues, nämlich die Länder, in die Lage versetzt werden, aus dem Hauszinssteueraufkommen diejenigen Beträge für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen, die zur ernsthaften Förderung des Wohnungsbaues erforderlich sind.

Billiger Weihnachtsverkauf!

- Herren-Winter-Ulster aus modern gemusterten Stoffen 35⁰⁰
- Winter-Paletots, marango Chevrolet, schwarz Eakimo 50⁰⁰
- Rock-Paletots in vollendeter Paiform 65⁰⁰
- Herren-Ulster Maßverrat, dunkelgemusterte Stoffe m. Abreite, 100,-, 90,-, 80⁰⁰
- Damen-Wintermäntel aus gemustert. Flanellstoffen und Velour de laine je nach Qualität, 39,-, 29,-, 18,-, 13⁵⁰
- Damen-Wollplüsch und Persianermäntel, limit. 60⁰⁰
- Sakkoanzüge dunkelgemusterte Stoffe 60,-, 45,-, 33⁰⁰
- Herren Ledersportjacken braun, 125,-, 105,-, 90,-, 59⁰⁰
- Motorrad-Ueberziehanzüge aus wetterfesten Stoffen 27⁰⁰
- Ski-Ueberziehanzüge aus imprägniert. Stoffen 36⁰⁰
- Wetterfeste Windjacken m. Abreite 24,-, aus Zellbahnstoffen 18,-, 13⁵⁰
- 4 teiliger Sportanzug mit Breches u. langer Hose 54⁰⁰

- ### Weihnachtsgeschenke
- Hausjoppen aus fehr. Flausch- und Velourstoffen m. Verschönerung, 33,-, 30,-, 27,-, 24,-, 21,-, 17⁰⁰
 - Hausjoppen aus geripptem Sammet, ganz gefüttert, mit Verschönerung 40⁰⁰
 - Schlafrocke aus molligen Velour- u. Flauschstoffen 27⁰⁰
 - Gestr. Herrenhosen 27,-, 25,-, 20,-, 18,-, 15,-, 12,-, 9,-, 7⁵⁰
 - Herren-Winterjoppen warm gefüttert 30,-, 24,-, 18,-, 13⁵⁰
 - Herren-Pelzjoppen farbige Stoffe mitge. Schalpelzfüllung 120,-, 110,-, 85⁰⁰
 - Breches aus fehrigen Reiß-Whip- oder Feincord, je nach Qualität und Art 15,-, 12,-, 10⁵⁰
 - Herren Sportpalz verschiedenartige Pelzfüllung 250,-, 175,-, 145,-, 125⁰⁰
 - Damen-Pelzschals hocheleganz 12⁰⁰
 - Damenpelzjacken Skunkakutin 145,-, Sealelektrik 81, chen 85,-, 57⁰⁰
 - Damenpelzmäntel Murrel 375,-, Sealelektrik 198,-, 5 abelektrika Rücken 110⁰⁰

- Knaben-Pyjacks warm gefüttert mit Aermelklee, Jurole 0 5⁵⁰
- Babymäntel, warm gefüttert, geschmackvolle Formen 9⁵⁰
- Anknöpfanzüge mit Ueberkragen, bis 6 Jahre 12⁰⁰
- Original-Kieler-Anzüge für zwei- bis dreijährige von 12⁰⁰
- Knaben-Ulster moderne Formen und Farben 18⁰⁰
- Jünglingsulster elegante Herrenform aus modernen Stoffen von 21⁰⁰
- Chauffeurmäntel warm gefüttert 65,-, Weitemäntel Double 95,-, 45,-, 30⁰⁰
- Chauffeurpelze mit Schpelzfüllung, Aermelklee, Verschönerung, Schalpelzkragen von 110⁰⁰
- Nacktpelze, wenig gebraucht, für Chauffeurs, Wächter und Militäreer von 24⁰⁰

Gesellschaftskleidung
Smoking- u. Abendanzüge in eleg. Ausattung vorzügl. Stoffe, von 85⁰⁰
Der vornehme Gehpelz m. N. tria St. ic. erluter und Rollkragen 192,-, Sealelektrik Rückenfüller und Sealelektrikkragen 165⁰⁰

Pullover, Rodelgarnituren, Wäsche, Hüte, Sportmützen, pelzgefüt. Lederhandschuhe

BaerSohn
nur Chausseestraße 29-30
Untergrundbahn Stettiner Bahnhof

Besichtigen Sie unsere Weihnachtsausstellung

Tagebuch eines Schriftstellers.

Von Erwin Frehe.

Schnufucht! . . . 14. 12.
Daron kann eigentlich nur ein Arbeiter sprechen. Als ich vor sechs Monaten noch Tag um Tag „der Nacht um Nacht unten im Schacht lag und mit meiner Biße in den schwarzen Fließ hineinschlief, neben mir nur meine kleine Lampenlampe, und nichts weiter um mich war als ein gähnendes, graufiges Schweigen, da habe ich in wilden Sekunden gespürt, was es heißt, von Schnufucht zerrissen zu werden. Da unten, in der stillsten Stille, übermannte mich damals eine rasende Begierde nach den stolzen Gütern der Erde, nach Lichtstrahlen, kühlen Bädern, nach einem fließenden Strom, in dem sich der Himmel spiegelt, oder ich dachte an eine Westfegler-Dacht, an Entbederfahrten in gelbe Dschungel und wüste Wüsten. . . Bis mich die Wut beinahe wahnsinnig machte vor soviel Glück, das da jeden Tag jung mit der Welt erwachte und von wenigen heiter und sorglos genossen wurde, während ich bedrückt und gekühdelt, halbnaht, nach dem Kribbeln einer Wolke oder eines Sternes lechzte.

Das alles aber ist nun vorbei. Noch spüre ich das giftige Lächeln des Schachtmeisters, als er mir an jenem Tage meine Papiere hinwarf, die ich gefordert hatte, um aus eigener Kraft dem schmalen Saum der Freiheit, der mich wie eine fata Morgana berauschte, näher zu kommen. Tollkopf! Phantast! Das sagte alles dieses Lächeln.

Dann kam die winklige Dachkammer mit der Feldbettstelle, der wackel Tisch, die an den Wänden aufgestapelten Bücher und die vielen Rächte bei der Petroleumlampe — bis jetzt, bis jetzt!

Ich habe das letzte Wort meiner Arbeit geschrieben, die mich mit einem Riesensprung an das Land meiner unerfüllten Sehnsüchte bringen soll. Doch wenn ich auch schon in der Bucht stehe mit meiner waghalsigen Freude — es würgt mich etwas, ich muß denken an die anderen unten, an ihre verbissene Fron, der ich entronnen bin, ich allein . . .

16. 12.
Heute morgen war Bissy bei mir. In wenigen Minuten ordnete sie meine verwühlte Kammer und freute sich mit mir meines Glückes. Deht noch strahlt alles in dem Schein, den ihre Hände hervorgezaubert haben.

Vor mir liegen die dicht beschriebenen Blätter: letzte Korrekturen! Auf dem Fenster Sims aber trillert ein leicht geprenkter Hänfling, ich begleite ihn summend im Schreiben: das ist doch noch Musik!

20. 12.
Recht respektable Häuser besitzen doch die Betleger! Sie gleichen von außen granitnen Burgen oder schimmernden Palästen. Das Eingangstor mit den dorischen Säulen ist wie eine Fanfare, die den Fremden herrlich aufnimmt.

Ich hatte Herzklopfen. Lange sah ich in einem Vorzimmer und wartete. Wie gedemütigt kam ich mir vor, als man mich rief. So müssen wohl die Rächigen der Erde, die Herren der Welt wohnen — ich sah einem Menschen gegenüber, aus dessen faltigem Antlitz ein stählernes Herrentum glommt. Erzählen wollte ich ja eigentlich von meiner unermeßlichen Tagesschnufucht, wenn der Förderkorb morgens hinterauskuffte in den schwarzen Schlund, von meinem nächstlichen, wilden Schaffen — nichts wurde daraus!

Stotternd beantwortete ich einige Fragen — ein köhles Nicken — und dann empfing er meinen Schatz, der mein Schicksal ist.

Wie nach einer schweren Nachtschicht ging ich heim. Fern liegt der silberne Freiheitsbaum . . . Aber noch muß alle Fülle errungen und erkämpft sein!

24. 12. (Die Glocken läuten.)
Hode flukt auf Hode. Und immer mehr Fenster stämmen auf im trauten Licht der Kerzen: zuerst sieht man nur eine schattenhafte Hand, dann flackert ein kleines Licht auf und zuletzt schlagen alle Flammen zusammen in eine Sinfonie des Lichts auf grünem Grund.

Ich friere in meiner Einsamkeit. Unschätzbare Chöre, die es nicht wagen hinauszufreten in Sturm und Braus, klingen von unten hoch in meine Dachkammer und beenden ihre Fahrt in mir: Halleluja! Halleluja! Die Wände singen, die Dielen, die Treppen, das ganze Haus — nur hier oben schweigen die Sänger und ihre Stimmen verstummen. O Einsamkeit . . .

Büchlich überfällt es mich, als risse mich jemand zornwütig an den Schultern zurück: Du Feiger, du Weicher, du Weib! Schon steht du mit einem Fuß auf der Treppe, die zur Befreiung führt, die zerbrochene Fessel klirrt, ein Morgen wächst dir riesig zu, eine neue Welt — und du weinst im dämmerigen Grau der Frühe! Bieleicht ist schon alles entschieden, dein Werk angenommen, du . . .

Sa! Hart bleiben! Eiern! Das ist es. Und während nun alle Waldbäume prangten im festlichen Schmuck, während die Kinderstimmen gebrochen zu mir heraufklangen, habe ich das Wort, das sie sangen ernst und doch trunken nachgesprochen: Halleluja!

7. 1.
Die Feste sind verklungen und der Alltag überbraust wieder die feinen Schmerzen der Stille des Alleinseins. Ich warte siebernd auf jene Antwort, der ich entgegenzugen möchte!

Einige Male habe ich mich jetzt mit Bissy getroffen. Sie machte es möglich, daß wir eines abends ins Kino gehen konnten. Dieser Abend war wie ein Kauf für mich, wie eine Stunde zwischen Waschen und Glücken. Doch später ergriff mich leise Scham: war ich nicht ein Freibeuter in fremden Gewässern? Das alles mag nachher kommen, jetzt sind es zwar lustvolle, aber verwirrende Abenteuer. Und ich dachte, daß ich doch eigentlich warte, wie auf den Spruch eines . . . Gerichts . . .

14. 1.
Sie ist da. Was? Nun die Antwort. Sonderbar, wie man von der höchsten Klasse des Hoffens hinterfallen kann in die Eisregionen des Wissens. Mein Buch gilt als abgelehnt. Es ist heimgekehrt. Aus.

Meine kalte Sachlichkeit steht — wenn ich mich recht beobachte — im Bunde mit einem graufigen inneren Chaos. Ich könnte jetzt jahrelang schweigen, oder immerzu schreiben: es wäre dasselbe. Zu stumpfsinnig bin ich, um zu schreiben.

Ich weiß nichts, ich weiß gar nichts!!

26. 1.
Mein neuer Glaube heißt Resignation. Was nützt es, wenn ich mich zerfleische? Wenige Tage nach jenem Zusammenbruch lehte ich meine eifrigste, geschäftlichste Warte auf und pilgerte zu einem anderen Verleger. Aber ich weiß nicht —: so, wie sich das Milieu solcher Buchhändler äußerst angleicht, so

gleichens sich auch ihre Mienen, ihre Gesichter. Unbeweglich empfangen sie sich ein Manuskript, an dem doch haftet: Rächte ohne Schlaf, zitterndes Verflinten im magischen Stoff und noch mehr — eine Seele in Unruhe. Sie müssen steinerne Herzen haben, wie jene Riesen im Märchen. (Schluß folgt.)

Die Definition.



Reichsinnenminister Käuf: „Sie vermiffen eine Definition, was Schmutz und was Schund ist, im Gesetz? Sehen Sie: Was ich in der rechten Hand halte, ist Schmutz, was ich in der linken Hand halte, ist Schund.“

Neue Wege der Arbeiterbildung.

Das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien.

Von Friedrich Bauermeister.

Die bürgerliche Wissenschaft hat mit Hilfe einer lebensfernen Denkmethode sich zum Monopol einer eng begrenzten Klasse von Wissenschaftlern herausgebildet. Der Mensch des Alltags ist, falls er nicht noch unter dem Einfluß einer auf abstraktes Denken eingetrichteten Schulbildung steht, gewohnt in Bildern zu denken. Was er denkt, das sieht er innerlich. Er knüpft Bild an Bild. Der Wissenschaftler knüpft Begriff an Begriff. Hinter dem Begriff steht nur selten ein Bild. Daher ist die moderne Wissenschaft für den Menschen des Alltags unverständlich, daher leben zweierlei Arten von Menschen nebeneinander her im selben Lande und können einander nicht verstehen, als wenn sie zwei Sprachen sprächen.

Am ehesten hat die Naturwissenschaft, die sich des Experimentes bedient, oder die unmittelbar an das Ding, an den Naturgegenstand anknüpft, die Beziehung zum Leben, die Anschaulichkeit aufrechterhalten. Weit schlimmer steht es um ihre Schwesterwissenschaften, die Gesellschaftswissenschaft. Da wird von Staat, Wirtschaft, Herrschaft, Demokratie, Gemeinschaft, Klasse, Stand, Volk geredet, 24 Begriffe, unter denen man sich sehr viel denken muß, die aber niemand sich bildlich vorstellen kann.

Für den modernen Menschen, insbesondere für den Arbeiter, der um den Aufstieg seiner Klasse ringt, ist das Wissen um soziale Zusammenhänge wichtig, die Monopolisierung der Gesellschaftswissenschaft vermittelte einer abstrakten und unverständlichen Denkweise daher besonders verhängnisvoll.

Sozialwissenschaft als Mittel des Klassenringens, als Instrument der proletarischen Revolution! Das kann nicht mehr in Stille einer professoralen, lebensfremden Wissenschaft sich vollziehen, sondern hier müssen die Tatsachen dem proletarischen Geist nahe gebracht, anschaulich gemacht werden. Das Wort bedeutet nichts, alles das Bild. Nicht den Umweg über den Begriff, sondern den unmittelbaren Weg über das Erlebnis müssen wir schaffen.

Ein Versuch, das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien. Noch ist es ein Anfang, aber ein Anfang, den alle, die sich um die Arbeiterbildung bemühen, beachten sollten. Hier werden ganz neue Wege gemistet, Wege, die bisher von niemandem beschritten worden sind. Ein Beispiel: Die Stellung der Bevölkerung im Berufsleben. Wenn jeder von den Millionen Menschen, die unsere Mißbürger sind, immer gegenwärtig hätte, welche Bedeutung die Arbeiterchaft im Volksganzen hat, so würde mancher sich seiner Klassenzugehörigkeit erst bewußt werden. Ein unergreifliches Bild: Die Bevölkerung Österreichs, sechs Millionen Menschen, wird durch 24 Figuren (jede bedeutet 250.000 Menschen) repräsentiert. Die Hälfte sind Erwerbstätige, die Hälfte Nichterwerbstätige. Von den 12 Erwerbstätigen sind 2 Selbständige, 10 Unselbständige (Arbeiter und Angestellte) und zwar 6 Männer, 4 Frauen. Also: Auf einen Selbständigen (Unternehmer, Gutsbesitzer, Bauern, Gewerbetreibenden) kommen 5 Arbeiter und Angestellte! Die Zahl der Kinder bis 14 Jahre beträgt 6, also ein Viertel der Bevölkerung, die Zahl der Hausfrauen im eigenen Haushalt ist so groß wie die der weiblichen Arbeiter und Angestellten, also ein Sechstel der Bevölkerung. (In Deutschland ist die Zahl der Arbeiter

rinnen und weiblichen Angestellten kleiner als die Zahl der Hausfrauen.) Der 12. Teil der Bevölkerung sind Berufslose, ungefähr soviel, wie Selbständige. Keine Statistik, die Zahl an Zahl reibt, keine Abhandlung, die in noch so beredten Worten zu schildern sich bemüht, ist imstande, dieses Bild zu erschaffen.

Oder drei andere Blätter: Die Sozialversicherung. Die gleichen 10 Proletarier (gleich 2½ Millionen) wie in der Berufsteilung sind dargestellt. An ihnen ist gezeigt, wieviel Personen von der Sozialversicherung erfasst werden und wieviel schloßlos den Stürmen des wirtschaftlichen Existenzkampfes ausgeliefert sind. Die Darstellung der Krankenversicherung zeigt, daß hier Österreich vorbildlich ist. Aber ist es nicht aufreizend, zu sehen, daß außer den drei Zwanzigstel öffentlichen Angestellten in Österreich nur ein Zwanzigstel der unselbständigen Berufstätigen, nämlich nur die Angestellten, der Alters- und Invaliditätsversicherung unterliegen? Die Alters- und Invaliditätsversicherung für alle Arbeiter ist ja das Ziel, für das unsere Genossen im österreichischen Parlament schon seit Jahren einen heftigen Kampf führen. Stellen wir uns nun vor, wieviel Zeitartikel notwendig sind, um einem Menschen, der diesen Dingen noch fern steht, einzuprägen, wie wichtig dieser Kampf ist! Hier genügt ein Bild. Es ist wie ein lebendiger Protest, wie eine Rundgebung dieser Massen selber, die in 10 schematisierten Figuren repräsentiert sind.

Die Methoden der anschaulichen Darstellung gesellschaftlicher Zustände sind heute noch ganz unentwickelt und zum Teil sogar fehlerhaft. Bekannt ist ja die Anwendung von Kurven in der Statistik. Für den, der gewöhnt ist, Kurven in seinem Berufe zu verwenden, sind sie gewiß ein Mittel, sich schnell zu informieren. Er wird auch meist nicht merken, wenn die Kurve in Fällen angewendet wird, wo sie gar nicht am Platze ist. Die Kurve soll eine Bewegung wiedergeben, aber nicht einen Zustand. Die Thermometerkurve versteht fast jeder. Es ist klar, daß die Temperatur, wenn sie zuerst 37 Grad betragen hat und nach mehreren Stunden 39 Grad, sich inzwischen von 37 Grad auf 39 Grad gesteigert haben muß und nicht gesprungen sein kann. Etwas anderes aber ist es zum Beispiel, wenn wir die Zahl der Geburten oder Sterbefälle in einer Kurve darstellen wollten. Man zählt sie nicht in einem bestimmten Zeitpunkt, sondern in einem Zeitraum. Daher ist es Abstraktion, wenn wir von einem Wachsen der Geburten- oder der Sterbefallzahl sprechen. Hier ändert sich nicht eine Menge allmählich, sondern ich erhalte die Zahl immer nur, wenn ich einen bestimmten Zeitraum abgrenze; und je kleiner der Zeitraum, desto kleiner die Geburten- oder Sterbefallzahl (wenn ich dagegen mit dem Fieberthermometer in kürzeren Abständen die Temperatur messe, so wird deswegen die Temperatur nicht geringer, sondern ich erhalte eine genauere Kurve). Ueber solche logischen Fehler der Darstellung setzt sich der Gelehrte ohne weiteres hinweg, er übersieht sie. Für den Ungelehrten aber, der nicht in Begriffen, sondern in Bildern denkt, bilden sie unüberwindliche Hindernisse der Anschauung. Wo von Mengen die Rede ist, will er mit Recht Mengen sehen, nicht Punkte, aus denen jede Kurve besteht. Grundprinzip des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums ist daher, Mengen durch Mengen von Signaturen darzustellen. Die Signaturen soll schematisch im Bild den gezeigten Gegenstand wiedergeben, z. B. Menschen oder Tiere oder Häuser oder Fabriken. Für diese Signaturen hat — in Form und Farbe — das Museum schon jetzt eine systematische Methodik entwickelt, die dem Verständnis des Handarbeiters angepaßt ist.

Die Ausstellung des Museums, die vorläufig nur provisorisch ist, weil es noch an geeigneten Räumen fehlt, wird ständig von Arbeiterorganisationen unter fachlicher Führung besucht. Aus den Erörterungen, die sich an die Besichtigung der Schaugegenstände knüpfen, kann die Museumleitung regelmäßig entnehmen, ob sie auf dem richtigen Wege ist, und wie sie ihre Methodik ausbauen muß. Es ist das Erfreuliche dieses Museums, daß es im innigsten Kontakt mit seinen Besuchern steht und die Anregungen für den weiteren Ausbau von ihnen erhält. Museen sind meist Sammlungen toter Gegenstände, die im Leben sonst keinen Platz mehr haben. Anstatt, wie man an ihrem Aufstellungsort nicht mehr als Notwendigkeit empfindet, oder Maschinen, die nicht mehr Verwendung finden, die man aber zur Erinnerung aufbewahren will, steckt man in ein Museum. Das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum ist in diesem Sinne kein Museum, sondern eine Schausammlung von Darstellungen aus dem lebendigen täglichen Leben. Träger des Museums ist die Gemeinde Wien, die eine sozialistische Verwaltung hat, die Wiener Arbeiterkammer und eine Reihe von Sozialversicherungsinstituten. Es sind also die Vertreter der Arbeiterbewegung, die hinter diesem Museum stehen. So ist das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien eine Institution aus der Arbeiterchaft für die Arbeiterchaft!

„Lebensart.“

Von Erna Büling.

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, Reichtum und Armut haben eine grundverschiedene Lebensart. Schöne Reisen, ausgelacht gutes Essen, kostbare Bücher, Kleidung nach persönlichem Geschmack, alles, alles das ist möglich, wenn man Geld hat, und undurchführbar, wenn man keins besitzt. Folglich bestimmt der Geldbeutel die Lebensart, so denkt man für gewöhnlich. Doch die mit der jetzigen, sogenannten göttlichen Weltordnung Juridischen behaupten das Gegenteil. Sie sagen, die Lebensart bestimme den Inhalt des Geldbeutels. Und sie haben womöglich recht, ich sah es heute morgen an einem lächerlich einfachen Beispiele.

Ein einer Strohknecht etablierte sich ein junger Mann. Das heißt, er stellte ein Bretternes Etwas hin, das einen Tisch zu bedeuten hatte. Darauf legte er einige Stücke Seife und ein paar Zeuglappen, die er eifrig mit Farbreifen und Tinte besprühte. Dann rieb er die Flecken aus und präs dabei die reinigende Kraft seiner Fleckenseife. Die Anpreisung fiel ihm merklich schwer, denn seine Stimme war heiser. Sie war nicht von heute oder gestern überschrien, o nein, ein vernachlässigtes Leiden war sicher die Ursache. Dem jungen Mann hätte Davos gut getan, vielleicht hätten auch schon die schließlichen Bäder genügt. Doch, wie dem auch sei, er betrachtete es jetzt für der Menschheit dringlichste Aufgabe, sich die Kleider zu beschnüren, damit er sie reinigen und seine Seife anpreisen konnte. Die Zuschauer umstanden ihn in einem dichten Kreis.

Eine Frau trat vor mit einem steifigen wollenen Umschlagetuch. Eilig stürzte sich der junge Mann auf das willkommene Demonstrationsobjekt. Er rieb mit Eifer, weil das Tuch sehr fleckig, und mit äußerster Behutsamkeit, weil das Gewebe sehr müde war. Und der Fleck fand seinen Lohn, die Flecken schwanden. Beglückt zeigte er das Tuch. Die Bestirmer war nicht nur alt, sie war auch arm. Augenblicklich brauchte sie die Seife nicht, die Alte griff aber trotzdem in die Tasche und holte 35 Pfennige, sie waren der Rest ihrer Barschaft, heraus und tauchte ein Stück Seife.

Ein reicher Herr mischte sich unter die Zuschauer. Kleidung und körperlicher Befund deuteten Wohlhabenheit an. Der reiche Mann nahm seinen Hut ab, der innen einen Fettrand hatte, zeigte mit dem Finger gebieterisch auf die Schmierwolke und gab den Hut dem jungen Mann. Der rieb und rieb, zerrieb ein halbes Stück Seife und reinigte den Hut. Nicht ein Fleckchen Fett blieb von der ganzen ansehnlichen Ansammlung zurück. Glücklich überdacht der helfernde, hülfsende Mann den Hut seinem Befizher. Der wohlhabende Herr nahm den Hut, sah ihn kurz prüfend an, nickte wohlwollend, setzte den Hut auf und ging seiner Wege.

Jetzt denke ich, vielleicht bestimmt doch die „Lebensart“ den Inhalt des Geldbeutels.

Arbeiter Sport

Wer hilft dem Arbeitersport?

Sachliche Feststellungen gegen Schimpfereien!

Die "Rote Fahne am Montag" ereifert sich über "Einheitsfront von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten" — sie hat offenbar den kommunistisch-deutschnationalen Block vergessen, der längst die Wahl dreier Arbeitervertreter in den Magistrat zu verhindern suchte; solche Eulenspiegel-Politik berechtigt also zum Geschrei über Arbeiterverrat.

Als die Sozialdemokraten haben einmal wieder die Arbeitersportler "verraten", als sie die 25 000 M. außerhalb des Etats für einen Werbefonds der Arbeitersportler verweigerten. Den Vorwand für den kommunistischen Antrag bot die Berliner Turn- und Sportwoche. Dabei war den Arbeitersportlern zugesagt worden, sie sollten drei ganze Tage für ihre Sportvorführungen während dieser Woche bekommen, der kommunistische Vorgesetzte Dehischläger war auch zunächst für den Gedanken zu haben, ebenso lagen in einigen Bezirken Zusagen der Arbeitersportler vor.

Da pfliff die Mänsche, und alles sagte ab und wollte nichts von solchem "Kuddelmuddel" wissen. — Nun sind die Mittel, aus denen die Berliner Turn- und Sportwoche bestanden wird, keine städtischen. Infolgedessen war die ganze kommunistische Anfrage in dieser Angelegenheit ein Schlag ins Wasser. Die sozialdemokratische Fraktion betonte mit allem Nachdruck: "Uns scheint der Hauptschmerz bei der Frage der Berliner Turn- und Sportwoche darin zu liegen, daß diese Angelegenheit, je nach Bedarf, einen verschiedenen Charakter trägt: einmal ist sie eine Angelegenheit der Stadt Berlin, und einmal ist sie eine private Angelegenheit, je nachdem der Hase gerade läuft." Wir verlangten die Kommunalisierung der ganzen Sportfragen. Wir verlangten, daß die Arbeitersportler in breiter Front hineingehen — natürlich nur bei gleichen Bedingungen — in die Sportarbeit und in die Sportfesten, gerade, um die Rekordwirtschaft zu brechen. Dies Ziel wird nicht durch Abfindung erreicht! Die Kommunisten waren es, die solchen "Kuddelmuddel" ablehnten. Und dabei fürchten sie sich gar nicht, an Prinzipienfestigkeit zu verlieren, wenn sie in den Parlamenten mitarbeiten, wenn sie sogar Seite an Seite mit Rechtsradikalen Obstruktion treiben. Dann lieben sie sogar den "Kuddelmuddel" mit Jazzband und Theaterbonner, wie bei der Stadtratswahl in der Stadtkammerverordnetenversammlung.

Unsere Fraktion hat keine Röhre gehesucht, dem Arbeitersport zu helfen. Zunächst haben wir im Etatsauschuß durchgesetzt, daß für 1927 für

beide große Zentralforderungen je 30 000 M.

eingestellt werden. Es wird Sache der Kommunisten sein, beim Etat zu bewachen, was Worte und was Taten sind. Den Etat ablehnen und lächerliche Bewilligungsanträge aus öffentlichen Mitteln stellen, ist eine äußerst bequeme Agitationspolitik. Wir haben ferner, weil bisher für Arbeitersport und für bürgerlichen Sport ungleich vorgejagt war, die Mittel für die Einzelvereine so verteilt, daß zwei Drittel den Arbeitervereinen, ein Drittel den bürgerlichen Sportvereinen zufließt. Die Redebildner der "Roten Fahne" wegen "Sabotage", "Verschleppung", "Verrat" sind ganz hübsch als Stützung, können aber keinen Kenner der Verhältnisse über die Höhe dieser Phyrologie hinwegtäuschen.

Wer hilft nach diesem nun dem Arbeitersport? Der, der den Etat ablehnt, aber schöne Agitationsanträge stellt, oder derjenige, der die guten, bisher zurückgebrachten Rechte der Arbeitersportler im Etat festlegt, um Kommunalisierung der ganzen Sportfragen kämpft und praktische Unterstützung der Vereine betreibt, unbeteiligt um Berrotsgeklör, tren seinem Wahloversprechen?

„Böfververschöpfung durch Sport!“

In einem Bericht über das Fußballspiel zwischen Südschweden und einer deutschen (brandenburgischen) Auswahlmannschaft schreibt die im Hugenberg-Verlage erscheinende "Nachtausgabe":

„Ueber dem — vermutlich aus Gründen einer erschöpfenden Kontrolle — viel zu schmalen Zugang zum Fußballplatz unseres Berliner Meisters grünte am gestrigen Buhtag das gelbe Kreuz im blauen Felde, die schwedische Fahne. Weshalb am korrespondierenden Most eine schwarzrotgelbe Fahne wehte, war nicht recht verständlich. Zum friedlichen Wettkampfe trotzen Auswahlmannschaften Südschwedens und Brandenburgs auf den Plan. Da hätten doch sinngemäß die rotweiß brandenburgischen Farben an die Stelle der neu deutschen gehört.“

Es besteht kein Zweifel darüber, daß sportliche Veranstaltungen zwischen den Nationen zur Völkerverständigung beitragen können. Auch im vorliegenden Falle haben doch wohl die Veranstalter noch andere als tanonenzüchterische Absichten gehabt. Wenn also neben der schwedischen Landesflagge die deutsche schwarzrotgoldene gezogen war, so hatte die Spielleitung eben größere Einsicht und mehr Laltgefühl, als Herr Sportberichterstatter G. von der "Nachtausgabe" aufzubringen imstande war. Daß es ihm nur auf eine Verhöhung der verfassungsmäßigen Reichsfarben ankomme, beweist der Herr übrigens selbst, indem er am Schluß seines Berichtes von einem "Sieg der Deutschen" spricht.

Die erste Altersabteilung.

Der Bezirk Wedding der freien Turnerschaft Groß-Berlin eröfnete am Freitag in der Turnhalle, Triftstraße, Ecke Müllerstraße, die erste Berliner Altersabteilung innerhalb des gefamten Arbeiter-Turn- und Sportbundes. In einer kurzen Ansprache sprach ein Altersturner über die Bedeutung der Verbesserungen zur Gesunderhaltung des Körpers, zu deren Ausübung niemand zu alt sein kann. Einige 30 Altersturner beteiligten sich aktiv an dem ersten Turnabend, der außerdem von zahlreichen Gästen besucht war. So manche Leistung am Barren und Pferd früherer Stipeltturner erregt das Erschaunen der Anwesenden. Einige Spiele sorgten noch für Abwechslung im Übungsbetrieb. Es soll auch nicht unerwähnt bleiben, daß vor ungefähr 36 Jahren auch vom Bezirk Wedding (dem damaligen T. V. W.) der Grundstein für das Frauenturnen gelegt worden ist, und somit auch die älteste Frauenabteilung des Bundesgebietes besitzt. Nachstehend die Turnzeiten unserer Altten: Freitag von 8 bis 10 Uhr in der oberen Turnhalle Triftstraße, Ecke Müllerstraße. Gäste jederzeit willkommen.

Der Großkampfstag im Ringen des S.-G. Berolina am Totensonntag gestaltete sich zu einem vollen Erfolg des veranstalteten

den Vereins, da seine drei Meistermannschaften der Liga, A- und B-Klasse, aus ihren Kämpfen siegreich hervorgingen. Die B-Mannschaft schlug ihren Gegner Einigkeit 1926 mit 19:9 Punkten. Bemerkenswert sind hier die schnellen Siege im Schwermittel- und Schwergewicht, wo Hinge und Krause-Berolina ihre Gegner in 36, 34, 45 und 47 Sekunden abfertigten. Die A-Mannschaft gewann gegen Adler 05 mit 18:10 Punkten. In allen Gängen wurde hier äußerst flott gerungen. Im Schwergewicht endete der erste Gang zwischen Drescher A und Wille B unentschieden, im zweiten Gang hingegen unterlag Drescher schon in 25 Sekunden. Die Ligamannschaft schickte ihren Gegner Rathenow 08 mit 20:8 Punkten geschlagen auf den Heimweg. Berolina hatte hier eine Umstellung der Mannschaft vorgenommen, denn Karos, Droas, Hentschel und Seelenberger stiegen eine Gewichtsklasse höher. Diese Kämpfe zeigten die Berolinaleute meistens im Angriff und in Technik überlegen.

Die Kommunisten suchen "Massen"!

Trotz aller Propaganda scheinen die Kommunisten wegen der Beschädigung ihres "Kongresses der Wettätigen" im Druck zu sein. Sie wenden sich jetzt an die Arbeitersportler, die zu einer Versammlung in die Sophienstraße eingeladen werden. Dort soll zu den "Frägen des Kongresses und der Arbeitersportbewegung" Stellung genommen werden.

Die Berliner Arbeitersportler sollten Besseres zu tun haben, als sich zu Nachzügeln und Sauffüllern der der KPD. herzugeben. Die sozialdemokratischen Sportler werden die Kommunisten samt ihren Parteieranstaltungen allein lassen.

Internationales Informationsbureau der Arbeitersportler. Anläßlich des Wiener Arbeitersportfestes in diesem Jahre wurde ein internationaler Zusammenschluß aller Arbeitersportler vollzogen und die Leitung des neugeschaffenen Informationsbureau dem Deutschen Arbeitersportlerbund übertragen. Das Bureau hat sich bemüht, nähere Nachrichten über die Zahl der vorhandenen Sportler und die Gliederung der Organisationen in den verschiedenen Ländern zu erfahnen. Da die einlaufenden Meldungen bis heute sehr spärlich sind, werden die beteiligten Verbände ersucht, umgehend die Zahl ihrer bereits ausgebildeten Arbeitersportler sowie die Gliederungen (Abteilungen der Turn- und Sportvereine, Radfahrer, eigene Kolonnen usw.) an das Informationsbureau in Chemnitz, Dresdener Str. 40, gelangen zu lassen. Außerdem sind Vorschläge zur Einrichtung des Sanitätsdienstes bei dem zweiten tschechischen Sportfest in Prag erwünscht.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, 1. Kreis. Am 4. und 5. Dezember findet die Kreisjugendkonferenz in der Schulstraße, Steinstraße 32/34, statt. Da für die auswärtigen Genossen und Genossinnen Quartiere zur Verfügung gestellt werden müssen, richten wir an alle Genossen den Appell, Quartiere zu diesem Zweck zur Verfügung zu halten. Alle Meldungen sind bis zum 2. Dezember an Willi Gerlach, Berlin D. 112, Schreinerstr. 8, zu richten. Die Gäste sind in der Schule Steinstraße in Empfang zu nehmen.

Ueber "Die finnische Sportmassage" schreibt Otto Böer, Frankfurt a. M., in der "Internationalen Arbeitersportkorrespondenz" folgendes:

Die Finnen haben uns den Wert ihrer Massage gezeigt, die in ihren Wirkungen der bei uns bis dahin geübten Massage haushoch überlegen ist. Sie gingen von folgender Erkenntnis aus: Soll vom Körper irgendeine Arbeit geleistet werden, so ist die ineinanderfließende Tätigkeit ganz bestimmter Muskeln erforderlich. Diese Muskeln dürfen nicht in ihrer Funktion irgendwie gehindert sein. Die logische Folge dieser Erkenntnis war das Bestreben, die Muskeln vom Knochen und möglichst auch voneinander zu lösen, um sie dadurch frei und wirksamer arbeiten lassen zu können. Die finnische Methode der Massage war gefunden. Sie stellte natürlich ganz andere Anforderungen an den Massageur, als dies bisher der Fall war. Ausgezeichnete anatomische Kenntnisse in Gemeinschaft mit Beherrschung der physiologischen Bewegungsorgane waren unerlässlich. Sie bildete sich zu einer Wissenschaft aus, die gestützt ist auf Erfahrungen in der Praxis. Die finnische Massage soll in der kalten Saison begonnen werden. Das Lösen der Muskeln erfordert in monatelanger Arbeit hartes Zugreifen. Tiefere Muskelpartien, wie z. B. beim Oberschenkel-

strecker der "tiefliegende Kopf", sind nur durch zunächst schmerzhafteste Griffe überhaupt erreichbar. Sind die Muskeln aber einmal gelöst, so sind sie — entspannt — einem Bündel von Stricken vergleichbar, die man einzeln fassen und nahezu ihrer ganzen Länge nach verfolgen kann. Nur ein finnisches Gelingen und geschmeidiger Muskel kann sich in vollkommener Weise kontrahieren. Nur ein finnisches massierter Körper kann aber auch eine völlige Entspannung der Muskulatur einleiten lassen, jene absolute Entspannung, die uns der Jagdhund zeigt, wenn er leidend auf dem Boden, gleich einer leblosen Masse, zusammengefunken ist. Es ist außer allem Zweifel, daß die aufsehenerregenden Leistungen der Finnen auf allen sportlichen Gebieten viel weniger auf besondere körperliche Vorzüge ihrer Rasse, als auf die Wirkungen der bei ihnen ganz allgemein eingeführten Massage zurückzuführen sind.

Belgische Arbeiterschwimmer in Bremen. Am Samstag und Sonntag weilte in Bremen die belgische Arbeiterschwimmervereinigung "Freiheit durch Bräderschaft" aus Gent. Aus den Reden der deutschen wie der belgischen Arbeitersportler auf dem Empfangsabend sprach der Wunsch, die Besuche bei ausländischen Bräderschaftsorganisationen nicht in erster Linie zur Rekordjagd zu machen, sondern die Arbeitersportler vor allem als internationale proletarische Kämpfer miteinander in Fühlung zu bringen. Bei den einzelnen Schwimmwettkämpfen in der überfüllten Schwimmhalle zeigten sich die Bremer Arbeiterschwimmer ihren belgischen Sportgenossen an Schnelligkeit und Technik überlegen. Auch das Wasserballspiel gewann die Bremer Mannschaft 6:1. Es ist allerdings zu bedenken, daß die Genter Schwimmer die Strapazen einer achtstägigen Reise durch Deutschland hinter sich hatten und über keine Winterschwimmhalle zum Training verfügten.

Bericht über die Kölner Kampfspiele. Der amtliche Bericht über die Deutschen Kampfspiele 1926, von Dr. Karl Diekmann, dem Generalsekretär des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen, und Gerhard Krause, erscheint demnächst mit etwa 160 Seiten Text und 60 Seiten Lichtbildaufnahmen im Verlage der Weidmannschen Buchhandlung, Berlin SW 68. Das Buch enthält neben sämtlichen Ergebnissen, einschließlich jener der Wintersportkämpfe, eine eingehende sachkritische Würdigung der erreichten Höchstleistungen und kostet gebunden bei Subskription 4 M., nach Erscheinen 5 M.

Fußballergebnisse vom 28. November.

Trotz des starken Regens, der am Freitag und Sonnabend über Berlin herniederlang, waren die Plätze zum größten Teil pflanzlich. Wenn sie auch nicht in vollkommen einwandfreier Verfassung waren, so konnten doch die Spiele zum Ausbruch gebracht werden. In Liebesrollen schloß es nicht. So brach es im Bezirk Norden Spandau 16 fertig, die von Eleonora mit 2:1 schlagen zu lassen. Pantow 06 gewann es. Borussia vollständig aus dem Spaltenraum zu verdrängen. Mit 0:1 bließ Borussia verdrängt. Dem Turnverein Pantow 14 mit 4:0 Sieger. In Gruppe I überließ sich Borussia durch einen 7:1-Sieg über Bernau die Führung, nicht gefolgt von Einigkeit 25, die gegen Wader 10 2:1 siegreich blieb. Im Osten ist in Gruppe A der Treptower Ballspielklub von der Spaltenraum verdrängt. Lindenberg 1 gewann der erste Punkt. Bis zur Pause führte Treptow mit 3:1; dann über erdrückte Lindenberg einen modernen Treptow. Mit 4:3 geschloßen, verließen die Treptower den Park. Jetzt führt Lindenberg mit zwei Rückwärtigen, gefolgt von Treptow mit 3 und Einigkeit mit 3 Bechtstrahlen. Oberbrose, die vor acht Tagen gegen Berlin-Film eine Niederlage einstecken mußten, konnten gegen Weiskens nur knapp mit 2:1 Sieger bleiben. Sverre Kemmle in Abteilung C die Führung weiter behaupten. Auch die Bochumer, die schon im vorige Liebesrolle lieferten, wurden mit 1:0 geschloßen. Im Südwesten ist in Gruppe C Kränzer aus der Spaltenraum verdrängt, da sie von Ritzsch-Randow mit 3:2 geschloßen wurden. Weitere Resultate: Wittenberber gegen Wittenau 3:2. Nichte-Bezirk gegen Hanka 6:1. Adler 12 gegen Vitz 11 1:1. Nichte-Bezirk gegen Union-Pantow 0:2. Adler 10 gegen Vitz-Bezirk 11:1. Koel 14 gegen Teutonia 2:8. Amateurverein Viktoria 6:1. Gemitt gegen Sverre 3:3. Johannisthal gegen Hermsdorf 4:1. Germania gegen Nichte-Bezirk 2:1. Auf dem Wege 1 gegen Reichsbanner Ballspielklub 5:0. Borussia gegen Ritzsch-Randow 3:1. Fußballklub gegen Wader 1:1. Sverre gegen Einigkeit 1:1. Pantow 12 gegen Wader 2:1. Hermsdorf gegen Berlin 2:0. Groß-Bezirk gegen Berlin 2:3. Stern gegen Weiskens 2:1.

Turnspiele vom Sonntag.

Bauhall. Auf der Eiswiese in Treptow fanden sich die Frauenmannschaften von Johannisthal und Hermsdorf gegenüber. Hermsdorf wird sofort überlesen und kann in der ersten Halbzeit ein Tor eringen; sie bliesen sich Rindie vor dem Treptower Tor auf. konnten aber nichts Ableitendes einbringen. Hermsdorf wurde das Spiel durch die solche Spielweise der Turnerinnen verpfliffen. Die Turnerinnen mußten sich das laute Schreien abgehören. Dann halfen sich die Ritzsch-Randow-Jugend-Jugend vollständig und Hermsdorf mit 3 Mann, die sich aber während des Spieles auf 10 Spieler aufüllten. Treptow (sind den Anwurf von Hermsdorf ab und leit sich vor dem Hermsdorfer Tor fell; nach 10 Minuten löste nachher zum ersten Tor einleuten. Eine danach ersehene Strafbälle führt Hermsdorf ab und löste durch gutes Fußspiel bis vor dem Treptower Tor kommen, aber die Verteidigung vor auf dem Posten. Ein aneities Tor für Treptow wird gegen die Bitte geschloßen und dadurch ins Tor gefelnt. Treptow kann wieder eine Strafballe nicht verwenden, aber eine Minute vor der Pause durch Nachsetzen mit einem prächtigen Schuß in die linke obere Ecke 2:1 kucken. In der zweiten Halbzeit kann Treptow noch durch Ballmits das erste Tor erlösten. Hermsdorf kann jetzt vier durchbrechen, aber die Verteidigung verhalten jedes weitere. Das Spiel wurde von Treptow mit 3 sehr reichlichen gehalten, während die linke Seite vollständig leer stand. Die Verteidigung von Hermsdorf gefiel nicht. Im Abdeben waren sie schlief, der Treptower Sturm konnte oft freilebend schießen. Schluß: Groß-Berlin-Nordthal gegen Groß-Berlin-Mitte 0:2. Nichte 11 gegen Adlerhof 3:8 (12:0). Jugabi: Groß-Berlin-Norden 3 gegen Einigkeit 0:9 (0:0). Adlerhof 11 gegen Sportverein Berlin 12 1:1 (0:1). Adlerhof 1 gegen Groß-Berlin-Süben 1 1:1 (1:0).

Advertisement for Nestor Cigarettes featuring the text "Von Tag zu Tag immer mehr gefragt" and "Nestor Flor-Fin? 53" with a logo and an illustration of a hand holding a lit cigarette.

